

Soziale Arbeit

9.2008

Zeitschrift für soziale und
sozialverwandte Gebiete

Family Group Conference

Mehr Schutz für
Spender und Spenderinnen

Die soziale Legitimation
von Kunst ist Asozialität

Soziale Diagnostik
und Klassifikation

Typen der Case-
Management-Kritik

dzi

Soziale Arbeit

September 2008

57. Jahrgang

Sabine Samuray arbeitet als Jugendhilfeplanerin im Bezirksamt Mitte von Berlin, Jugendamt, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, E-Mail: sabine.samuray@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Andreas Hampe-Grosser arbeitet im Bezirksamt Mitte von Berlin, Jugendamt, RSD, Grüntaler Straße 21, 13357 Berlin, E-Mail: Andreas.Hampe-Grosser@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Mareike Alscher arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, E-Mail: alscher@wzb.eu

Christel Neff arbeitet als Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, E-Mail: neff@dzi.de

Professor Dr. Heinz Wilfing leitet die Diplom- und Masterstudien (Sozialarbeit im Städtischen Raum, Sozialraumorientierte und Klinische Soziale Arbeit) an der Fachhochschule Campus Wien, Freytaggasse 32, 1210 Wien, E-Mail: heinz.wilfing@fh-campuswien.ac.at

Elisabeth Balon-Rohr arbeitet im Otto Wagner Spital, Abteilung für forensische Psychiatrie und Alkoholkrankte, Baumgartner Höhe 1, 1140 Wien, E-Mail: elisabeth.balon@wienkav.at

Professor Dr. Peter Buttner lehrt an der Hochschule München Soziale Arbeit mit chronisch kranken und behinderten Menschen, Am Stadtpark 20, 81243 München, E-Mail: buttner@mnet-mail.de

Alban Knecht ist Lehrbeauftragter an der Hochschule München. Privatanschrift: Dietlindenstraße 15, 80802 München, E-Mail: aknecht@albanknecht.de

Tobias Funk arbeitet als Berater in einem privaten, treuhänderischen Dienstleistungsunternehmen. Privatanschrift: Derfflingerstraße 20a, 10785 Berlin, E-Mail: tobias.funk@t-online.de

Family Group Conference 322
Ein Jugendamt macht sich auf den Weg
Sabine Samuray; Andreas Hampe-Grosser, Berlin

DZI-Kolumne 323

Mehr Schutz für Spender und Spenderinnen 330
Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung
Mareike Alscher; Christel Neff, Berlin

Die soziale Legitimation von Kunst ist Asozialität 339
Heinz Wilfing; Elisabeth Balon-Rohr, Wien/Österreich

Soziale Diagnostik und Klassifikation 343
Peter Buttner; Alban Knecht, München

Typen der Case-Management-Kritik 350
Theorie oder Praxis?
Tobias Funk, Berlin

Rundschau Allgemeines 357
Soziales 357
Gesundheit 358
Jugend und Familie 359
Ausbildung und Beruf 359

Tagungskalender 360

Bibliographie Zeitschriften 361

Verlagsbesprechungen 364

Impressum 368

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, bei.



Eigenverlag
Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen

Family Group Conference

Ein Jugendamt macht sich auf den Weg

Sabine Samuray;

Andreas Hampe-Grosser

Die Tatsachen gehören alle nur zur Aufgabe, nicht zur Lösung. Wittgenstein

Zusammenfassung

Family Group Conference (FGC),¹ „Neuseelands Geschenk an die Welt“ (Ferguson 2005), beschäftigt seit gut zweieinhalb Jahren die Fachkräfte im Jugendamt Mitte von Berlin. Dieser Artikel beschreibt Erfahrungen und Ergebnisse, die im Rahmen der bisherigen Projektarbeit gewonnen wurden, stellt Erfolge dar, benennt Schwierigkeiten der Umsetzung und möchte neugierig machen.

Abstract

For a good two-and-a-half-years now the specialists of the Berlin Mitte Youth Welfare Office have been concerned with Family Group Conference (FRC), „New Zealand's gift to the world“ (Ferguson 2005). This article describes experiences and results which have been gained during the the project work so far, outlines successful efforts, identifies obstacles to the application and wants to arouse the reader's curiosity.

Schlüsselwörter

Sozialpädagogische Familienhilfe – Methode – Projektbeschreibung – Empowerment – Family Group Conference

Leuchtf Feuer

Die Idee eines Einzelnen ist ein Funke, doch persönliches Engagement vieler kann ein Leuchtf Feuer entfachen, das nachhaltige Veränderungen mit sich bringt.² Family Group Conference (FGC) hat uns erfasst. Das Geschenk Neuseelands an die Welt (Ferguson 2005) ist in Berlin im Jugendamt Mitte angekommen. Wir setzen uns seit Längerem intensiv damit auseinander, wie das Verfahren des FGC in unsere jugendamtliche Praxis integrierbar ist. Dabei haben sich einerseits viele Fragen ergeben, andererseits sind neue Ideen und Wege entstanden, die weiterentwickelt und ausgebaut werden konnten. Unser Leuchtf Feuer, unsere Neugier, unsere Begeisterung wurden insbesondere in der Zuversicht entfacht, dass wir im FGC-Verfahren als Professionelle eine Haltung praktizieren können, die im Arbeitsalltag oftmals in den Hintergrund rückt: „Adressaten/-innen der Jugendhilfe als Konsumenten und gleichzeitig (Mit-)Produzenten von sozialer Dienstleistung

in den Mittelpunkt zu stellen“ – so wie es die Grundsätze einer sozialraumorientierten Jugendhilfe auch fordern (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 2002). Diese Grundhaltung trifft insbesondere für die Arbeit mit denjenigen Familien zu, die sich an das sozialpädagogische Hilfesystem eines Jugendamtes wenden, um Lösungen für ihre Probleme zu finden. Allzu schnell werden diesen Familien die Probleme „abgenommen“, womit eine komplementäre Arbeitsbeziehung die Unterscheidung zwischen Experte und Nicht-Experte einleitet und eine Machtrahmung konstruiert. Die Fähigkeiten der Familien geraten in Vergessenheit, Fachkräfte fühlen sich „geschmeichelt“ und wichtig. Die Folge ist eine professionelle Kolonialisierung der Klientel, die für diese nicht selten zu einer chronischen Abhängigkeit vom Hilfesystem führt. FGC fokussiert und steuert an dieser Stelle um: Familien können Lösungen für ihre Probleme selbst erarbeiten, vorausgesetzt sie treffen auf Rahmenbedingungen, die ihre Potenziale einbeziehen, ihre familiäre Problemlösungskultur würdigen und sie in ihrer Verantwortung belassen.

Family Group Conference –

Ein Konzept aus Neuseeland

FGC hat seinen Ursprung in Neuseeland (<http://www.cyf.govt.nz/1254.htm>). Die Maoris, Ureinwohner Neuseelands, forderten in den 1980er-Jahren in zähen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine stärkere Berücksichtigung ihres kulturellen Selbstverständnisses auch im Hinblick auf die Regelung familiärer Konfliktlagen. Das administrative Vorgehen, geprägt durch die britisch-koloniale Vergangenheit, kannte bis dahin kaum familienorientierte Jugendhilfe. Mittlerweile hat sich FGC in Neuseeland fest etabliert und stellt das Regelverfahren in der Hilfeplanung dar.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden im Jahr 1989 durch Verabschiedung des Children, Young Persons and their Families Act verändert. FGC ist ein Verfahren, das Familien und ihrem familiären und nachbarschaftlichen Netzwerk die Erarbeitung von Lösungen bei familiären Konfliktlagen selbst in die Hand gibt. Die Rolle der Fachkräfte beschränkt sich auf die Funktion der Wahrnehmung des Wächteramtes durch einen Sozialarbeiter, eine Sozialarbeiterin im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD) und die Unterstützung der Familie bei der Durchführung einer FGC durch eine Koordinatorin, einen Koordinator. Zwischen beiden besteht eine klare Rollen- und Aufgabentrennung. Die Koordinatoren und Koordinatorinnen bilden in Neuseeland eine eigene Abteilung im Jugendamt. Inzwischen werden in diesem Land jährlich weit über 3 000 Famili-

engruppenkonferenzen durchgeführt. Das Grundmodell der FGC wurde im deutschsprachigen Raum bereits ausführlich beschrieben (Budde; Früchtel 2003, Straub 2005). Wir nehmen auf diese Beiträge Bezug und skizzieren im Folgenden die Schritte des Verfahrens in ihren jeweiligen Ansätzen:

Vorbereitungsphase (vier bis acht Wochen)

Die Sozialarbeiterin oder der Sozialarbeiter des RSD bittet nach Zustimmung der Familie eine unabhängige Koordinatorin, eine FGC vorzubereiten und durchzuführen. Diese nimmt Kontakt mit der Familie auf und

- ▲ informiert sie darüber, was der Sozialarbeiterin oder dem Sozialarbeiter des RSD in Bezug auf die familiäre Situation Sorge bereitet und stimmt mit der Familie die Fragestellung ab;
- ▲ informiert die Familie über ihre Rechte und mögliche Ausgänge der Fallbearbeitung;
- ▲ erklärt die Prinzipien und den Prozess der FGC;
- ▲ mobilisiert zusammen mit der Familie das Netzwerk;
- ▲ bespricht mit allen Beteiligten die FGC vor;
- ▲ organisiert die Zeit, den Ort und den Ablauf der FGC so, dass die Rahmenbedingungen die Problemlösungskultur der Familie bestmöglich unterstützen.

Verwandtschaftsrat/Konferenz (in der Regel zwei bis fünf Stunden)

▲ *Eröffnungsphase*: Die Koordinatorin, der Koordinator begrüßt die Teilnehmenden, beginnt mit einem Familienritual, sofern die Familie dies wünscht, und stellt die Verfahrensregeln und die Rollen der teilnehmenden Personen vor. Zu den Verfahrensregeln gehören die Konzentration auf die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen und das Vermeiden von Schuldzuweisungen und Vorwürfen, das respektvolle Zuhören aller Beteiligten sowie die Schweigepflicht über alles Gesagte mit Ausnahme der klar beschriebenen Verwendung des Protokolls, geäußerten Drohungen gegen Anwesende sowie von Berichten über Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen.

▲ *Phase „Informationsaustausch“*: Die „Professionellen“ schildern, was ihnen in Bezug auf die Familie Sorgen bereitet, und die Sozialarbeiterin, der Sozialarbeiter erklärt, auf welche Problemsituationen der zu erarbeitende Plan der Familie Antworten geben soll. Ohne auf den konkreten Einzelfall einzugehen, geben sie allgemeine Informationen über Unterstützungsangebote an die Teilnehmenden.

▲ *Phase „Exklusive Familienzeit“*: Die Familie bespricht ohne die Professionellen (!) die Probleme und überlegt einen Lösungsplan, der schriftlich festgehalten wird.

DZI-Kolumne Papamobil

Der Wahlkampf um den Parteivorsitz bei den Grünen wurde Anfang September schon beendet, bevor er so richtig in Fahrt kam. Volker Ratzmann, der mit Cem Özdemir um den Posten neben Claudia Roth konkurrieren wollte, erklärte nach der Rückkehr aus dem Sommerurlaub, dass seine Lebensgefährtin ein Kind erwarte und er den Bundesparteiivorsitz nicht für vereinbar mit den Vaterpflichten halte, zumal seine Lebensgefährtin ihre Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete fortsetzen wolle.

Die Entscheidung nötigte den meisten Kommentatoren Respekt ab, obwohl es auch kritische Stimmen gab. So zog etwa die Berliner Zeitung den Vergleich mit Sarah Palin, die sich trotz ihrer fünf heranwachsenden Kinder soeben zur Kandidatin für die US-Vize-Präsidentschaft hat küren lassen. Möglicherweise, so sinnierte die *Berliner Zeitung*, sei der Grünen-Vorsitz ja viel anstrengender als das Amt der Vize-Präsidentin der Vereinigten Staaten von Amerika.

Die viel beachtete Entscheidung Volker Ratzmanns wirft ein Schlaglicht auf die hohen und widersprüchlichen Erwartungen, die sich an die junge Elterngeneration in Deutschland richten: „Mehr Zeit für Kinder“ fordern von der Industrie gesponserte Plakate – nahezu grenzenlose Flexibilität, Mobilität und Einsatzbereitschaft verlangen hingegen viele Unternehmen von ihren Mitarbeitern. Der Interessenkonflikt spitzt sich vor allem bei hoch qualifizierten jungen Leuten zu. Kein Wunder, dass die Kinderlosigkeit gerade unter Akademikern weit verbreitet ist. Was aber sind die Folgen, wenn die Leitungspositionen in einer Gesellschaft immer mehr zu einer Domäne der Kinderlosen werden? Die Frage ist keineswegs ein versteckter Vorwurf an junge Menschen, die gewollt oder ungewollt ohne Kinder leben – sie richtet sich aber an die Erwartungen, denen wir uns und andere aussetzen. Den Jahrhunderte alten Zölibat, den die katholische Kirche ihren Priestern zur vermeindlichen Erhöhung der Arbeitseffizienz auferlegt, lehnt eine breite Mehrheit hierzulande ab. Doch wie steht es mit dem schleichenden Zölibat – zumindest was Kinderlosigkeit angeht – in der Mitte und der Spitze unserer Gesellschaft?

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

▲ **Phase „Kontrakt“:** Die Professionellen kommen wieder hinzu. Die Familie stellt ihren Plan vor, die Sozialarbeiterin, der Sozialarbeiter prüft die vorgelegene Lösung vor dem Hintergrund der formulierten Sorge. Je nach Fragestellung wird die FGC gegebenenfalls gebeten, den Lösungsplan zu verfeinern oder zu modifizieren. Schließlich wird der Kontrakt schriftlich festgehalten, dabei wird sehr viel Wert auf größtmögliche Konkretisierung gelegt. Außerdem werden Vereinbarungen zur Evaluation und zu Folgetreffen festgelegt.

Monitoring/Evaluation (in der Regel nach drei Monaten)

Die Realisierung der festgehaltenen Aufgaben und Ziele wird gemeinsam überprüft. Hierfür wird eine erneute Zusammenkunft der Familie/Verwandschaft vereinbart.

Von Neuseeland nach Europa

In Europa hat FGC bereits in vielen Nachbarländern Deutschlands Einzug gehalten. In Schottland (<http://www.children1st.org.uk>), England, (<http://www.frg.org.uk> und <http://www.worldwebwise.com/daybreak/projects.html>), Wales, Irland und Nord-Irland wird das Verfahren insbesondere durch freie Wohlfahrtsverbände angeboten und durchgeführt. Dies gilt auch für unsere skandinavischen Nachbarn Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland (<http://info.stakes.fi/laheisneuvonpito/EN/index.htm>). Auch hier arbeiten die Koordinatoreninnen und Projektleiter bei freien Wohlfahrtsverbänden. Die Koordinatoren und Koordinatorinnen haben in der Regel sozialwissenschaftliche Berufe (Sozialarbeiterin und ähnliche). In Dänemark wird das Verfahren neben der Jugendhilfe auch in der Jugendgerichtsbarkeit und der Arbeit mit Obdachlosen angewendet.

In den Niederlanden (<http://www.eigen-kracht.nl>) und Belgien (<http://www.eigen-kracht.be>) hat sich für FGC die Bezeichnung „eigen-kracht“ (aus eigener Kraft) etabliert. Die Besonderheit ist hier, dass die Koordinierenden in der Regel nicht aus helfenden Berufen kommen, sondern im Rahmen von Gemeinwesenarbeit akquiriert werden. Sie erhalten eine mehrtägige Schulung und übernehmen danach die Koordination von drei bis vier Familiengruppenkonferenzen im Jahr. Die Erfahrungen der holländischen Kolleginnen und Kollegen zeigen, dass Koordinierende ohne sozialpädagogischen Berufshintergrund im Allgemeinen weniger problem-, beziehungsweise lösungsdeterminiert denken und sich dadurch unvoreingenommener auf die Vorbereitung und Koordination der Familiengruppenkonferenz konzentrieren.

Großbritannien, Skandinavien und die Beneluxländer können auf eine langjährige Praxiserfahrung zurückblicken. Mehrere Länder haben bereits rund 1 000 FGC-Verfahren durchgeführt. In einer ähnlichen Entwicklungsphase wie Deutschland befinden sich die osteuropäischen Länder Polen, Slowakei und Russland. Dort haben mehrere kleinere Projekte mit dem Verfahren der FGC begonnen.

Berlin-Mitte

In Deutschland wird FGC aktuell in mehr als einem Dutzend Städten beziehungsweise Landkreisen schwerpunktmäßig in Modellprojekten umgesetzt. Trotz der damit verbundenen Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen in den Jugendämtern und den ungeklärten Rahmenbedingungen herrscht vielerorts eine positive Aufbruchstimmung, denn FGC, so unsere Erfahrungen, stärkt nicht nur die Familien, sondern auch die beteiligten Fachkräfte.

Das Jugendamt Mitte von Berlin entschied sich nach der Durchführung mehrerer erfolgreicher FGC-Kurzworkshops mit Herrn *Budde* und Professor *Dr. Fruchtel* im Frühsommer 2006, ein Pilotprojekt zur Umsetzung des Verwandschaftsrats im Jugendamt Mitte zu beginnen. Im Zusammenhang mit dem berlinweiten Projekt „Optimierung der Entscheidungsprozesse, der Organisation und der Finanzierung der Berliner Jugendhilfe – Einführung der Sozialraumorientierung“ war es von Anfang an von entscheidender Bedeutung, die mögliche Einbindung dieses Verfahrens in den gesamten Prozess der Weiterentwicklung der Sozialraumorientierung im Jugendamt Mitte zu prüfen. Das Projekt hatte den Status eines zusätzlichen Qualifizierungsangebots für interessierte Mitarbeitende. Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützte das Anliegen und übernahm die finanzielle Förderung des Pilotprojekts.

Projektziel sollte sein, mit vier bis sechs Familien Hilfeformate durch Einsatz des Verfahrens FGC zu entwickeln und die Ergebnisse der Fachöffentlichkeit in Berlin in Form einer Fachtagung und als Dokumentation zur Verfügung zu stellen. Wichtig war den Projektbeteiligten die Erfahrung einer alltagsnahen Praxis, die es ermöglicht, das Verfahren unter den konkreten Bedingungen der Arbeit im RSD zu realisieren und die Effekte des Vorgehens zu prüfen. Vor diesem Hintergrund erfolgte auch die Entscheidung, die Funktion einer Koordination intern aus dem Kreis der am Projekt beteiligten RSD-Kolleginnen und -Kollegen zu besetzen. Darüber hinaus galt es, im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung der Frage nachzugehen,

ob die Einführung des Verfahrens der FGC als Instrument der Hilfeplanung gemäß § 36 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) in Berlin empfohlen werden kann.

Das Projektteam war multiprofessionell mit neun Mitarbeitenden des Jugendamtes besetzt, davon waren sieben Fachkräfte aus dem RSD beziehungsweise der AG Hilfen zur Erziehung sowie ein Psychologe der Erziehungs- und Familienberatung und eine Jugendhilfeplanerin. Die Mitglieder des Projektteams sollten Fälle einbringen und die Koordination FGC durchführen. Neben der Fallbearbeitung galt es, Informationsmaterial und Evaluationsbögen zu erstellen. Die fachliche Begleitung des Projekts erfolgte durch *Wolfgang Budde*. Der Projektzeitraum erstreckte sich von Juli 2006 bis März 2007.

Familienlösungen aus eigener Kraft – ein kurzes Fallbeispiel

Stellvertretend für die vielen gesammelten Erfahrungen steht für den damaligen Projektzeitraum unsere Erfahrung in der Arbeit mit *Yildiz* (Name wurde geändert). *Yildiz*, ein 15-jähriges Mädchen türkischer Herkunft, schwänzte seit mehr als zwei Jahren immer wieder über längere Zeiträume die Schule. War sie in der Schule, hatte sie Ärger mit ihren Lehrern und Lehrerinnen. Ihr schulischer Lebenslauf liest sich dramatisch: Nach der sechsten Klasse erhielt sie bei durchschnittlich guten Leistungen eine Realschulempfehlung. Sie wechselte von der Grundschule auf eine Realschule, bestand aber das Probehalbjahr nicht. Entgegen der Zusagen konnte *Yildiz* nicht auf eine Gesamtschule wechseln, sondern erhielt nur einen Platz an einer Hauptschule. Fortan ging es in der Schule „bergab“. Sie beteiligte sich in der Hauptschule nicht mehr am Unterricht und musste schließlich auf eine andere Hauptschule wechseln. Die schulische Situation eskalierte, Stress, Fehlzeiten, Schulkonferenzen. Schließlich landete *Yildiz* in einer Schule für verhaltensgestörte Jugendliche. Sie wurde einem fachärztlichen Dienst vorgestellt und dem Personenkreis der seelisch behinderten Kinder und Jugendlichen nach § 35a SGB VIII zugeordnet. Der Fachdienst empfahl dringend, *Yildiz* in einer hochstrukturierten Einrichtung außerhalb Berlins unterzubringen, es müsse eine „Milieutrennung“ erfolgen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Situation von *Yildiz* beinahe klassisch eskaliert. Basierend auf der zugewiesenen seelischen Behinderung war der RSD nun aufgefordert, gar unter Druck, eine schulersetzende Maßnahme einzuleiten, nach dem das Schulsystem ratlos „abgegeben“ hatte. Die Situation von *Yildiz* wurde im Fallteam vorgestellt. Hier wurde eine ausführliche Ressourcenanalyse durchgeführt

und die Einleitung einer FGC angeregt. Der zuständige Sozialarbeiter des RSD formulierte der Familie gegenüber seine Sorge und bot dieser das Verfahren einer FGC an. Die Familie stimmte zu.

Yildiz ist eines von drei Kindern türkischer Herkunft. Ihr älterer Bruder absolvierte das Abitur. Der jüngere Bruder besucht die Grundschule. *Yildiz* definierte sich als „schwarzes Schaf“. Der FGC-Koordinator nahm Kontakt zur Familie auf. Fremdunterbringung war für die Familie ausgeschlossen, obgleich die Eltern der Situation von *Yildiz* hilflos gegenüberstanden. Im Verlauf der Koordinatorentätigkeit zeigte sich ein großes Interesse der Verwandten, an Lösungen für *Yildiz* mitzuarbeiten. Gleichzeitig entpuppte sich *Yildiz* gar nicht so sehr als „schwarzes Schaf“, sondern vielmehr als ein Mädchen, welches den Zugang zu theoretischen Lerninhalten verloren hatte. In praktischen Tätigkeiten wies sie gute Fähigkeiten auf. Ihre Mutter arbeitet selbstständig in einem Friseursalon, *Yildiz* half ihr oft und hatte bereits umfangreiche Kenntnisse im Frisieren und Visagieren erworben.

Die Familiengruppenkonferenz wurde vorbereitet. Eingeladen wurden neben mehreren Verwandten der Familie auch ein Schulvertreter, ein Vertreter der Jugendberatung und der RSD-Sozialarbeiter. Was sich schon im Vorfeld des offiziellen Verwandtschaftsrates (FGC) abzeichnete, konzentrierte sich schließlich in dieser Zusammenkunft: *Yildiz* wollte wieder in eine Tagesstruktur zurückkehren, ihr war ihre „Schwarze-Schaf-Rolle“ nicht recht. In dem offiziellen Verwandtschaftsrat erarbeitete die Familie gemeinsam folgenden Lösungsweg:

Yildiz sah ein, dass es falsch war nicht zur Schule zu gehen. Sie wollte das ändern, einen Abschluss machen und danach eine Ausbildung als Friseurin beginnen. Wichtig war ihr auch die Nähe zu ihrer Familie. Der Sozialarbeiter schlug *Yildiz* ein Berufsvorbereitungsjahr für den Beruf mit anschließendem Schulabschluss vor. Die Familie regte an, *Yildiz* durch Nachhilfeunterricht zu fördern, und versicherte, sie in ihrem Vorhaben zu begleiten und zu unterstützen.

Yildiz wollte in eine Jugendberufshilfemaßnahme, ausgerichtet an ihren Fähigkeiten, integriert werden, ergänzt um begleitende Unterstützung. Das familiäre Netzwerk seinerseits formulierte für sich Angebote und Aufgaben, wie es *Yildiz* bei der Umsetzung ihrer Ziele unterstützen konnte. Für *Yildiz* wurden keine Kosten für Hilfen zur Erziehung „eingespart“. Die Passung der Unterstützung wurde jedoch von der Familie vorgezeichnet und erhöhte die familiäre Akzeptanz und Nachhaltigkeit um ein Vielfaches. Es

entwickelten sich Familienlösungen *aus eigener Kraft*, die auch die Akzeptanz der die „Sorge“ formulierenden Dienste Schule und RSD fanden. Die Durchführung der FGC mit *Yildiz* und ihren Verwandten war vielversprechend, denn es zeigte sich eine hohe Motivation, für und mit *Yildiz* Lösungen zu finden.

Auswertungen

Im März 2007 konnten sieben FGCs ausgewertet werden. Der kulturelle Hintergrund der Familien und ihre Erfahrungen mit dem RSD waren unterschiedlich. Die kontaktierten Familien hatten jedoch alle Vorerfahrungen mit der Jugendhilfe. Folgende erste Eindrücke hatten sich zu diesem Zeitpunkt in der Projektarbeit herauskristallisiert:

Perspektive der Familien

- ▲ Die Familien zeigten sich über diese andere Haltung der RSD-Fachkräfte positiv überrascht.
- ▲ Sie fühlten sich ernst genommen und wertgeschätzt.
- ▲ Seitens der Familie entstand teilweise die Motivation, das Problem schon vor stattfinden des offiziellen Verwandtschaftsrats (FGC) zu lösen.
- ▲ Die Lösungssuche für die Problemsituation war stärker im Fokus als beim üblichen Hilfeplanverfahren.
- ▲ Die erweiterte Familie und ihr Netzwerk ließen sich für die Lösungssuche aktivieren.
- ▲ Durch die Einbeziehung des Umfeldes waren mehr Unterstützungswege möglich.
- ▲ Es zeigten sich keine Einschränkungen bezüglich der kulturellen Adaptionsfähigkeit des Verfahrens. FGC muss, um zu wirken, an die jeweilige Familienkultur anschließen und diese ist immer individuell. Die Entwicklung von FGC im internationalen Rahmen unterstreicht diese These.
- ▲ Selbst wenn Familien zunächst keine tragfähigen Lösungen fanden, konnte über FGC eine erhöhte Einsicht und Motivation erreicht werden, externe Hilfe positiv anzunehmen.

Perspektive der fallführenden Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter

- ▲ Eine positive Erwartungshaltung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ist von elementarer Bedeutung. Nur wenn sie von der Lösungskompetenz der Familie überzeugt sind, können sie die für den Prozess notwendige Gelassenheit aufbringen.
- ▲ Die Beschränkung auf die Rolle des sorgereformulierenden Sozialarbeiters wurde als entlastend empfunden.
- ▲ Andererseits war es nicht leicht, die fallbezogen gefühlte Verantwortung für die Erarbeitung von Lösungen abzulegen.

▲ Eine häufige Erfahrung war, dass es den Fachkräften leichter fiel, eine Lösung zu formulieren als eine Sorge. Dabei ist die präzise und knappe Sorgeformulierung der fallführenden Fachkraft eine der zentralen Voraussetzungen dafür, dass die Familien und ihr beteiligtes Netzwerk sie nicht nur verstehen, sondern auch annehmen und adäquate Lösungen entwickeln können.

▲ Es ist aber nicht nur von Bedeutung, wie überzeugt die Sozialarbeiterin das Verfahren Verwandtschaftsrats vorschlägt, sondern wie offen sie auch mit den entwickelten Lösungsplänen der Familien und ihrem Netzwerk umgehen kann.

Perspektive des Netzwerks

In fast allen Fällen des RSD, wie auch im Rahmen des Pilotprojekts, sind weitere Institutionen und Dienste involviert, die aufgrund ihrer Einschätzung Lösungen anregen oder formulieren, häufig verbunden mit einem starken Druck einer schnellen zeitlichen Umsetzung.

- ▲ Beteiligte Helfende neigen manchmal dazu, den Problemfokus aufrechtzuerhalten und trauen der Familie mitunter wenig zu.
- ▲ Hier oblag es der Koordination, Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten, damit das Netzwerk den Prozess und auch die Lösungen mittragen konnte.
- ▲ Alle Personen und Institutionen, die später die Umsetzung des Lösungsplans mitzutragen haben, müssen in die FGC einbezogen werden.

Perspektive der Koordination

- ▲ Die Rollentrennung zwischen fallführender Fachkraft und Koordinationsaufgabe ist unabdingbar.
- ▲ Obwohl die Koordinatorinnen und Koordinatoren gleichfalls Mitarbeitende des RSD waren, wurden sie von den Familien als „neutrale“ Personen wahrgenommen.
- ▲ Alle Koordinatorinnen und Koordinatoren machten die Erfahrung, dass sie die Familien viel intensiver kennenlernten, als es im gängigen Hilfeplanverfahren der Fall war. Sie konnten mehr über die Ressourcen der Familien erfahren, was die Haltung der Koordinierenden an die Stärke und Lösungsfähigkeit der Familie zu glauben, stützte. Andererseits kann es vorkommen, dass den Koordinierenden Sachverhalte bekannt werden, die der RSD-Kollege oder die RSD-Kollegin nicht kennen. Dies kann sich auf Aspekte im Familiengeschehen beziehen, kann aber auch eine kritische Einschätzung der Familie zur fallführenden RSD-Kraft betreffen. Hier neutral zu bleiben, wurde in der Praxis als nicht so einfach erlebt. Im Rahmen des Pilotprojekts waren dies Einzelfälle, die auch individuell gelöst wurden.

▲ Auch für die Koordinierenden bedeutete es eine große Herausforderung an ihr professionelles Selbstverständnis und Erfahrungswissen, lösungsneutral bleiben zu müssen und sich nur auf den Prozess zu konzentrieren.

▲ Der Familie Raum für den Prozess geben, sich auf ihr Tempo einstellen, Ausdauer zeigen und ansprechbar bleiben, ist die notwendige Haltung der Koordinatorinnen und Koordinatoren.

▲ Eine präzise und sorgfältige Vorbereitungsphase mit allen Familienmitgliedern und weiteren Personen aus dem sozialen Netzwerk ist wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung tragfähiger Lösungen.

Fazit

▲ Eskalationsstufen in der Arbeitsbeziehung zwischen Familie und Hilfesystem konnten aufgelöst werden.

▲ Es erfolgt ein Paradigmenwechsel von bisher üblichen „profi-codierten“ Hilfeplänen hin zur Erstellung von adressaten-/familien-orientierten Selbstverpflichtungskonzepten (Familie erstellt Lösungsplan und Erfolgskriterien).

▲ Der Zeitaufwand für FGC ist in der Regel höher als im üblichen Hilfeplanverfahren. Dies gilt für die Rolle der Koordination, während der Zeitaufwand für die RSD-Kollegenin auch unter Berücksichtigung der Teilnahme am Verwandtschaftsrat eher unverändert bleibt. Dieses in die Vorbereitung einer FGC investierte Zeitkontingent unterstützt unseres Erachtens die Qualität des Prozesses, denn es führt zu einem starken Impuls aufseiten der Familien, schon in dieser Phase Lösungsideen zu entwickeln.

▲ Die von den Familien erarbeiteten Vereinbarungen erfuhren hohe Akzeptanz durch die Fachkräfte.

▲ Die erfolgreiche Initiierung des Verfahrens Verwandtschaftsrat (FGC) ist ganz wesentlich von der Einstellung und Haltung der RSD-Sozialarbeiterinnen und -Sozialarbeiter abhängig. Im Pilotprojekt bestand der Vorteil, dass die Projektmitglieder selbst Mitarbeitende des RSD waren und eigene Fälle einbringen konnten, so dass keine zusätzliche Überzeugungsarbeit im Sinne der geforderten Haltung geleistet werden musste. Die Übernahme der Koordinatorrolle durch die RSD-Kolleginnen und -Kollegen schaffte auch bei anderen Kolleginnen und Kollegen den notwendigen Vertrauensrahmen, um sich in dieser doch ungewohnten Rolle auf die Hilfeplanung einzulassen.

Auf einer Abschlussveranstaltung des Pilotprojekts im März 2007 für die anderen Berliner Bezirke wurden die Ergebnisse präsentiert und stießen auf positives Interesse. Insbesondere die Frage der Vereinbarkeit des FGC-Verfahrens mit den Prinzipien der

Sozialraumorientierung im Kontext der Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte des RSD stand im Fokus der Diskussion. Aufgrund der Erfahrungen des Projekts lässt sich diese Frage eindeutig positiv beantworten. FGC ist eine direkte Umsetzung der Prinzipien der Sozialraumorientierung, denn

▲ der Grundgedanke der Selbstaktivierung der Betroffenen und der Nutzung der Lebensweltressourcen wird konsequent aufgegriffen;

▲ der aktive Wille der Beteiligten steht im Mittelpunkt;

▲ die Fähigkeit der Familien und ihres Netzwerkes, eine für sie maßgeschneiderte Hilfe/Lösung zu entwickeln, wird durch das Verfahren unterstützt.

Laut *Allan MacRae* spielt Sozialraumorientierung auch in Bezug auf die Koordinatoren und Koordinatorinnen eine entscheidende Rolle. So zeigt die Praxis in Neuseeland, dass in den Fällen, in denen die koordinierenden gut ins Gemeinwesen integriert sind, der Anteil der fallunspezifischen Arbeit an den Lösungsplänen bei bis zu 95 Prozent liegt, ansonsten bei 66 Prozent (*MacRae 2007*).

Auch Pilotprojekte landen in Strukturen

Jegliches Engagement zum Verfahren der FGC wurde in der ersten Projektphase durch die Projektmitglieder neben der alltäglichen Fach- und Fallarbeit aufgebracht. Kein Projektmitglied hatte eine Freistellung von seinen bisherigen Tätigkeiten. Von daher stellte sich zum Ende der ersten Projektphase im April 2007 die Frage, wie weitere Erfahrungen zur FGC gesammelt werden können. Als Resultat der bisherigen Projektarbeit wurden drei Grundprämissen gesetzt:

▲ Family Group Conference soll weiterhin im Jugendamt Mitte realisiert werden.

▲ Eine Übernahme der Koordinatorenrolle durch Fachkräfte des RSD kann mit den vorhandenen personellen und zeitlichen Ressourcen nicht umgesetzt werden. Diese Feststellung erfolgte nicht ohne Bitterkeit, da aus dem Kreis der RSD-Kolleginnen und -Kollegen diese Aufgabe gerne weiterhin übernommen worden wäre.

▲ Um den Prozess dennoch voranzubringen, entschlossen wir uns einen Weg einzuschlagen, den wir aus verschiedenen Nachbarländern kennengelernt hatten, nämlich die Aufgabe der Koordination durch freie Träger realisieren zu lassen.

Mit dieser Entscheidung betraten wir zumindest im bundesdeutschen Rahmen Neuland. Bis auf ein Braunschweiger Jugendamt, bei dem im Rahmen eines Modellprojekts³ Familiengruppenkonferenzen ebenfalls in Kooperation mit einem freien Träger

umgesetzt werden sollen, ist in den beteiligten Jugendämtern des Modellprojekts „Implementation und Evaluation von Family Group Conference (FGC)-Konzepten“ der Fachhochschule Münster und der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH)⁴ die Koordination weiterhin als Teilaufgabe des RSD-Kollegiums vorgesehen.

Im Sommer 2007 leiteten wir ein jugendhilfespezifisches Auswahlverfahren ein, um zwei Jugendhilfsträger zu ermitteln, die die Koordinatorenaufgaben übernehmen sollten. Es stellten sich uns jedoch schon vor der Veröffentlichung der Ausschreibung neue Fragen: Auf welcher rechtlichen Grundlage sollten wir die Arbeit der Träger einstufen? Aus fachlicher Sicht folgen wir der Argumentation von *Budde; Früchtel* (2003), wonach FGC im Bereich der Hilfen zur Erziehung eine radikal adressatenorientierte Form der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII darstellt. Für § 36 SGB VIII sind aber zumindest in unserem Jugendamt keine Haushaltsmittel hinterlegt. FGC als eine Form der Hilfe zur Erziehung festzulegen, entspricht aber nicht unserem Verständnis des Verfahrens. Würden wir FGC zum Beispiel als Variante der Familienhilfe nach § 31 SGB VIII bewerten, so ginge dieser Hilfeform eine Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII voraus, was den Grundgedanken des Verfahrens ad absurdum führen würde. Als Hilfskonstruktion ordneten wir FGC im Rahmen des jugendhilfespezifischen Auswahlverfahrens für das Projekt 2008 dem § 27.2 SGB VIII zu, in der Hoffnung, hiermit einen gangbaren Mittelweg gefunden zu haben.

Kooperation mit Trägern und rechtliche Zuordnung

Mit der Veröffentlichung unseres Projektangebotes lösten wir in der Berliner Jugendhilfelandchaft einige Bewegung aus. Trotz des sehr eng gesteckten finanziellen Rahmens hatten sich zehn freie Träger um die Projektmitwirkung beworben. Gleichzeitig stieg auch das Interesse anderer bezirklicher Jugendämter, sich mit FGC zu beschäftigen und es gegebenenfalls zu erproben. Ende 2007 mussten wir die rechtliche Zuordnung des FGC-Verfahrens zur Handhabung der kameralistischen Abrechenbarkeit erneut ändern. Die Tätigkeit der ausgewählten Träger ordneten wir mit Beginn der praktischen Arbeit in der zweiten Projektphase letztendlich dem § 16 SGB VIII zu. Diese Zuordnung entspricht zwar nicht ganz unserem Verständnis des Verfahrens, ermöglicht aber die uns notwendig erscheinende Entkoppelung von den Leistungsangeboten der Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff. SGB VIII. Wie das Family-Group-Conference-Verfahren in Deutschland rechtlich gesichert einzuordnen ist, wird die intensive Fachdiskussion

in den kommenden Monaten zeigen. Die Zuordnung zum § 16 SGB VIII ermöglicht uns aber, den Projektstatus zu verlassen und eine gesicherte Finanzierung zu realisieren.

Jakus e.V. und Compass gGmbH sind die zwei Jugendhilfsträger, mit denen wir seit Januar 2008 intensiv und engagiert an der Weiterführung des Projekts Verwandtschaftsrat (FGC) zusammenarbeiten. Sowohl die Träger an sich als auch die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst stellen dankenswerterweise den fachlichen Zugewinn zurzeit über betriebswirtschaftliche Erwägungen. Ziel der Zusammenarbeit ist es, bis Ende des Jahres 2008 40 weitere Verwandtschaftsräte durchzuführen. Je FGC kann die Koordination bis zu 30 Stunden abrechnen. Eine begleitende Evaluation erfolgt durch die Fachhochschule Potsdam. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der aktuellen Projektphase sind wir sehr zuversichtlich, dass wir unser Ziel für Ende 2008 erreichen werden.

Ausblicke und Bewertung

In den nächsten Schritten wollen wir

- ▲ weitere Praxiserfahrungen zum Verfahren FGC sammeln,
- ▲ gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung eine Antwort zur rechtlichen Zuordnung von FGC finden,
- ▲ eine Empfehlung für eine angemessene Bezahlung der Koordination entwickeln,
- ▲ FGC auch in anderen Bereichen erproben (Jugendgerichtshilfe und ähnliche),
- ▲ andere Berliner Bezirke bei der Implementierung von FGC unterstützen,
- ▲ ein Berliner FGC-Netzwerk aufbauen,
- ▲ uns im bundesweiten FGC-Netzwerk einbringen und von den anderen Projekten lernen,
- ▲ die Vernetzung mit den FGC-Projekten in anderen europäischen Ländern mitgestalten,
- ▲ ein Curriculum zum Training als FGC-Koordinator, -Koordinatorin erarbeiten.

Fachlich stellt FGC ein radikales, familienorientiertes und empowerndes Verfahren dar, welches unseres Erachtens das Spannungsfeld von Problemabgabe und -eskalation aufhebt. Wir sehen hier den sogenannten dritten Weg. Ein Weg, der das viel beschworene und unsägliche Hilfeparadoxon (Hilfe stärkt nicht nur die Menschen, sondern sie macht auch abhängig) aufzuheben vermag. FGC ermutigt (im Sinne von Empowerment) die Familien, aber auch die Fachkräfte. In der Arbeitsbeziehung zwischen Familie und Professionellen werden die jeweiligen

„Experten“-Rollen anerkannt. FGC stellt ein Modell dar, in dem Selbstverantwortung radikalisiert und Kolonialisierung vermieden wird. Vor allem ist FGC ein anspruchsvoller Weg für die Professionellen, so auch für uns, da die Haltung herausgefordert wird.

Viele Projekte, die groß beginnen, enden mitunter klein und manchmal ist es auch genau umgekehrt. Bezogen auf die Implementierung von FGC in Berlin scheint uns Letzteres der Fall zu sein. Wir starteten mit wenig Mitteln und viel Enthusiasmus und haben es geschafft, neben den Fortbildungen und Umbauprozessen im Zusammenhang mit der Einführung der Sozialraumorientierung im Jugendamt Mitte dieses kleine Projekt zu realisieren, das, einmal in Gang gesetzt, eine Eigendynamik entfaltet, die mitunter überrascht. Perspektivisch scheint ein stetiger Prozess in Gang zu kommen, der die Arbeit des RSD erneut verändern könnte. Dennoch gilt es, achtsam zu sein und zu bleiben bezüglich der Fragen, die sich aus der Praxis ergeben, sowie der Prüfung der Ergebnisse und der Nachhaltigkeit von Lösungen. Auch vorschnellen Argumentationen einer antizipierten Effizienz des Verfahrens im Hinblick auf Einsparpotenziale bei den Mitteln für Hilfen zur Erziehung (HzE) ist zu begegnen. Welche Entwicklung die Rolle der Koordinatoren und Koordinatorinnen nehmen wird, verankert als RSD-Fachkraft im Jugendamt oder doch als ein neues Betätigungsfeld für externe „HzE-Profis“ und/oder geschulte Freiwillige aus anderen beruflichen Kontexten, bleibt abzuwarten. Hier liegen berlin- und bundesweit noch Diskussionen vor uns, auf deren Ergebnisse wir gespannt sind.

Vernetzungen

Im Oktober 2006 nahmen wir am 4. Europäischen FGC Netzwerktreffen in Kopenhagen teil. Im November 2007 waren wir in Berlin Gastgeber des 5. Europäischen Netzwerktreffens. Das 6. Europäische Netzwerktreffen steht im November 2008 in Glasgow bevor. Gemeinsam mit der Fachhochschule Münster riefen wir im Oktober 2007 das erste bundesweite FGC-Netzwerktreffen ins Leben. Anfang Oktober 2008 sind wir Gastgeber des zweiten bundesweiten FGC-Netzwerktreffens. Wir möchten dafür werben, FGC in Deutschland so wie in den Niederlanden unter einem einheitlichen Namen zu fassen. Es scheint unseres Erachtens auch eine bundesweite Initiative erforderlich, die die unterschiedlichen Entwicklungen und Erfahrungen bündelt.

Über Fachveranstaltungen werben wir in Berlin für die Implementierung von FGC, unter anderem hatten wir im Oktober 2007 *Allan MacRae*, anfangs erwähnter Chefkoordinator für FGC in Neuseeland,

zur Durchführung eines dreitägigen Workshops nach Berlin eingeladen. Mittlerweile haben wir einen umfangreichen Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen gefunden, die in diversen Kontexten öffentlicher und freier Trägerschaft FGC erproben oder gar implementieren wollen. Berlin ist hinsichtlich FGC in Bewegung gekommen, mehrere Berliner Bezirke haben in den vergangenen Monaten FGC-Projekte initiiert. Perspektivisch ist es auch in Berlin erforderlich, Erfahrungen und Entwicklungen zentral zu bündeln. Weniger um Vielfalt zu vermeiden, sondern um Vielfalt zu erfassen.

Anmerkungen

1 Bei der Suche nach einem passenden deutschsprachigen Begriff für FGC lehnen wir uns an den von Budde und Früchtel vorgeschlagenen Begriff „Verwandtschaftsrat“ an.

2 Wir haben Menschen gefunden, die diese Idee mit uns teilen und danken an dieser Stelle Professor Dr. Frank Früchtel und Wolfgang Budde, die uns von Beginn an bei der Implementierung von Family Group Conference (synonym: Familien-Gruppen-Konferenz, Verwandtschaftsrat, Familienrat) im Jugendamt Mitte von Berlin mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir danken unseren Kolleginnen und Kollegen Yasemin Bando, Kerstin Kubisch-Piesk, Heike Schlizio-Jahnke, Heike Dorr-Sallmann, Ute Steinert, Martina Lefèvre und Peter Fischer, die sich mit uns auf den Weg gemacht haben, FGC im Jugendamtsalltag zu erproben. Unser ausdrücklicher Dank gilt auch Herrn Dietmar Schmidt, unserem Jugendamtsleiter, der uns von Anbeginn des Projekts unterstützt hat. Dank an Monika Goral, stellvertretende Jugendamtsleitung, für ihre Unterstützung, die während ihres Neuseelandaufenthaltes Kontakt zum FGC-Chefkoordinator Neuseelands Allan MacRae aufnahm. Und schließlich bedanken wir uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns immer vertreten haben, wenn uns die Projektarbeit in Anspruch nahm.

3 Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur „Qualifizierung der HzE durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen nach § 78a ff. SGBVIII, siehe http://www.wirkungsorientierte-jugendhilfe.de/seiten/material/wojh_schriften_heft_6.pdf, S. 24-26.

4 http://www.fh-muenster.de/fb10/downloads/Zwischenbericht_family_group_conf.pdf

Literatur

Budde, Wolfgang; Früchtel, Frank: Ein radikales Verständnis von Betroffenenbeteiligung in der Hilfeplanung: Family Group Conference. In: Sozialmagazin 3/2003, S. 13-18

Ferguson, Kirsten: Family Group Conference. In: <http://www.justice.govt.nz/youth/fgc.html> 2005

MacRae, Allan: Workshopergebnisse 1. Unveröffentlichtes Manuskript vom 3. Oktober 2007

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport: Sozialraumorientierung in der Berliner Jugendhilfe. Ein Positionspapier zur Diskussion. Berlin 2002, S. 2

Straub, Ute: FGC – Radikales Empowerment in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Sozial extra 5/2005, S. 37-41

Wittgenstein, Ludwig: Tractatus logico-philosophicus. Frankfurt am Main 1984

Weiterführende Literatur

Früchtel, Frank u.a.: Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Fieldbook: Methoden und Techniken. Wiesbaden 2007

Hampe-Grosser, Andreas: FGC: Über die Entwicklung einer respektvollen Hilfeplanung. In: <http://www.ibs-networld.de/ferkel/22/005.htm> 2007

Hansbauer, Peter u.a.: Zwischenbericht zum Modellprojekt: Implementation und Evaluation von „Family Group Conference (FGC)“-Konzepten. In: https://www.fh-muenster.de/fb10/downloads/Zwischenbericht_family_group_conf.pdf 2007

Jugendamt Mitte: Verwandtschaftsrat (FGC). Eine sozialraumorientierte Form der Hilfeplanung für das Jugendamt Mitte? Unveröffentlichter Abschlussbericht zum Pilotprojekt Juli 2006 bis März 2007. Berlin 2007, S. 1-88

Klünker, Carmen; Nötzel, Gert: Experten in eigener Sache. In: Sozialmagazin 7-8/2007, S. 31-34

Müller, Katja; Kriener, Martina: Für mehr Partizipation: Hilfeplanung mal ganz anders. In: Forum Erziehungshilfen 1/2008, S. 44-48

Straub, Ute: Hilfe aus eigener Kraft. In: Sozialmagazin 4/2008, S., 10-18

Mehr Schutz für Spender und Spenderinnen

Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung

Mareike Alscher; Christel Neff

Zusammenfassung

Am 2. Juli 2008 veranstaltete das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) zusammen mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) das Expertenkolloquium „Mehr Schutz für Spender – Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung“. Vor dem Hintergrund zunehmender Forderungen nach mehr Transparenz im Spendenwesen und eines wachsenden Wettbewerbs unter den gemeinnützigen Spenden sammelnden Organisationen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Praxis Inhalte, Instrumente, aktuelle Problemlagen sowie zukunftsweisende Modelle der DZI-Spenderberatung. Im Mittelpunkt standen sowohl die konkrete Arbeitsweise der DZI-Spenderberatung als auch die Erfahrungen vergleichbarer Spendendokumentationszentren im europäischen Ausland. Gleichzeitig wurden die Zusammenhänge von Spenderberatung und Transparenz aus ökonomischer sowie praxisorientierter Sicht behandelt. Die Teilnehmenden kamen zu dem Ergebnis, dass die DZI-Spenderberatung ein Maßstab und Meinungsbildner im deutschen Spendenwesen ist, dem vonseiten der Öffentlichkeit ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit zugemessen wird. So trägt die Spenderberatung dazu bei, bundesweit die Markttransparenz vor allem im humanitär-karitativen Spendenwesen zu vergrößern, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Spenden sammelnde Organisationen zu stärken, die Spendenbereitschaft insgesamt zu fördern, die Öffentlichkeit präventiv zu informieren und die Arbeit von öffentlichen Institutionen in diesem Sektor zu unterstützen. Gleichzeitig wurde Verbesserungspotenzial aufgezeigt, sowohl hinsichtlich der methodischen Weiterentwicklung als auch der Außenwirkung der Spenderberatung.

Abstract

On 2nd July 2008, the German Central Institute for Social Issues (DZI) and the Social Science Research Center Berlin (WZB) hosted the experts' colloquium „More Protection for Donors – Future Trends of the DZI Donor Advisory Service“. In view of increasing demands for more transparency in fundraising and a growing competition among fundraising non-profit organizations, scientists, politicians and practi-

tioners discussed the contents, instruments, current problems and forward-looking models of the DZI donor advisory service. The discussions focused on the DZI's mode of practice in its donor consultation work and on the experiences of comparable fundraising documentation centres in Europe. At the same time, thought was given to the correlations between donor consultation and transparency, both from an economic and a practice-oriented point of view. Participants reached the conclusion that the DZI donor advisory service has become a leading opinion-forming institution which is accorded a high degree of credibility by the public. Thus donor consultation contributes a share in increasing market transparency on a nation-wide scale, most notably in the humanitarian charitable sector of fundraising, in fostering citizens' trust in fundraising organisations, in encouraging the overall readiness to give donations, in preemptively informing the public and in supporting the work of public institutions active in this field. It was also noted that there is a potential for improvement with regard to the methodical development as well as the visibility activities of DZI's donor advisory services.

Schlüsselwörter

Spendenwesen – Gütesiegel – Beratung – Methode – Deutsches Zentralinstitut – Finanzierung – Transparenz

Einleitung

Am 2. Juli 2008 veranstaltete das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) gemeinsam mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) das mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Kolloquium „Mehr Schutz für Spender – Die Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung“. Ausgewiesene Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis diskutierten auf Basis eines breiten Vortragsangebots Inhalte, Instrumente sowie Entwicklungsmöglichkeiten der DZI-Spenderberatung. Die verschiedenen Fachbeiträge sowie die sich jeweils anschließenden Diskussionen beschäftigten sich konkret mit den Grundlagen von Spenderberatung und Spenderschutz, zeigten bestehende Probleme und Defizite im deutschen Spendensektor auf, diskutierten den Einfluss von Zertifizierungssystemen und anderen Anreizmöglichkeiten auf eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeit von Spendenorganisationen, stellten Spenderberatung und Zertifizierung im europäischen Ausland vor, berichteten aus der Praxis beim Überwachen von Spendensammlungen und wiesen auf die Wichtigkeit des DZI für Spendenorganisationen selbst hin. Spenderschutz und Spenderberatung sind inzwi-

schen wichtige Themenfelder einer Transparenzdebatte im gemeinnützigen Sektor, die zu einem öffentlichen Diskurs avanciert ist, der sich nicht mehr nur an die Non-Profit-Organisationen (NPO) der Zivilgesellschaft richtet. Hierfür sind insbesondere zwei Gründe zu nennen: Zum einen haben die Organisationen einen besonderen Bezug zur Demokratie, weil sie Orte öffentlicher Interessenartikulation sind. Damit sind sie aufgefordert, ihr Handeln offen zu gestalten. Zum anderen sind bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen Entgrenzungstendenzen ins Wirtschaftliche zu beobachten, die eine stärkere Verbindung von wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Gesichtspunkten in Non-Profit-Organisationen nach sich ziehen. Dies betrifft unter anderem auch die Entgegennahme von Spenden, mit denen bestimmte Aktivitäten der Organisationen realisiert oder gefördert werden.

In Deutschland besteht für gemeinnützige Organisationen keine Verpflichtung, über die Verwendung ihrer Mittel gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen. Hieraus resultierende Informationsdefizite werden vor allem dann offenbar, wenn es zu Fehlverhalten aufseiten einer Spendenorganisation kommt. Das DZI Spenden-Siegel und die Auskünfte des DZI zu Hilfswerken ohne Spenden-Siegel tragen dazu bei, die bestehende asymmetrische Informationsverteilung zwischen Spendenden und Spendenorganisationen abzubauen, indem das DZI über Struktur und Mittelverwendung von Spendenorganisationen informiert und damit eine entscheidende Voraussetzung für das Vertrauen in die Arbeit von Spendenorganisationen und deren verantwortliche Gremien liefert. Insofern stellt die Spenderberatung – so die einhellige Meinung der Teilnehmenden des Kolloquiums – ein wesentliches Instrument zur Förderung von Transparenz im deutschen Spendenwesen dar.

In den Begrüßungsansprachen wiesen *Dr. Eckhard Priller*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im WZB und *Burkhard Wilke*, Geschäftsführer des DZI, auf die Bedeutung von Spenderschutz hin. Gleichzeitig wurde betont, dass sich die Spendenthematik in der wissenschaftlichen Grundlagenforschung des WZB noch in den Anfängen befindet. Es folgten neun Vorträge mit Diskussionsforen sowie ein Abschlussplenum, in dem die Akzentsetzungen der Beiträge diskutiert wurden.

Zur Situation der DZI-Spenderberatung

In ihrem Beitrag gab die Leiterin des Bereichs Spenderberatung des DZI, *Christel Neff*, einen umfassenden Einblick über die Entwicklung, den aktuellen

Stand und die Zukunft dieses Arbeitsfeldes. Dabei wurden sowohl die Dokumentationsgrundsätze dargestellt wie das aktuelle Leistungsangebot beschrieben, der gesellschaftliche Nutzen veranschaulicht und es wurden Verbesserungsbedarf sowie aktuelle Trends aufgezeigt. Es ging um Qualität und Quantität der Spenderberatung, aber gleichermaßen um Effizienz und Effektivität. Die vorrangigen Ziele der Spenderberatung bestehen laut *Neff* darin, eine breite Öffentlichkeit über die Seriosität von Spenden sammelnden Organisationen zu informieren, Wissensdefizite abzubauen, um so letztlich die Spendenbereitschaft insgesamt zu befördern.

Neff wies weiter darauf hin, dass das Spendenwesen in Deutschland, wie in anderen vergleichbaren Ländern auch, nur in sehr geringem Maße durch Gesetze und staatliche Kontrollen reguliert ist. Gerade deshalb besteht in der Öffentlichkeit ein großer Bedarf an verlässlichen Informationen hinsichtlich der Seriosität von Spenden sammelnden Organisationen. Die DZI-Spenderberatung stellt derartige Auskünfte und Einschätzungen bereit. Als ein bundesweit tätiger, unabhängiger Beratungsdienst gibt das DZI schon seit dem Jahr 1906 Interessierten Auskunft über humanitär-karitative Spendenorganisationen und seit dem Jahr 2004 auch über Organisationen aus den Bereichen Natur- und Umweltschutz. Bisher noch nicht erfasst sind Arbeitsinhalte wie beispielsweise Kultur, Denkmalschutz, Tierschutz oder Forschung. Die aktuelle DZI-Dokumentation umfasst derzeit etwa 1 000 Organisationen und liefert Informationen und Einschätzungen zu deren Tätigkeit, in der Regel jeweils auf Anfrage. In dringenden Fällen warnt das DZI zudem durch Pressemitteilungen ausdrücklich vor der Unterstützung bestimmter Spendenorganisationen. Darüber hinaus bereitet es zu den in den Medien besonders stark publizierten Katastrophenfällen Listen mit den Namen von förderungswürdigen Organisationen vor, die zu Spenden für die jeweilige Notsituation aufrufen. Außerdem vermittelt es Informationen zu allgemeinen Themen des Spendenwesens.

Eine besondere Auskunftsform der Spenderberatung ist das im Jahr 1992 eingeführte DZI Spenden-Siegel. Es wurde entwickelt, um dem gewachsenen Bedarf der Öffentlichkeit hinsichtlich einer kurzen, prägnanten, aber sehr zuverlässigen Auskunft und Entscheidungshilfe nachzukommen und zugleich dem von vielen Spendenorganisationen artikulierten Erfordernis einer unabhängigen, öffentlich einsetzbaren Einschätzung ihrer Arbeit gerecht zu werden. Auch sollte mit dem Spenden-Siegel die Zahl der aufwendig zu beantwortenden Einzelanfragen

an die DZI-Spenderberatung reduziert werden. Das Siegel wird auf freiwilligen Antrag und nach umfassender, bestandener Prüfung jeweils für die Dauer von zwölf Monaten zuerkannt. Antragsberechtigt sind alle gemeinnützigen Organisationen, die überregional Spenden sammeln. Derzeit tragen 230 Organisationen das Spenden-Siegel (Stand Juni 2008), deren gemeinsames Sammlungsvolumen rund 1,4 Mrd. Euro pro Jahr beträgt.

Das DZI berücksichtigt für die Spenderberatung auch außerhalb des Siegels grundsätzlich nur gemeinnützige Organisationen mit Sitz in Deutschland. Dabei orientiert es sich an der Anzahl der Nachfragen, das heißt es werden nur die Organisationen in die Dokumentation aufgenommen, zu denen das Institut regelmäßig eine Mindestanzahl von Anfragen erhält. Dies trifft zumeist nur auf Organisationen zu, die überregional oder sogar bundesweit um Spenden werben. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bedarfsgerechte Auswahl der relevanten Organisationen. Diese werden in der Regel jährlich um die Zusendung aktueller aussagekräftiger Unterlagen gebeten, darunter der Freistellungsbescheid des Finanzamts, die jüngste Jahresrechnung, der Jahresbericht sowie das aktuelle Werbe- und Informationsmaterial.

Neben den Grundlagenmaterialien fließen in die Dokumentation auch Drittinformationen ein, die sorgfältig auf ihre Aussagekraft, Zuverlässigkeit und gegebenenfalls auch Zitierfähigkeit überprüft werden. Hierzu gehören Hinweise von Staatsanwaltschaften, Polizeidienststellen oder Ordnungsämtern ebenso wie Medienberichte oder Beschwerden von Spendern und Spenderinnen. Die Übersendung der vom DZI erbetenen Unterlagen ist für die Hilfswerke freiwillig. Die weitaus meisten kommen dieser Bitte aus einer wohl verstandenen Verpflichtung zur Transparenz nach. Auf der Basis der vorgenannten Informationen erarbeitet das DZI seine Auskünfte, die eine Beschreibung der jeweiligen Organisation und ihrer Arbeit sowie teilweise eine Einschätzung des DZI zur Förderungswürdigkeit beinhalten. Eine Negativliste mit sogenannten „schwarzen Schafen“ des Spendensektors veröffentlicht das DZI bisher nicht. Unter den Auskünften finden sich jedoch auch solche, die mit einer negativen Einschätzung enden.

Die Leistungsfähigkeit der DZI-Spenderberatung wird anschaulich, wenn man die Arbeit quantifiziert. Im Jahr 2007 beantwortete das DZI 4 500 Einzelanfragen, und zwar durch ausführliche Einzelauskünfte, individuelle Antwortbriefe, themengebundene Profilrecherchen, Spender-Tipps und Spenden-Infos sowie telefonisch. Bei komplexeren Fragestellungen,

die mittels standardisierter Auskünfte nicht beantwortet werden können, sind individuell formulierte Antworten erforderlich. Hiermit sind vor allem zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen befasst, die im Jahr 2007 knapp 1 000 Anfragen bearbeitet haben. Diese Zahl ist gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen und bestätigt letztlich den vom DZI beobachteten Trend, dass die Spenderinnen und Spender bestimmte Sachverhalte zunehmend kritisch hinterfragen und sich dabei nicht mit standardisierten Antworten begnügen.

Nach *Neff* befindet sich die Spenderberatung in einem Spannungsfeld zwischen zeitnaher Auskunftserteilung einerseits und der Bereitstellung verbindlicher, anspruchsvoller Informationen andererseits. Konkret sieht sich die Spenderberatung damit konfrontiert, dass sich insbesondere die Erarbeitung kritischer Auskünfte als arbeitsintensiv erweist und einer längeren Bearbeitungszeit bedarf. In diesen Fällen muss besonders konsequent recherchiert, nachgehakt und juristisch unangreifbar formuliert werden. Gerade wegen des großen öffentlichen Interesses, auf das das DZI mit seinen Warnungen stößt, wäre es wünschenswert, hier mehr Personalkapazität einsetzen zu können.

In dem sich anschließenden *Meinungsaustausch* wurden die Zusammenhänge von Spenderberatung und Spenden-Siegel, der Einfluss der Krise um UNICEF Deutschland (2007/8) auf Spenderberatung und Spenden-Siegel-Standards sowie die Zielgruppe des Siegels und damit die fehlende Antragsberechtigung für kleine, lediglich lokal oder regional sammelnde Spendenorganisationen erörtert. Vom DZI wurde betont, dass die Ereignisse in Zusammenhang mit dem Deutschen Komitee für UNICEF e.V. keinen unmittelbaren Einfluss auf die Spenden-Siegel-Kriterien haben werden. Dies liege vor allem darin begründet, dass der Entzug des Spenden-Siegels bei UNICEF Deutschland vor allem auf Falschangaben der Organisation, ein darauf folgendes zögerliches Auskunftsverhalten gegenüber dem DZI und auf Managementfehler zurückzuführen gewesen sei. Solche Vorkommnisse seien schon nach den bestehenden Kriterien sanktionierbar und auch durch veränderte beziehungsweise verschärfte Prüfungskriterien nicht auszuschließen. Angesichts der zahlreichen und teilweise aggressiven Spendenwerbung von Tierschutzorganisationen wäre es nach Aussage eines Teilnehmers wünschenswert, dass das DZI seine Spenderberatung auch auf diesen bisher noch nicht erfassten Bereich ausweitet. Zudem empfehlen die Teilnehmenden dem DZI, im Rahmen der Weiterentwicklung seiner Spenderberatung zukünf-

tig eine Art „Negativliste“ zu veröffentlichen. Die Stiftung Warentest hat nach Angaben von *Lutz Wilde*, Redakteur der Zeitschrift „Test“ gute Erfahrungen mit solchen Negativlisten gemacht. Im Sinne von Spenderschutz ist es nach übereinstimmender Meinung aller Diskussionsteilnehmer notwendig, dass das Institut seine Öffentlichkeitsarbeit aktiver gestaltet und weiter ausbaut.

Transparenzfördernde Instrumente

Professor *Dr. Andreas Ortmann*, Karls-Universität Prag, diskutierte in seinem Vortrag „Markttransparenz im Spendenwesen – Instrumente, Wirkungen und Herausforderungen“ verschiedene transparenzfördernde Instrumente mit dem Ergebnis, dass Zertifizierungssysteme und damit auch die DZI-Spenderberatung anderen transparenzfördernden Instrumenten der Selbstregulierung überlegen sind. Seine Analyse basiert auf dem spieltheoretisch hergeleiteten Principal-Agent-Prinzip, dem eine asymmetrische Informationsverteilung als Problemstellung zugrunde liegt, hier zwischen Non-Profit-Organisationen (Principals) und ihren Anspruchsgruppen (Agents). Dabei haben die Organisationen gegenüber der Öffentlichkeit und den Spendern einen Informationsvorsprung hinsichtlich ihrer Arbeitsweise.

Um das Vertrauen in Spenden sammelnde Organisationen zu fördern, ist es notwendig, das bestehende Informationsgefälle abzubauen. Hierzu bieten sich verschiedene Instrumente an. Nach *Ortmann* wurden durch empirische und theoretisch hergeleitete Vergleiche von Selbstregulierungs- und Zertifizierungssystemen Letztere als die vertrauensbildenden Instrumente ermittelt. Als Beispiel für eine potenziell vertrauensbefördernde Selbstregulierung verwies er vor allem auf das Modell GuideStar, das die möglichst umfassende Abbildung des Dritten Sektors mittels einer Online-Datenbank zum Ziel hat. GuideStar bietet Non-Profit-Organisationen die Möglichkeit, auf Basis freiwilliger Selbstauskunft eine breite Öffentlichkeit über Ziele, Inhalte und Tätigkeiten ihrer Arbeit zu informieren. Die ökonomische Theorie (*Maxwell* u.a. 2000) zeigt allerdings, so *Ortmann*, dass Selbstregulierung ausschließlich den Versuch darstellt, staatliche Regulierung zu antizipieren und überdies zu Zugangsbeschränkungen führt (*Shaked; Sutton* 1981). Außerdem belege die theoretische Arbeit von *Nunez*, dass sich die Wahrscheinlichkeit der Informationstäuschung beziehungsweise der Unterschlagung von Informationen bei selbstregulierten Organisationen erhöhe. Mit Blick auf das Beispiel von GuideStar USA, das gemeinhin als sehr erfolgreich dargestellt werde, verweist *Ortmann* darauf, dass auch bei dieser ame-

rikanischen Datenbank nicht mehr als 10 Prozent der Non-Profit-Organisationen die Möglichkeit der zusätzlichen Informationsbereitstellung nutzen. Ähnlich verhält es sich in Großbritannien. In Deutschland liegt die Hauptschwierigkeit darin begründet, dass keine Publizitäts- und Rechnungslegungspflicht für NPO existiert, so dass sich GuideStar Deutschland ausschließlich auf Eigenangaben dieser Organisationen verlassen muss. Zu den zentralen Problemen von Selbstregulierung zählen Anreizkompatibilität und eine fehlende systematische Evaluation der Selbstregulierungssysteme.

Dem Instrument der Selbstregulierung stehen nach *Ortmann* Zertifizierungssysteme gegenüber, denen empirische Arbeiten eine höhere Effektivität zusprechen. Die diversen Zertifizierungssysteme unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Preis- und Finanzierungsmodis, Misserfolge und Erfolge sowie ihrer jeweiligen Praxis zur Qualitätssicherung. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sie Fragen zur Arbeit der betreffenden Organisation beantworten. Ein mit der Zertifizierung verbundenes Siegel kann dann öffentlichkeitswirksam eingesetzt werden.

Bekkers (2003/2006) zufolge hat die Zertifizierung von Organisationen vor allem drei Wirkungen: Die entsprechenden Organisationen erhalten mehr Zuwendungen und Mittel von Großspendern; auch die Erträge des Fundraisings sind höher. Überdies lässt sich nachweisen, dass sich Zertifizierungssysteme konkurrenzlos in einzelnen Ländern etabliert haben. Sie werden nach *Ortmann* in ihrer Informationsfunktion sowohl von öffentlichen Institutionen als auch von Medien anerkannt. Diese Entwicklung ist, so *Ortmann*, ein weiterer Beleg für ihren Erfolg. Trotzdem sehen sich Zertifizierungssysteme mit zahlreichen Fragestellungen konfrontiert, die (noch) nicht abschließend beantwortet werden können. Beispielsweise geht es um Aspekte, wie Zertifizierungssysteme ihre Reputation erwerben und erhalten können oder wer die Kontrolleure kontrolliert.

In der Diskussion über den Beitrag wurde betont, dass Zertifizierungssysteme und analog zu ihnen auch die unabhängige Spenderberatung das Informationsgefälle zwischen NPO und Spendenden nicht völlig aufheben können. Ein wesentlicher Schritt hin zu mehr Transparenz im deutschen Spendenwesen würde nach Auffassung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Kolloquiums durch die Verpflichtung zu einer öffentlichen Berichterstattung über Mittelherkunft und Mittelverwendung erreicht. Grundsätzlich sind aber nicht nur steuerlich relevante, sondern auch andere Informationen von Bedeu-

tung. *Ortmann* erwiderte, dass eine Publizitätspflicht hinsichtlich der Jahresabschlüsse zwar ein Schritt in die richtige Richtung wäre, jedoch hinsichtlich der Wirkung nicht überschätzt werden dürfe. Schließlich gebe es etwa in den USA eine seit Jahren andauernde Fachdiskussion um die Verlässlichkeit der öffentlichen Daten aus den Steuererklärungen der gemeinnützigen Organisationen. Betont wurde zudem, dass eine Hierarchisierung transparenzfördernder Instrumente nicht zielführend sei, da man der Vielfalt des Dritten Sektors hinsichtlich Organisationsformen, Tätigkeitsfeldern und Funktionen ausschließlich mit Zertifizierungssystemen nicht gerecht werden könne. Es stelle sich somit die Frage nach der Kompatibilität der Systeme, da jedes Informationssystem seine Grenzen habe. So sei zum Beispiel für kleine Organisationen der Erwerb eines Siegels sowohl hinsichtlich der damit verbundenen Gebühren als auch der bereitzustellenden Informationen häufig nicht leistbar. Einer Datenbank wie GuideStar Deutschland könne dabei eine ergänzende Funktion zukommen, auch wenn ihre Informationstiefe als gering einzustufen sei.

Information schafft Vertrauen

Im dritten Vortrag „Information schafft Vertrauen – Vertrauen stützt Bürgerschaftliches Engagement“ wies *Dr. Burkhard Gnärig*, Geschäftsführer und Mitbegründer des Berlin Civil Society Center, auf die Einflussmöglichkeiten sowohl des DZI als auch der Spendenden hin, zukünftig mehr Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit in der Arbeit von Non-Profit-Organisationen zu erreichen. Die Ursachen für ineffizientes Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen liegen für *Gnärig* in dem nicht vorhandenen Gewinnstreben, unzureichendem Informations- und Effizienzdruck sowie mangelnden Zielsetzungen und Erfolgsmessungen von Organisationen begründet. Um die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und das in ihnen zum Tragen kommende Engagement zur vollen Wirkung zu bringen, bedarf es seiner Meinung nach eines höheren Maßes an Innovation und Kreativität. Dabei seien die Hilfswerke den Spendern wie auch den Begünstigten gleichermaßen als ihren „Kunden“ verpflichtet.

Dem DZI komme mit seinen Standards, Prüfungen und Auskünften in diesem „Dreiecksverhältnis“ die Rolle eines zentralen Intermediärs in puncto Transparenz und Rechenschaftsfähigkeit zu. Die Aufgabe des DZI besteht *Gnärig* zufolge nicht nur darin, die Spendenden zu informieren, sondern auch, sie in die Transparenzförderung aktiv miteinzubeziehen. Stärker als bisher müsse das DZI außerdem eine Rechenschaftslegung und Transparenz der Organi-

sationen gegenüber ihren Begünstigten einfordern. *Gnärig* plädiert in seinen Ausführungen dafür, dass sich die DZI-Spenderberatung in der Zukunft auf die wichtigsten Spendenorganisationen im deutschen Spendenmarkt konzentrieren sollte. Die Auskunftserteilung des DZI sollte sich dabei neben den besonders förderungswürdigen Organisationen mit Spenden-Siegel auf die nachweisbar negativ zu beurteilenden Vereinigungen beschränken. Auf diesem Weg, so *Gnärig*, und durch die Fokussierung der DZI-Spenderberatung auf einige wesentliche Organisationen („Klasse statt Masse“ – „Tops und Flops“) könne sowohl die Effizienz der zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch die Spenderberatung verbessert werden. Deutlich abraten müsse er hingegen von einer verstärkten Individualberatung durch das DZI – etwa hinsichtlich der Entscheidungsprozesse von Großspender. Außerdem empfahl er dem DZI, die zunehmende internationale Öffnung der Spendenmärkte bei der Weiterentwicklung seiner Prüfmethode im Blick zu haben.

Berichte aus Österreich und der Schweiz

Bei den sich anschließenden Vorträgen handelte es sich jeweils um Berichte zur Spenderberatung in Österreich und der Schweiz. *Dr. Martina Ziegerer*, Geschäftsführerin der Schweizer Stiftung ZEWO, stellte in diesem Rahmen die Schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen vor, deren Finanzierung ähnlich wie beim DZI sowohl durch Gebührenzahlungen der Gütesiegel tragenden Organisationen als auch über öffentliche Zuwendungen erfolgt. Die Stiftung ZEWO versteht sich als eigenständige Auskunft- und Zertifizierungsstelle, die den Spenderschutz und die Aufklärung über den Spendenmarkt zum Ziel hat.

Zu ihrem breiten Nutzerkreis zählen Spendende in gleicher Weise wie Behörden und Medien. Die Auskunftserteilung basiert auf einem eigenen Kriterienkatalog und bezieht sich dabei sowohl auf Organisationen mit als auch auf solche ohne Gütesiegel. In diesem Rahmen beschäftigt sich die Stiftung ZEWO zum Beispiel mit Fragen zu Sammlungsmethoden oder wie viel Geld letztendlich bei den Bedürftigen ankommt. Zudem gibt sie bei Bedarf Auskunft über die Zweckorientierung von Organisationen und beurteilt deren Profil. Als weitere Informationsquelle steht eine Online-Datenbank über die Organisationen mit Gütesiegel zur Verfügung, die Recherchen zu Tätigkeitsschwerpunkten ermöglicht. In schriftlicher Form gibt die Stiftung Tipps rund um das Thema Spenden. Insgesamt verfolgt der Informationsdienst der ZEWO einen reaktiven Ansatz

und orientiert sich am Bedarf. Sofern sich eine Organisation durch mangelnde Transparenz auszeichnet, weil sie der Bitte der Stiftung ZEWO um Übermittlung aussagekräftiger Unterlagen nicht nachkommt, wird sie in einer Negativliste der Stiftung, die im Internet verfügbar ist, namentlich genannt. Eine wesentliche Zielsetzung der Stiftung ZEWO besteht darin, in Zukunft Fehlverhalten und Missbrauch bei Spendenorganisationen stärker als bisher zu verfolgen. Dies könne beispielsweise durch die Einleitung rechtlicher Schritte und damit Klagen gegen die betreffende Organisation geschehen. Abschließend betonte *Ziegerer* jedoch, dass sich die Arbeit der Stiftung ZEWO weiterhin vor allem darauf konzentrieren solle, aufzuklären statt anzuklagen, da mit jeder öffentlichen Warnung auch das Image des gesamten gemeinnützigen Sektors beschädigt werden kann.

Florian Bittner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Österreichischen Forschungsförderung für internationale Entwicklung (ÖFSE), stellte das in die ÖFSE institutionell eingebundene Österreichische Institut für Spendenwesen vor, dessen rechtliche Selbstständigkeit vorbereitet wird. Die Finanzierung erfolgt derzeit durch die ÖFSE; ein wesentlicher Faktor ist die kostenfreie, ehrenamtliche Mitarbeit. Ihre Funktion sieht die österreichische Spenderberatung in der Dokumentation, Anfragebeantwortung, Interessenvertretung sowie in der Mitgestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen. Das Spendenvolumen des Landes lag im Jahr 2007 bei 400 Millionen Euro, wobei die meisten Spenden in die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit, Soziale Dienste und Gesundheit flossen. Die Beratungstätigkeit der ÖFSE, die sich beispielsweise an Privatpersonen mit Rechtsfragen und an Medien hinsichtlich spendenbezogenem Datenmaterial richtet, bezieht sich in Form von Auskünften zum Spendengütesiegel auch auf Non-Profit-Organisationen. Das Gütesiegel wird in Österreich auf Grundlage eines vom gemeinnützigen Sektor erarbeiteten Kriterienkataloges durch die Kammer der Wirtschaftstreuhänder (das heißt Wirtschaftsprüfer) vergeben, und zwar unter Bezug auf eine erweiterte Abschlussprüfung des Wirtschaftsprüfers der jeweiligen Organisation.

In der Diskussion wiesen die Diskutanten besonders auf zwei Problemfelder hin: Zum einen wurde der Zusammenhang von Gemeinnützigkeitsstatus und Gütesiegel problematisiert. Ein Konflikt ergibt sich hier insofern, als dass das Siegel nicht zwangsläufig zeitnah bei Wegfall des Gemeinnützigkeitsstatus entzogen werden kann, denn Letzteres wird wegen des Steuergeheimnisses zunächst nicht öffentlich.

Zum anderen wurden Bedenken gegenüber der externen Siegelvergabe in Österreich geäußert, da es sich bei den prüfenden Wirtschaftstreuhändern um „fachfremdes“ Personal handelt. Demgegenüber seien Siegelvergabe und Spenderberatung durch unabhängige, mit dem Spendensektor seit Langem vertraute Einrichtungen wie dem DZI oder der Stiftung ZEWO deutlich aussagekräftiger. Längerfristig ist jedoch offenbar auch in Österreich geplant, das Gütesiegel durch das Österreichische Institut für Spendenwesen mit dem Einsatz eigener spezialisierter Prüfer zuzuerkennen.

Nutzen und Bedeutung von Spenderberatung

Beate Moser, Leiterin des Referats 212 „Wohlfahrtspflege, Soziale Infrastruktur“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), hob in ihrem Beitrag „Bedeutung der DZI-Spenderberatung“ den besonderen Nutzen hervor, den die Spenderberatung des DZI heute vor dem Hintergrund des wachsenden Stellenwertes von zivilgesellschaftlichen Organisationen hat. Mit einem jährlichen Spendenaufkommen von 3 bis 5 Milliarden Euro und 23 Millionen freiwillig Engagierten in Deutschland werde es immer wichtiger, das Vertrauen und die Transparenz im Bereich des Zivilengagements zu stärken. Spenderschutz durch die unabhängige Spenderberatung des DZI sei hierfür ein wesentliches Instrument. Es habe sich als Pendant zu staatlichen Maßnahmen wie zum Beispiel den Gemeinnützigkeitsprüfungen der Finanzämter wie auch zu Bestrebungen der Selbstregulierung durch Dachverbände sehr bewährt. Die Initiative ZivilEngagement des BMFSFJ oder die gesetzliche Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Spenden zeigen, so *Moser* weiter, dass es eine zunehmende Verzahnung staatlicher und privater Aktivitäten gibt, die sich auf den Bereich des Zivilengagements richten. Das BMFSFJ sieht in diesen Entwicklungen die Spenderberatung des DZI zusätzlich legitimiert und damit auch die Notwendigkeit seiner finanziellen Förderung. Im Rahmen der stetigen Weiterentwicklung der Leistungen des DZI sollte seine Arbeit deshalb auch in Zukunft die Entwicklung der Beurteilungsmaßstäbe gegenüber den Organisationen in den Fokus stellen sowie ethische Fragen der Spendenwerbung und nicht zuletzt auch den Wirkungsgrad seiner Beratung in der allgemeinen Öffentlichkeit berücksichtigen.

Zur Sammlungsaufsicht

Dirk Taron vom Ordnungsamt der Stadt Arnsberg veranschaulichte in seinem Statement „Die Sammlungsaufsicht in den Bundesländern“ die Rolle der Sammlungsgesetze beim Einwerben von Spenden

auf Straßen, öffentlichen Plätzen und an der Haustür. Er zeigte potenzielle Missbrauchsmöglichkeiten auf und verwies auf die Gefahren, die mit der Aufhebung der Sammlungsgesetze verbunden sind, zu der sich in den zurückliegenden Jahren zahlreiche Bundesländer mit dem Argument des Bürokratieabbaus entschieden haben. Durch die dort nunmehr fehlende Gesetzesgrundlage wird laut *Taron* die Möglichkeit zum Betrug durch Spenden sammelnde Personen und Organisationen erhöht. Er verwies auf zwei Fälle, anhand derer deutlich wurde, dass eine präventive Aufsicht den Spenderschutz verstärkt. Missbrauch kann zum Beispiel durch unberechtigten Einsatz von Sammeldosen vorliegen, weil entweder für die Organisation keine Anerkennung auf Gemeinnützigkeit erteilt wurde oder wenn nur geringe Teile des gesammelten Geldes dem Sammlungszweck zugeführt werden. Im Sinne des Verbraucherschutzes ist die heute in ihren rechtlichen Möglichkeiten deutlich eingeschränkte Sammlungskontrolle umso mehr auf die Informationen des DZI angewiesen.

In der Diskussion wurde in erster Linie die fehlende Abstimmung zwischen der Sammlungsaufsicht der Länder und den Finanzämtern problematisiert sowie eine mangelnde Kommunikation der Finanzämter untereinander. Da auch die Auskunftsberechtigung der Finanzämter über den vorliegenden Steuerstatus eingeschränkt ist, würden so Spendensammlungen unseriöser Organisationen begünstigt. Auch hier mahnten Diskussionsteilnehmer eine Verbesserung des Spenderschutzes an, die kurzfristig durch eine Zentralisierung und bessere Zugänglichkeit der Vereinsregister erreicht werden könnte.

Verbraucherschutz – Spenderschutz

Der geplante Vortrag „Verbraucherschutz und Spenderschutz“ wurde auf Grund der kurzfristigen Verhinderung der Referentin durch ein kurzes Inputreferat von *Burkhard Wilke* ersetzt. Aufgezeigt wurden hier einzelne Schnittstellen zwischen Spender- und Verbraucherschutz. Zu den Institutionen des Spenderschutzes, die in den Verbraucherschutz eingebunden sind, zählen die Stiftung Warentest, der Bundesverband der Verbraucherzentralen und die einzelnen Verbraucherzentralen der Bundesländer. Letztere sind beispielsweise als Beratungsstellen aktiv, die von den Spendenden in Form von Rechtsberatung genutzt werden. Thematisch kann es hier zum Beispiel um die Rücktrittsrechte bei Fördermitgliedschaften gehen. In Zukunft gilt es jedoch, im Rahmen der Weiterentwicklung der Spenderberatung in Deutschland die Verbindungsmöglichkeiten von Spender- und Verbraucherschutz auszubauen.

Spenderschutz – Spendenschutz

Zum Abschluss des Kolloquiums erläuterte *Christian Osterhaus*, Bereichsleiter Marketing der Deutschen Welthungerhilfe e.V., das Thema „Unabhängige Spenderberatung und Spenderschutz“ aus Sicht einer Organisation. Aus dieser Perspektive sei Spenderschutz ohne Zweifel ein wesentliches Instrument des Verbraucherschutzes, sagte *Osterhaus*. Er betonte, dass im Zuge des starken Bedeutungszuwachses von Spenden für Non-Profit-Organisationen eine besondere Notwendigkeit darin bestehe, den guten Ruf des Dritten Sektors zu erhalten. Dem stehen jedoch unzureichend transparente Arbeits- und Handlungsstrukturen, fehlende Professionalität, steigerungsfähige Effizienz der Non-Profit-Organisationen sowie Mängel bei der Selbststeuerung entgegen. Infolgedessen bedarf es Strategien, die dazu beitragen, die Qualität und Wirksamkeit der Organisationen zu erhalten beziehungsweise zu verbessern und die auch bei der Weiterentwicklung von Spenden-Siegel und Spenderberatung Berücksichtigung finden sollten.

Das DZI bietet hierfür bereits jetzt wertvolle Ansätze, indem es mit seiner Arbeit Druck auf die organisationsinternen Verfahrensabläufe ausübt. Mit seinem Spenden-Siegel und der Spenderberatung sei das DZI in Deutschland die einzige unabhängige Institution, die über das Knowhow für die zuverlässige Prüfung von Spendenorganisationen verfüge. Dennoch würden sich auch für das DZI in Zukunft neue Herausforderungen ergeben, um mit einer weiteren Verbesserung der Spenderberatung zur Professionalisierung der Spendenorganisationen beizutragen. Hierzu zählen die bislang zu geringe Zahl der vom DZI erfassten Organisationen (zwei Drittel der NPO in Deutschland werden vom DZI nicht dokumentiert), der noch zu geringe Bekanntheitsgrad des DZI, der verbesserungswürdige Umgang mit potenziellem Fehlverhalten von Organisationen sowie das Ziel einer breiteren Finanzierungsbasis. So sei aus Sicht der Organisationen insbesondere die Bundesregierung aufgefordert, ihren Beitrag zu einer ausreichenden Finanzierung des DZI zu stärken. Nur so hätten letztlich auch kleine Organisationen die Möglichkeit, das Spenden-Siegel zu ausreichend günstigen Konditionen zu erwerben. Zudem solle das DZI stärker als Motor transparenzfördernder Entwicklungen agieren (zum Beispiel bei der Vergabe des Transparenzpreises durch Price-waterhouse-Coopers). Im Unterschied zu *Dr. Gnärig* vom Berlin Civil Society Center sieht *Osterhaus* die wesentliche Aufgabe des DZI zukünftig darin, dass es mit seiner Dokumentations- und Auskunftstätigkeit den Sektor in seiner gesamten Breite erfassen

sollte, also eine Ausweitung sowohl auf bisher noch nicht vom DZI abgedeckte Bereiche als auch auf die Gruppe der kleinen Organisationen.

In der Abschlussdiskussion zur Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung wurden Finanzierungswege erörtert, die bei einer Ausweitung des Leistungsangebots der DZI-Spenderberatung zwangsläufig erforderlich sein würden. Besprochen wurde auch der zukünftige Umgang mit unseriösen Organisationen und Fällen von Spendenmissbrauch sowie eine Neuausrichtung des Tätigkeitsspektrums der Spenderberatung im Spannungsfeld zwischen Schwerpunktsetzung und Konzentration auf wenige wichtige Spendenorganisationen einerseits und einer möglichst breiten Abdeckung des Sektors andererseits.

Hinsichtlich der Finanzierung stellt sich die Frage, welche Formen der zusätzlichen Mittelakquirierung denkbar sind. Derzeit finanziert sich das DZI zu 45 Prozent aus öffentlichen Zuwendungen und zu 55 Prozent aus eigenen Einnahmen. Das Einwerben von Spenden durch das DZI selbst wurde von Seiten des Instituts bisher ausgeschlossen, weil es nicht auf demselben Markt in Konkurrenz zu den Organisationen treten will, die es prüft und beurteilt. In dieser Haltung wird das DZI von den Diskussionspartnern eindeutig bestärkt. Alternativ bietet sich für das DZI die Möglichkeit der Einwerbung von Zustiftungen. Die Wahrscheinlichkeit, hierfür potenzielle Geldgeber zu finden, wird von der Mehrzahl der Anwesenden jedoch als eher gering eingeschätzt. Da eine weitere Erhöhung des Gebührenaufkommens wegen der Gefahren für die Unabhängigkeit des DZI und der drohenden Überforderung kleiner Organisationen zugleich mehrheitlich kritisch gesehen wird, gerät nach den Kürzungen der vergangenen Jahre vor allem wieder eine stärkere öffentliche Finanzierung in den Blickpunkt. *Christian Osterhaus* unterstrich, die Transparenzinitiative deutscher Spendenorganisationen habe im Frühjahr 2008 für ihre Forderung, das DZI zu stärken, unter anderem Beifall von Bundesministerien erhalten. Diese seien nun auch in der Pflicht, selbst entsprechend zu handeln.

Hinsichtlich der methodischen Weiterentwicklung der DZI-Spenderberatung zeigten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Kolloquiums verschiedene Alternativen auf. Einigkeit herrschte darüber, dass die DZI-Spenderberatung ihre Außendarstellung deutlich verstärken sollte. Im Sinne eines wirksamen Spenderschutzes sollten insbesondere unseriöse beziehungsweise mangelhaft transparente Organi-

sationen in Zukunft vom DZI stärker als bisher proaktiv öffentlich benannt werden. Derzeit sei zum Teil feststellbar, dass Organisationen, die Misserfolge öffentlich darstellen, eine negativere Beurteilung durch das DZI erfahren als Organisationen, die Fehler und Misserfolge verschweigen oder sich Auskünften überhaupt verweigern. Hier werden methodische Korrekturen beispielsweise orientiert am Umgang der Stiftung ZEWO mit intransparenten Organisationen empfohlen. Darüber hinaus wurde die Option angesprochen, ein Ratingverfahren zu entwickeln, das die bisherige Spenderberatung methodisch sinnvoll ergänzen könnte. Auf diese Weise wären nicht nur die seriös oder unseriös arbeitenden Organisationen kenntlich gemacht, sondern es würde auch ein Ansatz geschaffen, eine möglichst positive Beurteilung und damit eine bessere Stellung im Einwerben von Spenden zu erlangen.

Fazit

Die wesentlichen Ergebnisse des Expertenkolloquiums lassen sich wie folgt zusammenfassen:

▲ Das bisherige Leistungsangebot der DZI-Spenderberatung ist in Deutschland einzigartig und hat sich als Ergänzung staatlicher Kontrollen auf der einen und der Selbstregulierungsansätze der Dachverbände auf der anderen Seite bewährt.

▲ Die DZI-Spenderberatung leistet einen erheblichen Beitrag zu mehr Transparenz im deutschen Spendenwesen und steigert damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Spenden sammelnde Organisationen.

▲ Spenderschutz ist ein wesentliches Instrument des Verbraucherschutzes. Das belegen unter anderem die enge Zusammenarbeit zwischen dem DZI und den Verbraucherzentralen, die sich überlappende Probleme unseriöser Vertriebsformen für kommerzielle und gemeinnützige Angebote und die Aufnahme des DZI Spenden-Almanachs in den „Aktionsplan Verbraucherschutz“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2003.

▲ Festzustellen ist, dass die Ansprüche der Öffentlichkeit an Informationen zunehmen und zugleich der Spendensektor immer komplexer wird. Das DZI muss dem bei der Weiterentwicklung der Spenderberatung Rechnung tragen. Einige Teilnehmende befürworteten die Fokussierung der Spenderberatung auf wenige „wichtige“ Organisationen im Spendenmarkt. Andere betonten die Notwendigkeit, das Vertrauen in Spendenorganisationen durch eine möglichst breite Beobachtung und Abdeckung des gesamten deutschen Spendensektors zu stärken. Das DZI soll so bald wie möglich in die Lage versetzt werden, wichtige Bereiche wie Tierschutz und Kultur in seine Spenderberatung einzubeziehen.

▲ Das DZI muss seine Öffentlichkeitsarbeit deutlich verstärken und den Bekanntheitsgrad erhöhen.

▲ Die hohe Qualität von Spenderberatung und Spenden-Siegel muss beibehalten und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus muss das DZI durch eine bessere Finanzierung in die Lage versetzt werden, proaktiver zu informieren und bei Neuentwicklungen der Transparenz als „Treiber“ zu wirken.

▲ Chancen und Potenzial von Zertifizierung, aber auch anderen transparenzfördernden Instrumenten wurden im Rahmen des Kolloquiums verdeutlicht.

▲ Vergleiche mit Spendendokumentationszentren im Ausland zeigen Möglichkeiten der Optimierung bestehender Standards sowie alternative Vorgehensweisen bei der Spenderberatung und Siegelvergabe auf. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Stiftung ZEWO in der Schweiz, die im Unterschied zum DZI intransparente Organisationen auf eigene Initiative hin öffentlich benennt und kritisiert.

▲ Die Synergieeffekte der Spenderberatung wurden verdeutlicht. Auf Seiten der Spendenorganisationen selbst werden Spenderberatung und die von ihr aufgestellten Qualitätsstandards als Mittel zur Verbesserung der eigenen Effizienz und der Projektarbeit wie auch der öffentlichen Reputation angesehen.

▲ Regelmäßig erhält das DZI Anfragen von Behörden der Kommunen (wie Ordnungsämtern), der Bundesländer und des Bundes. Hier ergeben sich wichtige Synergieeffekte in der Weise, dass staatliche Aufsichtsfunktion und die unabhängige Prüfung, wie das DZI sie bereitstellt, eng miteinander verzahnt werden können.

▲ Die vorgeschlagenen Möglichkeiten der Fortentwicklung sind zum Teil mit Kosten verbunden. Die Frage nach der Finanzierung ist eng verbunden mit der Frage nach den Interessenten einer Stärkung des DZI und seiner Spenderberatung.

Literaturverzeichnis

Bekker: Trust, Accreditation, and Philanthropy in the Netherlands. In: Nonprofit & Voluntary Sector Quarterly 2003

Bekker: Keeping the Faith: Origins of Confidence in Charitable Organizations and its Consequences for Philanthropy. Warwick University 2006

Maxwell, J. u.a.: Self-Regulation and Social Welfare: The Political Economy of Corporate Environmentalism. In: Journal of Law & Economics, University of Chicago Press 2/2000, S.583-617

Shaked, A.; Sutton, J.: Natural oligopolies. London 1981

Die soziale Legitimation von Kunst ist Asozialität

Heinz Wilfing; Elisabeth Balon-Rohr

Zusammenfassung

Der Ansatz einer Verbindung von Kunst und Sozialer Arbeit beruht auf der Idee, Klientinnen und Klienten über künstlerische Aktivität zu erreichen und für die eigene Entwicklung entsprechend mobilisieren zu können. Eine Reihe von partizipativen Modellen zur Klientenförderung als aktive Kunstschaaffende und von Veränderungen ihrer Lebenssituation werden vorgestellt. Die sozial dimensionelle Kunsttherapie wird als lösungsorientierter Empowermentansatz zur Integration künstlerischer Methoden in die Sozialarbeit präsentiert. Die kreative Aktivität (Malen) soll die Fähigkeit fördern, auch in der äußeren Lebenswelt kreative Lösungen zu finden und umzusetzen. Der Effekt einer Teilnahme an künstlerischer Gruppenarbeit auf Lebenssituation, soziale Rolle und Status sowie auf verfügbare Ressourcensysteme wird in einem Experiment untersucht. Erfasst wurden die Selbstwahrnehmung und ihre Interaktionen während des künstlerischen Gestaltungsprozesses, ein signifikant günstiger Effekt konnte gesichert werden. Sie nutzen den kreativen Ansatz, um sich – auch bei eingeschränkter sprachlicher Ausdrucksfähigkeit – mitzuteilen und generell neue Lebensentwürfe gestalten zu können. Die mit der methodischen Anwendung von Kunst verbundenen Herausforderungen für alle Beteiligten werden in dem Beitrag diskutiert.

Abstract

The approach of combining art and social work is based on the idea that art can be a means to reach social work clients and thereby encourage their participation in the activities to improve their development. The article presents a series of participative models to support clients' preoccupation with art and describes changes in their life situations. Social art therapy is outlined as a solution-focused approach of empowerment, aimed at including artistic methods in Social Work. Creative activity (painting) is assumed to foster the ability to find and apply creative ways for problems in the exterior lifeworld as well. An experiment was designed to investigate the effects that clients' participation in creative painting groups had on their social roles and statuses and on their resource systems. The assessment took stock of their self-perception and interactions during the process of artistic creation and as a result a favourable effect could be observed. Clients utilize the creative approach – even in cases of impaired lang-

uage capacity – to communicate and to develop new life plans. The paper also reflects upon the challenges that may arise for clients and social workers in the context

Schlüsselwörter

Soziale Arbeit – Kunst – Therapie – Wirkungsfor-
schung – Österreich

Das Soziale in der Kunst

Der gewählte Titel, ein Zitat *Adornos* (1974), lässt als Aussage eines Philosophen zweifellos viele Deutungen zu, er wies damit wohl auch auf Widersprüchlichkeiten zwischen Kunst und alltäglicher Lebensnotwendigkeit hin. Wir wollen aber sein Statement auch dahingehend verstanden wissen, dass ein Engagement für marginalisierte – früher wie heute oftmals als asozial etikettierte – Gruppen eine über den ästhetischen Aspekt hinausgehende Funktion der Kunst sein kann und soll. Die Kunstgeschichte zeigt dies ja vielfach, indem Kunst wiederkehrend auch als soziale Botschaft genutzt wurde und Engagement für minderprivilegierte gesellschaftliche Gruppen vermittelt hat.

Ohne Zweifel sind Kunst und Soziale Arbeit nicht schon immer in Verbindung gewesen und bewegen sich wohl auch jetzt mitunter in ausgeprägt unterschiedlichen Kontexten – ideologisch haben oft Gegensätze bestanden, haftet doch der Kunst der Charakter des Elitären und vielfach Luxuriösen an, während mit dem Sozialen eher Existenzsicherung und basale Versorgung assoziiert wird. Man könnte sagen, dass die Kunst ursprünglich eher an der Spitze, die Soziale Arbeit hingegen nahe der Basis der bekannten *Maslowschen* Pyramide zu finden ist. Wenn auch die Grenzen verschwimmen und durch mediale Massenverbreitung durchaus auch egalitäre Zugänge eröffnet werden – die unmittelbare Inanspruchnahme von künstlerischen Angeboten der „Hochkultur“ wird wohl immer noch von Bildungsaspekten und ökonomischen Statusbedingungen her definiert.

Kunst und künstlerische Aktivitäten als Teil des methodischen Repertoires der Sozialarbeit selbst stellen sohin doch eine innovative Entwicklung dar. Wie auch andere methodische Ansätze der Sozialen Arbeit ihre Wurzeln in therapeutischen Konzepten haben – auch wenn ein „medizinisches“ und damit stärker defizitorientiertes Verständnis Sozialer Arbeit mittlerweile durch ressourcen- und lösungsorientierte Interventionsformen ergänzt und stellenweise abgelöst worden ist – hat auch die „Kunsttherapie“ – ursprünglich primär zu diagnostischem und kurativem Zweck entwickelt – sich über diesen engeren Bereich hinaus als genereller methodischer Ansatz

im psychosozialen Feld eingeführt und erfasst Aspekte der materiellen und existenziellen Sicherung und der Deckung basaler sozialer Bedarfslagen.

Therapeutische Methoden, die künstlerische Aktivitäten zur Basis haben, gibt es vielfältig, als weitgehend etabliert ist die Musiktherapie zu bezeichnen, die sich allerdings immer wieder wissenschaftlich und organisatorisch neu zu konsolidieren beginnt. In Österreich wird es ab 2009 das europaweit erste Musiktherapiegesetz zur Regelung von Ausbildung und Praxis geben. Österreich fördert die wissenschaftliche Entwicklung auf musiktherapeutischem Gebiet, die IMARAA (International Music and Art Research Association Austria) wird einen Kongress im November 2008 veranstalten (www.mozart-science.at) und dabei auch innovative Entwicklungen – wie Ethnomusiktherapie – vorstellen.

Die bildende Kunst hat seit Langem ihren Stellenwert in therapeutischem Kontext. Im Tiroler Schloss Ambras werden Bilder „eines behinderten Mannes“ oder „einer törichten Frau“ aus dem 16. Jahrhundert aufbewahrt; durchaus würdevoll um Verständnis werdend. Gezeigt werden sie in der Ausstellung „Blickweisen 2008“ des österreichischen Bundessozialamts, die auch moderne Bilder präsentiert, etwa erotisch ansprechende Darstellungen von Menschen mit Down-Syndrom, um einem Motto „Handicap als Chance“ gerecht zu werden und die Aufmerksamkeit auch dem Aspekt der Stärke zuzuwenden und eine reine Defizitorientierung bei der Behandlung der Themen von Behinderung oder Lernschwierigkeiten zu vermeiden. Das Psychiatrische Krankenhaus der Stadt Wien (heute „Otto Wagner Spital“ – also nach einem künstlerisch bedeutenden Architekten benannt) hatte bereits vor 100 Jahren eigene Malateliers für die Patientinnen und Patienten eingerichtet. *Dubuffets* „Art Brut“ begründete die künstlerische Produktion psychisch Kranker als eigene Richtung und verschaffte ihr Nachfrage und Aufmerksamkeit. In Österreich hat *Navratil* um 1970 ein Zentrum für Kunst und Psychotherapie gegründet, sein Nachfolger *Feilacher* hat sich vom psychopathologischen Aspekt weitgehend gelöst und die Kunstproduktion per se in einem Haus der Künstler beziehungsweise einem Art-Brut-Center in den Vordergrund gestellt (www.gugging.haus-der-kuenstler.at).

In der Kunstgeschichte ist ein gesellschafts- und sozialkritisches Engagement vielfach zu finden, auch bei berühmten Künstlern wie *Goya*, *van Gogh* oder *Picasso*, auch die Baukunst wurde etwa bei *Gropius* als sozialer Auftrag wahrgenommen. Eine Ausstellung in Wien widmete sich dem 20. Jahrhundert

und der künstlerischen Darstellung von Notlagen breiter sozialer Schichten und zeigte den Appellcharakter künstlerischer Ausdrucksformen (*Schwarz* u.a. 2007), dabei wurde auch die literarische Form der Sozialreportage und die oft unklare Grenzlinie zwischen Sozialkritik und Bedienung von Voyeurismus erkennbar, ein Phänomen, mit dem sich bis heute Fundraisingkonzepte differenziert auseinanderzusetzen haben.

Künstlerisch orientierte Methoden

Kunsttherapeutische Projekte finden Anwendung in sozialarbeiterischen und sozialtherapeutischen Arbeitsfeldern, sie sind nicht durchweg empirisch-kritisch evaluiert und wohl auch nicht breit publiziert. Kunst präsentiert sich weiterhin primär in den ihr eigenen traditionellen Ausdrucksformen und die Kunschtchaffenden beteiligen sich noch nicht so sehr am Wettbewerb um Impactzahlen und best reviews ihrer Publikationen. Insofern wird sich eine Mehrfachkompetenz der Sozialen Arbeit, der Forschung und der künstlerischen Ausdrucksfähigkeit als künftige wichtige Qualifikationsbasis für eine Reihe von vorwiegend klinischen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern entwickeln. Es besteht die Absicht, im Rahmen des kürzlich mit Sitz in Berlin gegründeten „European Centre of Clinical Social Work – ECCSW“ auch eine derartige professionelle Profilbildung zu fördern.

Einen deutlichen Schritt machte eine Wiener Künstlergruppe „Wochenklausur“: Hier wurde ein soziales Projekt – verbesserte medizinische und soziale Betreuung Obdachloser – zum Gesamtkunstwerk erklärt und im Sinne einer Aktionskunst dokumentiert und ausgestellt (*Metzenbauer* 1997). Subkulturelle Kunstformen wie Graffiti entwickeln ein vom mehrheitlichen soziokulturellen Kontext relativ unabhängiges Orientierungs-, Normen- und Sozialsystem, geprägt von peer groups, welches vor allem Jugendliche anspricht, sich von einem ausschließlich delinquenzbestimmten „Sprayer-Konzept“ zunehmend distanziert und bereits methodisch in die Soziale Arbeit integriert und enkulturiert worden ist. Inklusionszentrierte Sozialarbeit wird einen Zugang zur Akzeptanz von Graffiti und damit den respect (ein Schlüsselbegriff der Sprayer-Szene) vor dieser Kunstform entwickeln müssen, die offene Jugendarbeit sieht sich hier einer differenzierten methodischen Herausforderung gegenüber, zumal die destruktiven Komponenten dieser Ausdrucksform nicht verleugnet werden können und mediatorische Kompetenzen im Konflikt zwischen unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen erforderlich machen (*Purer* 2006). Schwerpunktmäßig in der Jugendarbeit, aber

durchaus auch generationsübergreifend wird die künstlerisch-sozialintegrative Nutzung neuer Medien einzusetzen sein: Video, Computer (Echtzeit-Animation), Synthesizer, Internet, Mobiltelefon, digitale Fotografie und anderes Equipment eröffnen breite Gestaltungsmöglichkeiten. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen bieten Jugendlichen im Auftrag der Stadt Wien Coaching und finanzielle Förderung bei künstlerischen Projekten an (www.cashforculture.at).

Künstlerische Ausdrucksmittel – so nicht eben in der literarischen Form – sind weitgehend sprachunabhängig und zumindest als culture-fair einzustufen: Sie eignen sich daher, auch im Rahmen einer multikulturellen Sozialarbeit eingesetzt zu werden, sie erfassen die Bereiche Familie, Schule, Freizeit und berufliche Bildung und ermöglichen es Klienten und Klientinnen mit Migrationshintergrund, sich durch entsprechende Sujetwahl sowohl in der Tradition ihrer spezifischen ethnischen Zugehörigkeit darzustellen als auch eine zu ihrer Herkunft kritisch-distanzierende Haltung einzunehmen und an Prozessen der Pluralisierung und Individualisierung ihrer neuen gewählten Sozialräume zu partizipieren. Wenngleich die Bedeutung der Sprache als wesentliches integratives Element unbestritten ist, ermöglicht hier die Kunst einen sozialen Zugang, der die Lebenssituation der Migrantinnen und Migranten ganzheitlich wahrnimmt und nicht auf ein bloßes Kulturproblem verkürzt (Dewe u. a. 2001). Sprachdefizite beziehen sich im Übrigen nicht nur auf Migrantinnen und Migranten, auch innerhalb der eigenen Sprachgemeinschaft gibt es die schichtspezifisch determinierten elaborierten und restringierten Codes.

Schorer (2002) hat in einer qualitativen Studie verschiedene therapeutische und soziale Räume als Modell einer „Kunst im sozialen Environment“ beschrieben. Speziell als methodisches Repertoire im Bereich von Konfliktbewältigung und sozialer Problemlösungskapazität sahen Jäger und Kuckhermann (2004) die ästhetische Erfahrungsebene als Beitrag zur psychosozialen Praxis. Spezifisch exponierten Klientengruppen (Delinquenzklientel, Psychatrieerfahrenen und so weiter) werden auch im Sinne einer Persönlichkeitsentwicklung künstlerische Methoden angeboten, in Abwandlung eines bekannten Zitats von Beuys werden so alle Klientinnen und Klienten auch als Künstler und Künstlerinnen wahrgenommen (Limbrunner 2008). Alte Menschen können durch künstlerische Anwendungen vielfache Förderung erfahren (Menzen 2004), es steht dabei die klinische Praxis (etwa Anti-Demenz-Training) im Vordergrund, was auf ihre soziale Integration allerdings auch deutlich positiven Einfluss nimmt.

Auch in der Betreuung jener in extremster Form belasteten „Inzest-Familie“, die jahrzehntelang vom „Familienvater“ in einem Bunker gefangen gehalten worden war (der Fall in einer österreichischen Kleinstadt hatte weltweites Aufsehen hervorgerufen), werden künstlerische Ausdrucksformen mit einbezogen – die betroffenen Jugendlichen kommunizieren nunmehr untereinander und mit der Öffentlichkeit über kreative zeichnerische Botschaften, die zum Teil auch schon veröffentlicht wurden. Die soziokulturelle Reintegration dieser Familie stellt für die Soziale Arbeit im Übrigen eine biopsychosoziale Herausforderung von bislang unbekanntem Ausmaß dar: Mehr noch als jene junge Frau, die acht Jahre in einem Verlies hatte zubringen müssen, die „Welt zuvor“ aber zumindest als Kind schon hatte erleben können, sehen sich die befassten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hier mit Menschen konfrontiert, deren Außenwahrnehmung seit ihrer Geburt ausschließlich aus Fernsehbildern bestanden hatte. In erschreckender Form wurden hier sowohl der *Kaspar-Hauser*-Mythos wie auch das *Platonsche Höhlengleichnis* reaktualisiert, ein literarischer – sohin eben auch künstlerischer – Bewältigungsversuch steht zu erwarten.

10 Jahre con Sozial 2008

10. Fachmesse und Congress
für den Sozialmarkt in Deutschland

Zukunft: Wertschöpfung durch Wertschätzung

5. – 6. Nov. 2008
**Messezentrum
Nürnberg**



Feiern Sie mit!
Consozial-Festabend und
weitere Highlights zum Jubiläum

▶▶▶ **www.consozial.de** ◀◀◀

Ein experimentelles Forschungsprojekt

Inwieweit nun künstlerische Ausdrucksformen auch konkrete Verbesserungen der Lebensumstände von Klientinnen und Klienten initialisieren und somit auch in einem engeren Sinne dem methodischen Inventar Sozialer Arbeit zugeordnet werden können, war Gegenstand eines Projekts der Fachhochschule und des Otto-Wagner-Spitals in Wien (Balon-Rohr 2008). Eine Gruppe von Klienten, mehrfach belastet durch Merkmale sozialer Desintegration, Alkoholdependenz und instabiler Persönlichkeitsmuster, wurde unter Verwendung eines sozialen Klassifikationssystems (person-in-environment) hinsichtlich der sozialen Balance untersucht und es wurden die in Selbst- und Fremdwahrnehmung erfassten Hinweise auf soziale Dysfunktion empirisch verzeichnet (es handelte sich dabei um Männer, weswegen von geschlechtsneutraler Formulierung Abstand genommen wird). Im Sinne eines psychosozialen Experiments nahmen die Klienten an einer Malaktion teil, in der ein gemeinsames großformatiges Bildnis herzustellen war, Themenstellung war die Gestaltung eines gewünschten Lebensraumes auf einer gemeinsam zu besiedelnden Insel. Es entspricht dem methodischen Konzept einer Verbindung von Kunst und Sozialer Arbeit, dass die vorgegebene Inhaltlichkeit der künstlerischen Produkte stets mit solchen lebensweltlichen und sozialräumlichen Aspekten in Zusammenhang stehen, die für die Klientel von konkreter Relevanz sind und die daher soziales Lernen und Initiative zur Veränderung möglich machen sollen. Die Teilnahme an dieser „sozialdimensionellen Kunsttherapie“ wurde hinsichtlich der entstandenen Produkte evaluiert die Interaktionsdynamik der Teilnehmer während des künstlerischen Schaffensprozesses wurde darüber hinaus durch eine externe Assessorin anhand einer Reihe von Beobachtungsvariablen registriert. In die Untersuchung einbezogen waren drei Gruppen von Klienten, alle in vielfacher Weise psychosozial belastet, von denen eine bis unmittelbar vor der beobachteten Aktion (painters) und eine weitere bis drei Monate zuvor an solchen Malaktionen teilgenommen hatte (former painters), die dritte Gruppe hingegen war an der sozialdimensionellen Kunsttherapie zu keinem Zeitpunkt beteiligt gewesen (non painters).

Erfasst wurden eine Reihe von Variablen, sowohl lebenspraxisrelevante Persönlichkeitsdimensionen als auch externe Kriterien der sozialen Integration (Beziehungsmuster, berufliche Verfestigung, Wohnsicherung etc.). Selbst- und Fremdwahrnehmung des eigenen sozialen Status wiesen Differenzen auf, das externe Assessment eines integrativen Faktors und der erreichten Balance unterschied sich signifikant

von der günstigeren Einschätzung durch die Klienten selbst – eine Tendenz zur Problemléugnung war interpretierbar. Externe Daten korrelierten aber überwiegend signifikant mit der Interaktionsanalyse bei künstlerischer Aktivität – die Malaktion erschien als guter Indikator auch für kreatives Problemlösungsverhalten der Klienten in der realen Lebenswelt.

Die Erwartung hat sich erfüllt, die solcherart aktivierte Kreativität auf die Lebenswelt der Klienten zu übertragen und ihnen zu helfen, auch in der Realität kreative Lösungen zu finden, Ressourcen aktivieren und Probleme bewältigen zu können. Die Gruppe der painters unterschied sich hinsichtlich der selbst- und fremdwahrgenommenen Integrationsdaten signifikant von den non painters, ein Einfluss des künstlerischen Tuns auf verbesserte Lebensbewältigung und Symptommilderung konnte nachgewiesen werden. Der Zeitpunkt einer Teilnahme an der sozialdimensionellen Kunsttherapie spielte dagegen keine Rolle, zwischen painters und former painters bestanden keine, zwischen den former painters und den non painters aber ebenso ausgeprägt signifikante Unterschiede.

Herausforderung für Kunst, Sozialarbeit und Klientel

Die Ergebnisse ermutigen bezüglich einer weiteren Vernetzung von Kunst und Sozialer Arbeit. Allerdings sind eine Reihe offener Problemstellungen noch zu bewältigen. Eher kurzfristig wird zu klären sein, wer künftig die Träger der sozialen Kunst oder auch der künstlerischen Sozialarbeit sein sollen und welche qualifikatorischen Zugänge dominieren werden. Hier überlappt sich die soziale Kunstfrage mit Aspekten der Professionalisierung, einer praktischen und theoretischen Basis und der neuen Ehrenamtlichkeit in der Sozialen Arbeit. Anlass zu kritischer Betrachtung einer solchen künstlerisch-sozialen Konzeption bietet die mögliche Verursachung einer Identitätsunsicherheit der involvierten Klientinnen und Klienten: Im Zuge des Betreuungsverlaufs wird ihnen eine Identität als Künstler oder Künstlerin angeboten, mitunter auch in intensiver Übertragungsbeziehung zur Sozialarbeiterin, zum Sozialarbeiter sogar suggeriert: Die solcherart internalisierte künstlerische Selbstwahrnehmung hält dann einer Bewährung in der realen Lebenswelt der Klientel vielfach nicht stand: Es wird doch wieder erhöhte Systemanpassung, belastende manuelle Arbeit und die dafür nötige Frustrationstoleranz erwartet, auch das soziale Bezugssystem außerhalb eines Betreuungskontextes sieht die Klientinnen und Klienten weiterhin als symptombelastet oder bestenfalls statusident im bisherigen Milieu – eine mehr oder weniger reflektierte Erwartung

tungshaltung, nunmehr als Künstlerin oder Künstler anerkannt zu werden, kann mehrheitlich zu Enttäuschung führen und das Risiko des Motivationsverlustes oder auch eines Rückfalls in frühere Symptomatik nach sich ziehen. Die durch ein künstlerisches Selbstverständnis bedingte Sensibilisierung und die erhöhte Vulnerabilität ziehen so wieder Ausstiegs- und Abbruchsszenarien nach sich.

Auch beim Einsatz kunstbezogener Methoden in der Sozialen Arbeit ist daher an ein „Back-home-Syndrom“ zu denken: Es bedarf schon während des Betreuungsprozesses einer stetig kritischen, das Realitätsprinzip vertretenden Reflexion, darüber hinaus wird es aber bei manchen Klientinnen und Klienten tatsächlich möglich sein, ein künstlerisches Tun und eine Einbeziehung ästhetischer Aspekte auch in ihr zukünftiges Leben zu integrieren – dies muss aber durch soziale Bildungsarbeit und praktische Ressourcenaktivierung bereits während des Betreuungsverlaufs vorbereitet werden.

Literatur

Adorno, Theodor: Theorie der Ästhetik. Frankfurt am Main 1974, S. 384

Balon-Rohr, Elisabeth: Die diagnostische und interventionelle Anwendung kunsttherapeutisch orientierter Methoden in der sozialen Arbeit. Fachhochschule Campus Wien, Sozialarbeit im städtischen Raum. Wien 2008

Dewe, Bernd u.a.: Professionelles soziales Handeln. Weinheim 2001

Jäger, Jutta; Kuckhermann, Ralf (Hrsg.): Ästhetische Praxis in der Sozialen Arbeit. Weinheim 2004

Limbrunner, Alfons: Sind alle Klienten Künstler, Frau Jäger? Über Kunstaustellungen, ästhetische Praxis und Soziale Arbeit. In: Sozialmagazin 2/2008, S. 51-53

Menzen, Karl-Heinz: Kunsttherapie mit altersverwirrten Menschen. München 2004

Metzenbauer, Karin: Kunst als soziale Strategie. Am Beispiel der KünstlerInnengruppe „Wochenklausur“. Akademie für Sozialarbeit. Wien 1997

Purer, Stefania: Graffiti – Soziale Konsequenzen einer kriminalisierten künstlerischen Ausdrucksform. Fachhochschule Campus Wien, Sozialarbeit im städtischen Raum. Wien 2006

Schorer, Michaela: Was kann Kunsttherapie für die Sozialarbeit leisten? Linz 2002

Schwarz, Werner u.a. (Hrsg.): Ganz Unten. Die Entdeckung des Elends. Wien 2007

Soziale Diagnostik und Klassifikation

Peter Buttner; Alban Knecht

Zusammenfassung

Im Nachgang zu einer Fachtagung¹ reflektieren die Autoren den augenblicklichen Stand der Diskussion zur sozialen und sozialpädagogischen Diagnostik. Sie meinen, dass die zunehmende Vielfalt an Diagnose-techniken kein Problem, sondern eine angemessene Antwort auf die Vielfalt der Fragestellungen darstellt. Insbesondere sollten hermeneutische und klassifikatorisch-subsumptionslogische Zugänge nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie können als sinnvolle Ergänzung verstanden werden. Da Diagnosen auch Machtinstrumente sind, kann die angemessene Berücksichtigung der Betroffeneninteressen infrage gestellt werden. Allerdings sollte daraus keine generelle Absage an die Diagnostik abgeleitet werden, vielmehr ist ihre reflektierte Verwendung zu fordern.

Abstract

Following a symposium, the authors reflect upon the current state of discussion concerning social and social-pedagogical diagnostics. It is argued that the growing variety of diagnostic techniques is not a problem, but an adequate answer to the variety of issues. Notably, hermeneutic and classificatory subsumption-logic approaches should not be played off against each other, since they can be understood as expedient complements. The fact that diagnoses are partly used as instruments of power may present a challenge as to appropriately considering the interests of those concerned. From this, however, it cannot be concluded that diagnostics ought to be rejected altogether – what should be demanded, however, is its reflective use.

Schlüsselwörter

Diagnostik – Klassifikation – Soziale Arbeit – Methode – Macht – Sozialarbeiter – Klient

Einleitung

Manchmal kommt die Soziale Arbeit unter Druck, nämlich dann, wenn eine psychosoziale Katastrophe eintritt, durch die Medien öffentlich gemacht wird und die Fachleute der Sozialarbeit nicht eingegriffen haben. Der Schweriner „Fall Lea-Sophie“ und der „Fall Amstetten“ sind Beispiele dafür. Genauso kann die Soziale Arbeit unter Druck geraten, wenn sie eine Kindeswohlgefährdung vermutet und eingreift, indem sie Kinder aus Familien nimmt. Die erwähnten Fälle und andere brachten jedenfalls den Vor-

wurf der Tatenlosigkeit zu Gehör und damit auch die Unterstellung, dass nicht erkannt wurde, was doch irgendwie erkennbar gewesen sei.

In solche Vorwürfe mengt sich die Frage nach der diagnostischen Kompetenz der Profession Soziale Arbeit: Hat dieses Übersehen von Gefahren und Gefährdungen System? Haben diese Katastrophen mit einem Mangel an diagnostischer Sensibilität und Solidität zu tun – oder liegt das Problem bloß im Mangel an Fachkräften oder an Dokumentationsdefiziten? Wie auch immer die einzelnen Fälle zu beurteilen sein werden: Die Frage nach den diagnostischen Möglichkeiten und Fähigkeiten ist gestellt, und solange die Schlagzeilen noch im Gedächtnis bleiben, liegt auf den Fachdiskussionen zur Diagnostik ein gewisser öffentlicher Druck. Als im vergangenen Mai in St. Pölten eine Tagung zum Thema Soziale Diagnostik stattfand, saß der geständige Inzesttäter von Amstetten nur ein paar Steinwürfe entfernt im Gefängnis – wie eine personifizierte Mahnung an die Profession.

Doch die Dramatik der großen Fälle ist eines, und die alltägliche Praxis der Sozialen Arbeit meist etwas anderes – weniger weil dieser Alltag nicht auch dramatisch sein kann, sondern weil es um weit mehr Sachverhalte und Fragen geht als die spektakulären Fälle präsentieren. Die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit erstrecken sich über alle Lebensalter und -domänen, und entsprechend weit gefächert sind die Problemlagen, Anforderungen und Ziele an Diagnostik wie auch deren Möglichkeiten und Ansätze. Diese prinzipielle *Vielfalt* lässt sich kaum auf einen Nenner bringen und die Bezeichnungen „soziale Diagnose“, „soziale Diagnostik“, „sozialpädagogische Diagnose“ und „psychosoziale Diagnose“ sind in ihrem Bedeutungsumfang weit gespannt – jeder der Begriffe für sich und zusammengenommen erst recht. Wie weit die Spanne der Handlungsfelder reicht, zeigt sich in der einschlägigen wissenschaftlichen Produktion. Die Beiträge auf der St. Pöltener Tagung bezogen sich beispielsweise auf institutionelle Zusammenhänge und Handlungsfelder wie die Kinder- und Jugendhilfe, den Allgemeinen Sozialdienst, sozialpädagogische Familienhilfe, verschiedene Felder und Methoden der Beratung, berufliche Rehabilitation, betreutes Wohnen, klinische Sozialarbeit und Sozialarbeit im Gesundheitswesen inklusive Sozialpädiatrie, Sozialpsychiatrie und Palliativversorgung, Betreuung/Sachwalterschaft bis hin zur Sozialarbeit im ländlichen Raum. Eine Perspektivenvielfalt ergibt sich schließlich auch durch die unterschiedlichen Bezüge zu den Nachbardisziplinen, sei es durch institutionelle Verbindungen, sei es durch

die Herkunftsdisziplinen derer, die sich mit Diagnose in der Sozialen Arbeit beschäftigen. Die während der Tagung behandelten Ansätze und Instrumente zeigten zum Teil direkte und enge Bezüge zu den diagnostischen Herangehensweisen der angrenzenden Praxis- und Wissenschaftsbereiche wie klinische Psychologie, Pädagogik, Psychiatrie und Rehabilitationswissenschaft. Soziale Diagnostik betrifft – so lässt sich der Stand der Dinge zusammenfassen – offenbar alle gesellschaftlichen Funktionssysteme, in denen Soziale Arbeit operiert und alle Handlungsfelder, und sie bezieht auch die relevanten Nachbarwissenschaften ein.

Umgang mit der Vielfalt

Diagnostik ist in der Sozialen Arbeit kein randständiges Thema mehr. Es gibt mittlerweile eine beachtliche Vielfalt an Positionen, Ansätzen, Verfahren, Instrumenten und begleitenden Diskursen in den einzelnen Handlungsfeldern. Dass ein nicht unerheblicher Teil der Verfahren und Instrumente aus anderen Disziplinen entliehen ist, kann als Kolonialisierung der Sozialen Arbeit gesehen werden, und es spricht viel dafür, dem unkritischen Import Grenzen zu setzen. Auf der anderen Seite ist aber nichts dagegen einzuwenden, sinnvolle Elemente anderer Wissenschaften in den methodischen und theoretischen Korpus der Sozialen Arbeit zu integrieren. Hier und da wird sogar eine weit stärkere Aufarbeitung des in anderen Disziplinen vorliegenden Bestandes gefordert, so zum Beispiel von *Jakob und Wahlen* (2006, S. 158) bezüglich des in Psychologie und Kinder- und Jugendpsychiatrie vorhandenen diagnostischen Wissens. Unabhängig davon, wie man zum Import von Diagnostik stehen mag, stellt sich aber die Frage, wie die Soziale Arbeit als Profession, als Ausbildungsinstanz und als gesellschaftliches Handlungssystem mit dieser Vielfalt umgehen soll.

Eine erste Option ist die prinzipielle Kritik des Diagnostizierens und Klassifizierens im Sinne einer Herrschaftsanalyse. In diesem Sinne schreiben *Kunstreich* u. a. (2004), dass „die Renaissance der Diagnostik in der Sozialen Arbeit ... als eine freiwillige Unterwerfung der Profession unter die gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ gedeutet werden kann. Diese Kritik hat Gewicht, sollte unseres Erachtens aber nicht zu einer rigorosen Ablehnung jedes Diagnostizierens und Klassifizierens führen, sondern als Mahnung verstanden werden, das Individuum nicht zu negieren. Das Besondere, Individuelle, Einmalige darf nicht durch die Allgemeinbegriffe (hier: die Diagnose) getilgt werden. Diese Kritik kann auch als Hinweis darauf gelesen werden, dass der Erkenntnisgewinn durch Diagnose und Klassifikation begrenzt

ist. In einem der zentralen Texte der Vernunftkritik (*Horkheimer; Adorno* 1969) ist dies auf die Formel gebracht: „Klassifikation ist Bedingung von Erkenntnis, nicht sie selbst, und Erkenntnis löst die Klassifikation wieder auf.“

Abgesehen nun von dieser ersten Option, die sich mit dem Bemühen verbindet, die sozialarbeiterische Expertise möglichst weitgehend im partizipativen Dialog aufgehen zu lassen, gibt es für die Profession aus unserer Sicht zwei grundsätzliche Haltungen, mit der realen Vielfalt der Methoden, Instrumente und Ansätze umzugehen: Die eine bestünde im Versuch, die sich herausbildende Vielfalt an Instrumenten, Methoden und Herangehensweisen durch Abstraktion und Systematisierung zu zügeln. Die Hoffnung dabei könnte sein, auf diesem Wege zu einer gemeinsamen Sprache, zu einer wenigstens professionsinternen Vergleichbarkeit oder Anschlussfähigkeit zwischen den Ansätzen der verschiedenen Handlungsfelder zu kommen. Die andere, pragmatischere und theoretisch erst einmal weniger aufwendige Grundhaltung bestünde dagegen darin, der Vielfalt vorläufig freien Lauf zu lassen und den in ihr liegenden Widersprüchen Raum zu bieten. Konkret würde das bedeuten, an den speziellen handlungsfeldtypischen Fragen und Details engagiert weiterzuarbeiten und spezifische diagnostische Zugänge zu entwickeln beziehungsweise anzupassen, sei es durch weitere Importe aus anderen Wissenschaften, sei es indem mehr eigenes diagnostisches „Werkzeug“ entwickelt wird.

Wir glauben, dass dieser zweite Weg weit realistischer ist als jeder Systematisierungsversuch im großen Stil, zumal es auch gar keine Instanz gibt, die in der Lage wäre, strukturierend und vereinheitlichend in alle Bereiche der Sozialen Arbeit einzugreifen. Es ist auch fraglich, ob die Soziale Arbeit einer solchen Vereinheitlichung bedarf, und schließlich gibt es auch kein Gericht, das sagen könnte, was in der Sozialen Arbeit erlaubt ist und was nicht. So gehen die Dinge in den unterschiedlichen Handlungsfeldern ihren eigenen Weg – wie man es ja auch aus anderen Wissenschaftsbereichen kennt. Eine über den ganzen Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit vereinheitlichende Systematisierung (Klassifikationssystem) oder Standardisierung (diagnostische Methodik) dürfte im Übrigen schon an der Vielgestaltigkeit der Funktionssysteme scheitern, in denen die Soziale Arbeit operiert.

Die Ausdifferenzierung und damit die Vielgestaltigkeit und Spezialisierung scheint auch der „natürliche“ Weg der Wissenschaft zu sein; zumindest ist

dies der Weg, den die Wissenschaften seit der Neuzeit beschritten haben. Vor diesem Hintergrund ist vielleicht auch verständlich, warum sich Diagnostik und Klassifikationsansätze in anderen Wissenschaftsbereichen im Laufe der Zeit so stark ausdifferenziert haben. Der Korpus an diagnostischen Ansätzen, Verfahren, Instrumenten in Psychologie, Schulpädagogik und Medizin zeigt dies deutlich. Wenn in der Medizin heute dennoch eine relativ große Übereinstimmung in Fragen der Krankheitsklassifikation besteht, beruht dies zum Teil auf politischen Entscheidungen zur verpflichtenden Einführung statistischer Erhebungen, im Besonderen der International Classification of Diseases (ICD).²

Die Ausdifferenzierung diagnostischer Ansätze und Werkzeuge hat auch mit der simplen, wenngleich gelegentlich übersehenen Tatsache zu tun, dass jedwede Diagnose nur Sinn ergibt, wenn sie der Situation angepasst ist, in der sie angewendet werden soll. Eine Diagnose „an sich“ hat keinen Wert, solange sie nicht eine Antwort auf eine Frage ist. Solche Fragen können zum Beispiel sein: Welche Bedürfnisse hat eine Person? Welche Gefährdungen bestehen für die Person? Welche Ressourcen stehen einer Person zur Verfügung? Welche Hilfe benötigt die Person X? Welche Intervention hat im Fall Y Aussicht auf Erfolg? Konkretere Fragen führen zu entsprechend konkreteren beziehungsweise spezielleren diagnostischen Herangehensweisen. Dass nun besondere und spezielle Fragen auch zu spezialisierter Diagnostik führen, ist also schlüssig und an sich unproblematisch. Dies sollte bloß nicht zu dem Glauben verführen, dass spezielle Testergebnisse oder diagnostische Feststellungen eine Bedeutung „an sich“ hätten. Bedeutung gewinnen sie eben erst im Licht der Frage oder des Anliegens, das zum diagnostischen Handeln herausfordert, wobei immer auch eine Rolle spielt, wer das Anliegen hat, das dann mit der Diagnostik bearbeitet werden soll. Unsere vorher gestellte Frage nach dem Umgang mit der Vielfalt beantworten wir folgendermaßen: Es spricht viel für einen lockeren Umgang mit der Vielfalt diagnostischer Zugänge, wobei es in erster Linie darauf ankommt, in der Sache die richtigen Fragen zu stellen. Die diagnostischen Vorgehensweisen, Ansätze und Instrumente sollten sich dann immer an diesen ausrichten und nicht umgekehrt.

Zum Hintergrund von Diagnostik und Klassifikation

Dass die Soziale Arbeit sich der Thematik Diagnosen und Diagnostik wieder bemächtigt hat, ist kein Zufall, sondern eine Folge mehrerer Entwicklungen: Erstens ist die Soziale Arbeit einem zunehmenden Legitima-

tionsdruck in punkto Wirksamkeit ausgesetzt. Sie muss aufzeigen, dass ihre Interventionen gehaltvoll und vor allem auch effizient sind. Dieser Druck lässt sich einerseits als Aspekt eines allgemeinen Trends zu Qualitätssicherung, Outputorientierung und Transparenz verstehen, andererseits als eine Erscheinung der Ökonomisierung des Sozialen, vor allem wo es um die Effizienz von Interventionen und Angeboten geht. Wie aber lassen sich Effektivität und Effizienz von Interventionen feststellen? In der Regel durch den Nachweis, dass eine Intervention für einen bestimmten Falltyp hilfreich ist, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen wirksam ist. Diagnostik hilft dann, solche speziellen Teilmengen aus der Gesamtmenge der Klientel herauszugreifen.

An dieser Stelle wird klar, dass sich Diagnostik nicht notwendigerweise an den Klienten und Klientinnen, ihren Nöten, Defiziten, Bedarfen oder Ressourcen und an der Sorge für sie orientiert. Soziale Diagnostik kann auch an den Rahmenbedingungen ausgerichtet sein. Man könnte auch sagen: an den Bedingungen, die durch das Verwalten des Sozialen vorgegeben werden. In Gegenposition zu diesem Effizienzdruck schreibt *Otto Speck* (1999, S. 131): „Es ist dieses unbedingte Wertsein des Menschen, des Andren, der mir begegnet und der meine Hilfe anspricht, das alle Ethik und alles Soziale begründet, nicht die eigene oder organisationale Rationalität, die dem Hilfebedürftigen entgegentritt und ihn taxiert nach einer zufälligen und willkürlichen externen Wertigkeit.“

Die Hinwendung zur sozialen Diagnostik ist aber nicht nur eine Funktion des Trends zur Qualitätssicherung und der ökonomischen Ausrichtung. Die verstärkte Beschäftigung mit Diagnose und Diagnostik folgt auch aus der Wende von der Institutionen- zur Personenzentrierung in der Sozialen Arbeit. Solange Klientinnen und Patienten das „bekamen“,³ was die Institution zu bieten hatte und für das die Institution da war, musste nicht so viel diagnostiziert werden. Sobald aber differenzielle Hilfen im Rahmen eines auf die einzelne Person abgestimmten Hilfeplans begründet werden müssen, entsteht die Notwendigkeit, den Einsatz bestimmter Hilfen mit Merkmalen der Betroffenen, also mit Symptomen, speziellen Bedarfen, Defiziten etc. zu belegen.⁴ Das Erheben solcher Merkmale wird dann zur Diagnose. Zusammenfassend: Die Entwicklung zur Diagnostik in der Sozialen Arbeit geht in Teilen auf Erfordernisse und Ansprüche zurück, die von außen an die Soziale Arbeit herangetragen werden, sie kann als Funktion verschiedener anderer Entwicklungen verstanden werden. Dies sollte auch in jedem Einzelfall und bei jeder Diagnose bewusst bleiben.

Einordnen oder Verstehen?

In einem weiten Sinne basiert jede Art von Diagnose auf Kategorisierungen, auch jede individualisierende Diagnose, denn erst durch abstrakte Referenz beziehungsweise den Rückgriff auf Allgemeinbegriffe wird die Beschreibung des Besonderen und Individuellen verständlich. Eine extrem individualisierende Diagnose wäre demzufolge keine Diagnose mehr, sondern nur eine Art von phänomenologischer Beschreibung ohne Bezug zum Allgemeinen. Wenn es an einem Fall aber nichts Allgemeines mehr festzustellen gäbe, hätte er auch keine Bedeutung mehr für die Allgemeinheit, wäre es kein Fall mehr, den man bearbeiten müsste. Kurz: Keine Diagnose kommt ohne Bezug zum Allgemeinen aus. Wie weit darf aber nun das Allgemeine für das Besondere stehen? Inwieweit ist es richtig, in der Sozialen Arbeit Einzelfälle in die vorgezeichneten Kategorien von Klassifikationen einzuordnen?

Zwei Ansätze von Diagnostik stehen hierzu in der Diskussion: Auf der einen Seite der hermeneutische Ansatz und auf der anderen Seite der an klassifikatorischer Zuordnung orientierte subsumptionslogische Ansatz. Während der hermeneutische Zugang einer Reflexion über den Einzelfall entspricht, besteht der subsumptionslogische darin, den Einzelfall unter die Haube einer abstrakten Aussage oder Zuschreibung zu bringen, das heißt ihn als einen „Fall von“ zu kategorisieren. Die klassische subsumptionslogische Diagnose basiert auf einer vorgängig schon vorhandenen Markierung und Einteilung typischer Fälle: der Klassifikation. Der Einzelfall wird dann als einer der dort schon vorgegebenen Fälle gekennzeichnet.

Auf diese Weise werden in der Botanik die zu diagnostizierenden Individuen identifiziert, das heißt einer Pflanzenart zugeordnet, und so stellen sich vielleicht auch heute noch manche junge Psychiaterinnen und Psychiater das Diagnostizieren vor: Es gibt die Krankheiten, so wie es Pflanzenarten gibt, und das Diagnostizieren bestehe nur darin, die bei den Patienten und Patientinnen erfasste Störung (ihr Verhalten, Berichte von Angehörigen) einer bestimmten Krankheitseinheit zuzuordnen. *Foucault* (1976, S. 103) spricht in einem ähnlichen Sinne von den „Botanikern auf dem Feld des Pathologischen“.

Tatsächlich verbinden sich mit solch einer „naiv botanisierenden“ Diagnostik mehrere Probleme. Eines besteht darin, dass es mehr als fraglich ist, ob es Krankheiten im obigen Sinne, also so wie die Pflanzenarten, gibt. Auf jeden Fall spricht viel dafür anzunehmen, dass die in der ICD oder dem DSM (Diag-

nostic and Statistical Manual and Mental Disorders) klassifizierten Störungen keine „natürlichen Arten“ sind, das heißt, dass es sie nicht unabhängig von unserem Denken „in der Natur“ gibt. Es ist plausibler, anzunehmen, dass ihr So-Sein mit unseren Konzepten und Theorien zusammenhängt.⁵ Ein fast schon klassisches Beispiel dafür ist das Konzept der Multiplen Persönlichkeit. Das Erscheinen und die explosionsartig zunehmende Verbreitung dieser Störung in den USA ging eng einher mit medialen und wissenschaftlichen Aktivitäten einer Gruppe von Fachleuten (*Hacking* 1996, *Ofshe; Watters* 1996). Ein zweites Problem betrifft den diagnostischen Vorgang selbst, die Tatsache, dass unsere Wahrnehmung immer auch theorieabhängig ist. Wir „sehen“ also vermehrt das, was uns die Theorie (zum Beispiel in Form einer Klassifikation) vorgibt. Dies bedeutet für das Diagnostizieren, dass wir uns darüber bewusst sein sollten, dass wir das Gestalthafte und die Zusammenhänge unter Umständen „in die Dinge hineinsehen“. Ein drittes Problem schließlich besteht in der nicht selten anzutreffenden Vorstellung, dass mit einer Diagnose (mit dem Etikett) das Wichtige schon gesagt sei. Dies ist ein grobes Missverständnis. In Wirklichkeit folgt aus einer klassifikatorischen Zuordnung wie zum Beispiel „Schizophrenie“ noch reichlich wenig, auf jeden Fall kein konkretes Handeln. Ob der betroffene Mensch schwerst gestört und in hohem Maße hilfebedürftig oder ob er bei guter Laune, sozial integriert und ohne Bedarf an Hilfe ist, das ist mit der reinen Diagnose nicht gesagt. Beides ist möglich.

Ohne den Gegensatz zwischen hermeneutischem und klassifikatorischem Vorgehen hier in angemessener Tiefe entwickeln zu können, möchten wir aber doch einer Haltung das Wort reden, wie sie auch auf der St. Pöltener Tagung geäußert wurde: Es hat wenig Sinn, die beiden Zugänge gegeneinander auszuspielen. Sie erfüllen andere Zwecke und sie ergänzen sich. Der hermeneutische Zugang eignet sich beispielsweise kaum für die Zwecke der Statistik. Umgekehrt folgt aus einer klassifikatorischen Zuordnung noch ziemlich wenig für das sozialarbeiterische Handeln. Es kommt darauf an, die Stärken der verschiedenen Vorgehensweisen zu kombinieren. Die liegen im Nachzeichnen des Besonderen bei den hermeneutischen Verfahren und dem Aufzeigen des Allgemeinen bei den klassifikatorischen Verfahren.

Wir meinen, dass es bei der sozialen (sozialpädagogischen, psychosozialen) Diagnose immer darum geht, die Angemessenheit im Auge zu behalten. Es geht immer um *konkrete* Fragen, sei es im einzelnen Fall, sei es in der Frage einer sozialen Klassifikation.

Es muss immer im Auge behalten werden, dass Klassifikationen von Menschen gemachte Einteilungen zu bestimmten Zwecken sind und nicht „einfach“ die Realität abbilden. Klassifikationen und Diagnosen sind in diesem Sinne immer auch vorläufig.

Was wird diagnostiziert?

Bei der Weiterentwicklung sozialer Diagnostik wäre es hilfreich, im Auge zu behalten und explizit zu machen, was die einzelnen Instrumente eigentlich abbilden sollen. Das ist gleichermaßen für die Orientierung als auch für die kritische Begleitung wichtig. Ein immer wieder genannter Kritikpunkt an sozialen Diagnosen ist zum Beispiel die Zuschreibung von Persönlichkeitsmerkmalen als Grundlage einer Stigmatisierung. Richtig daran ist: Wer Betroffenen unveränderliche negative Eigenschaften zuschreibt, kann diese unter Umständen tatsächlich brandmarken, zumindest so lange, wie solchen Zuschreibungen innerhalb der zuständigen Institutionen geglaubt wird. Richtig ist aber auch: Soziale Diagnostik erschöpft sich nicht im Zuschreiben von solchen *Traits* beziehungsweise Persönlichkeitsmerkmalen (*Priller* 1996), im Gegenteil. Bei sozialer Diagnostik geht es, wie die Tagung gezeigt hat, mehr um andere Dinge: die soziale Lage eines Menschen, seine Lebenslage, die objektiv wie subjektiv gedachte Bestandsaufnahme des Leidens, der Situation, der Ressourcen eines Menschen, die sozialen Beziehungen beziehungsweise das soziale Netzwerk eines Menschen, seine vollzogene oder sich vollziehende Entwicklung – oder auch die Möglichkeiten und Chancen von Menschen zu weiterer Entwicklung im Rahmen möglicher Hilfen oder Interventionen (*Knecht; Buttner* 2008). Soziale Diagnostik beschränkt sich zudem nicht auf den einzelnen Menschen, sondern macht gegebenenfalls auch Aussagen über Gruppen, Familien, Milieus bis hin zu Sozialräumen.

Wie wird diagnostiziert?

Die einzelnen Verfahren sozialer und sozialpädagogischer Diagnostik haben unterschiedliche Zielpunkte. Zum Teil stellen sie sogar nichts weiter dar als minimal formalisierte Beschreibungen. Die von *Pantucek* (2006, S. 105 ff.) so bezeichneten „Sichtdiagnosen“ und „Kurzd Diagnosen“ fallen hierunter. Er nennt sie „elementarste Form der Diagnose“. Im medizinischen Sprachgebrauch würde man sie als Befunde bezeichnen. Eine „visuelle Ersteinschätzung“ einer Person kann beispielsweise ein wichtiges Element einer umfassenderen Beschreibung einer Person sein und – je nach Fragestellung und Zusammenhang – für eine Diagnose Bedeutung erlangen, zum Beispiel wenn es darum geht, den Ernährungszustand eines Kindes zu erfassen. Am Bei-

spiel solcher elementaren (Vor-)Formen von Diagnosen lässt sich schön zeigen, dass es schon auf dieser „einfachen“ Ebene die Gefahr stigmatisierenden Handelns gibt, nämlich dann, wenn von der reinen Beschreibung abgewichen wird und stattdessen Eigenschaften benannt werden.

Schon eine einfache Beschreibung des Erscheinungsbildes einer Person kann also respektlos sein. Was für diese elementare Ebene gilt, gilt auch für die höherstufigen und komplexeren Diagnosen: Es geht darum, den Respekt vor der einzelnen Person und vor dem Besonderen zu wahren. Dazu muss das Besondere in der Beschreibung, im Befund oder in gewisser Weise auch in der Diagnose Raum haben, ohne abqualifiziert zu werden. Wenn dies beachtet wird, lässt sich auch feststellen, dass soziale Diagnostik nicht der etikettierende und stigmatisierende Bösewicht ist. Wenn sie ihre Ergebnisse durchschaubar und den Weg zu ihnen nachvollziehbar macht, wenn der Respekt vor dem Besonderen und Abweichenden gewahrt ist, hilft sie sogar, die Praxis eines „organisationskonformistisch pervertierten Alltagsverstandes“ (ebd., S. 67), der ja gerade zur Zuschreibung von Eigenschaften neigt, zu begrenzen.

Wer diagnostiziert?

Ein Problem der aktuellen Diskussion zur Diagnostik in der Sozialen Arbeit ist die Vieldeutigkeit der Begriffe und Bezüge. Bislang haben wir in diesem Text nicht genau unterschieden zwischen sozialer, psychosozialer und sozialpädagogischer Diagnose, aber es sollte klar sein, dass diese Begriffe aus unterschiedlichen Kontexten stammen und deshalb auch für unterschiedliche Erfahrungen stehen. Während der Ausdruck „soziale Diagnose“ an den historischen Stand von *Mary Richmond* und *Alice Salomon* anschließt und dort eher der Kontext der *Sozialarbeit* angesprochen ist, bezieht sich die „sozialpädagogische Diagnose“ in erster Linie auf die Kinder- und Jugendhilfe beziehungsweise die *Sozialpädagogik*. Der Begriff „psychosoziale Diagnose“ wird in verschiedenen Disziplinen wie der Psychologie, Medizin, Pädagogik und eben auch in der Sozialen Arbeit gebraucht, dort gleichermaßen in Handlungsfeldern wie der Jugendhilfe und klinischen Sozialarbeit (*Harnach-Beck* 2003, *Pauls* 2004, *Geißler-Piltz* 2005).

Dass das Verständnis von Diagnostik offenbar viel mit dem Erfahrungshintergrund dessen zu tun hat, der darüber spricht, wird klar, wenn man die einschlägigen Publikationen aus den Handlungsfeldern vergleicht. Da wo Autorinnen oder Autoren mit kranken Menschen befasst sind, wo der rehabilitative Gedanke im Vordergrund steht, da wo deutliche Defizite

eine Rolle spielen, ist die Orientierung am Arsenal der klinischen Psychologie, Psychiatrie, Neurologie, Sonderpädagogik und anderen einschlägigen Nachbarwissenschaften klar erkennbar und dort scheint auch die Neigung zur klassifikationsbezogenen Diagnose größer, wenngleich auch hier der hermeneutische Zugang in Form biographisch-diagnostischer Ansätze einen wichtigen Platz hat (*Hanses* 2000). In der Kinder- und Jugendhilfe geht es weniger um definite Störungen und es steht der hermeneutische Ansatz im Vordergrund, das Verstehen, die Individualität des Falles beziehungsweise der Person werden besonders betont. Dass aber auch hier verschiedenartige Erfahrungen zu verschiedenen Haltungen gegenüber Diagnostik führen können, darauf weist zum Beispiel *Meinhold* in einer Bemerkung hin (*Kunstreich* u. a. 2003, *Harnach-Beck* 2003). Dass das hermeneutische Vorgehen wiederum nicht auf das pädagogische Feld beschränkt ist, belegt auch die psychosomatische Medizin, die dem hermeneutischen Denken tief verpflichtet ist. Interessanterweise ist hier inzwischen aber auch ein eigenes Klassifikationssystem entstanden (*Arbeitskreis OPD* 2006). Dies ist auch ein klarer Hinweis darauf, dass sich der hermeneutische und der klassifikatorische Zugang ergänzen.

Fazit

Kritische Autoren und Autorinnen haben darauf hingewiesen, dass Klassifikation und Diagnose (auch) Herrschaftsinstrumente sind. Diese unangenehme Wahrheit sollte nicht vergessen werden. Sie sollte aber keinesfalls zu einer blinden Ablehnung von Klassifikation und Diagnostik führen, sondern zu einem bedachten Umgang mit ihnen, denn sie stellen ein pragmatisches und notwendiges Mittel der Sozialen Arbeit dar. Dies ist implizit auch im Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit (*Fachbereichstag Soziale Arbeit* 2007) reflektiert, der die Ausbildung zur Sozialen Arbeit an deutschen Hochschulen abstrakt darstellt. Dort sind in Kategorie B (Beschreibung, Analyse und Bewertung) verschiedene Aspekte von diagnostischen Fähigkeiten angesprochen.

Es sollte im Auge behalten werden, dass die verschiedenen Handlungsbezüge beziehungsweise Handlungsfelder unterschiedliche Anforderungen an Diagnose und Diagnostik stellen und somit auch zu einer Vielfalt führen, die immer auch Widersprüchliches enthält. Wir meinen, dass diese Vielfalt nicht verhindert, sondern gepflegt werden sollte. Wo die Soziale Arbeit keine eigenen Instrumente und Routinen entwickelt hat, soll sie den Import an diagnostischen Instrumenten *aktiv* gestalten und das Vorgefundene an die speziellen Erfordernisse in der Sozialen Arbeit

anpassen. Dabei sollten der hermeneutische und der subsumptionslogische Zugang in der Diagnostik nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie ergänzen sich – und gute Soziale Arbeit kann auf keinen der beiden Zugänge verzichten.

Ein deutlicher Entwicklungsbedarf besteht unseres Erachtens im Feld der Klassifikation. Mit dem Person-In-Environment-System (Karls; Wandrei 1994, Adler 2004) gibt es einen ersten genuin sozialarbeiterischen Ansatz in der Klassifikation, aber er hat noch kaum Eingang in die Praxis gefunden. Auf der Tagung in St. Pölten hat sich nun ein aus unserer Sicht bemerkenswerter Schritt für die Soziale Arbeit vollzogen: die öffentliche Aufforderung, an der Entwicklung eines (oder auch mehrerer?) Klassifikationsverfahren zu arbeiten. Mark Schrödter (2008) hat als Gesichtspunkt inhaltlicher Systematisierung die Frage nach Verwirklichungschancen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit vorgeschlagen und Dieter Röh (2008) machte den pragmatischen Vorschlag, Konsensuskonferenzen und eine entsprechende Begleitforschung einzusetzen. Auch wenn es Argumente gibt, die die Entwicklung eines Klassifikationssystems für alle Belange der Sozialen Arbeit (zunächst) als zu schwierig erscheinen lassen – der hier vorgeschlagene Weg ist auf alle Fälle ein Versuch wert. Ebenso wichtig erscheint uns, die Themen Diagnose, Diagnostik und Klassifikationen sowie die damit einhergehenden ethischen Fragen in der Ausbildung der Sozialen Arbeit zu verankern.

Anmerkungen

1 Die hier vorgestellten Gedanken sind im Nachgang zur internationalen Fachtagung „Soziale Diagnostik – Stand der Entwicklung von Konzepten und Instrumenten“ entstanden, die am 8. und 9. Mai 2008 in St. Pölten, Österreich, stattfand und von der Fachhochschule St. Pölten und der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg veranstaltet wurde. Sie beziehen sich deshalb an mehreren Stellen auf diese Tagung.

2 In deutschen Krankenhäusern wurde die Dokumentation nach ICD (9. Revision) zuerst 1986 vorgeschrieben, in der 10. Revision wurde sie im Jahr 2000 eingeführt. Viele deutsche Ärzte und Ärztinnen hatten gegen die damit verbundene neue Pflicht zur Dokumentation protestiert.

3 Zunächst ist hier die Bedeutung „erhielten“ gemeint – aber manchmal „bekommen“ Patienten oder Patientinnen ja auch genau die Symptome, die die Institution von ihnen erwartet.

4 Uns ist durchaus bewusst, dass sich auch Hilfepläne nach institutionellen Bedarfen zurechtschneiden lassen, dass sie also nicht notwendigerweise nur an der einzelnen Person ausgerichtet sind.

5 Das soll nicht heißen, dass psychische Störungen in der Regel nicht real oder reine Phantasieprodukte wären. Die Störungen beziehungsweise Krankheiten, um die es in der Psychiatrie geht, sind durchaus real, insofern die betroffenen Menschen und oft auch deren Umwelt leiden, real auch inso-

fern, als es auch intersubjektiv unstrittige Defizite, Abweichungen und Besonderheiten gibt. Hier geht es nur darum, aufzuzeigen, dass es die Störungsklassen nicht als solche geben muss. Die Störungen könnten auch anders eingeteilt werden (Hacking 2006).

Literatur

- Adler, H.K.: Das Person-In-Environment-System (PIE). Vorteile einer eigenständigen, standardisierten Diagnostik in der Sozialen Arbeit. In: Heiner: a.a.O. 2004, S. 165-182
- Arbeitskreis OPD (Hrsg.): Operationalisierte psychodynamische Diagnostik OPD-2. Bern 2006
- Fachbereichstag Soziale Arbeit: Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit. In: HRK / Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): Bologna-Reader II. Neue Texte und Hilfestellungen zur Umsetzung der Ziele des Bolognaprozesses an deutschen Hochschulen. Bonn 2007
- Foucault, M.: Die Geburt der Klinik. Frankfurt am Main 1976
- Geißler-Piltz, B. (Hrsg.): Psychosoziale Diagnosen und Behandlung in Arbeitsfeldern der Klinischen Sozialarbeit. Münster 2005
- Hacking, I.: Multiple Persönlichkeit. München 1996
- Hacking, I.: Leute erfinden. In: ders.: Historische Ontologie. Zürich 2006, S. 119-135
- Hanses, A.: Biographische Diagnostik in der Sozialen Arbeit. Über die Notwendigkeit und Möglichkeit eines hermeneutischen Fallverstehens im institutionellen Kontext. In: neue praxis 4/2000, S. 357-379
- Harnach-Beck, V.: Psychosoziale Diagnostik in der Jugendhilfe. Weinheim 2003
- Heiner, M.: Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit. Berlin 2004
- Horkheimer, M.; Adorno, Th. W.: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main 1969
- Jakob, A.; Wahlen, K.: Das multiaxiale Diagnosesystem der Jugendhilfe (MAD-J). München 2006
- Karls, J. M.; Wandrei, K. E. (Hrsg.): Person-In-Environment System. The PIE Classification System for Social Functioning Problems. Washington DC 1994
- Knecht, A.; Buttner, P.: Die Ressourcentheorie in der Sozialen Arbeit. Armut besser verstehen. In: standpunkt sozial 1+2/ 2008, S. 45-49
- Kunstreich, T. u.a.: Diagnose und/oder Dialog? Ein Briefwechsel. In: Widersprüche 88/2003, S. 11-32
- Kunstreich, T.: Dialog statt Diagnose. In: Heiner: a.a.O. 2004, S. 26-39
- Ofshe, R.; Watters, E.: Die missbrauchte Erinnerung. München 1996
- Pantucek, P.: Soziale Diagnostik. Wien 2006
- Pauls, H.: Klinische Sozialarbeit. Weinheim 2004
- Priller, J.: Anamnese, Exploration, Psychosoziale Diagnose. Sankt Augustin 1996
- Röh, D.: Klassifikationen (in) der Sozialen Arbeit: Fluch oder Segen für die Professionalisierung. Vortrag am 9. Mai 2008 in St. Pölten
- Schrödter, M.: Standardisierte Diagnostik ja, aber richtig! Vortrag am 9. Mai 2008 in St. Pölten
- Speck, Otto: Die Ökonomisierung sozialer Qualität. Zur Qualitätsdiskussion in Behindertenhilfe und sozialer Arbeit. München 1999

Typen der Case-Management-Kritik

Theorie oder Praxis?

Tobias Funk

Zusammenfassung

Case Management hat Konjunktur. Dies war auch der Ausgangspunkt für das im November 2007 erschienene Doppelheft der Fachzeitschrift Soziale Arbeit zu dem Thema „Diskurs zum Case Management in der Sozialen Arbeit“, in dem aus ganz unterschiedlicher Perspektive Konzept und Umsetzung dieses Handlungsansatzes kritisch beleuchtet wurde. Nicht immer wird klar, ob die Kritik mehr der Theorie oder der Praxis des Case Managements gilt. Auch das Vorverständnis von Case Management unterscheidet sich bei den unterschiedlichen Autoren und Autorinnen. Im folgenden Text werden im Rahmen einer Kritik der Kritik die unterschiedlichen Argumentationslinien noch einmal zugespitzt auf den Punkt gebracht.

Abstract

Case management is a fashionable trend. This was the starting point of the November 2007 issue of the magazine Soziale Arbeit which treated the topic „The discourse on case management in social work“ by critically reviewing the concept and application of this approach from quite a different perspective. It is not always clear whether this criticism is aimed at the theory or at the practice of case management. Even the preliminary understanding of case management differs from author to author. Within the framework of a critique of this criticism the following text roughly presents the core arguments underlying the various opinions.

Schlüsselwörter

Case Management – Kritik – Soziale Arbeit – Typisierung – Konzeption – Theorie-Praxis

Einleitung

„Generell hat das Thema Case Management (CM) in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewonnen – wenn auch nicht immer nur im positiven Sinne“, so der Befund des Newsletters der Deutschen Gesellschaft für Case und Care Management (DGCC) zum Jahresauftakt 2008.¹ Zu häufig habe das, was in der Praxis als Case Management firmiere, mit dem Konzept des CM kaum etwas zu tun. Dies jedoch werde wiederum in der Regel von Kritikern und Kritikerinnen bemängelt, die das Konzept des CM beurteilen, ohne es wirklich verstanden haben. Isoliert betrachtet ist eine solche Doppelkritik nicht weit entfernt von den selbst immunisierenden Argumentations-

strategien eines ewig Unverstandenen, doch ein solches Abtun würde weder der Sache noch dem fachlichen Rang der beteiligten Akteure und Akteurinnen gerecht werden. Aber es ist gerade auch im Rahmen von Case-Management-Ausbildungen ein immer wieder zu beobachtendes Phänomen, dass sich das, was als Gegenstand der Ausbildung in seinen Einzelbausteinen als nützlich und plausibel erscheint, als Ganzes häufig bis zum Schluss immer wieder als flüchtig erweist und von den Ausbildungsteilnehmenden gegenüber Dritten nur schwer erklärt beziehungsweise verteidigt werden kann.²

Die Idee des Case Managements ist zurzeit eine der großen Sehnsuchtsmetaphern einer zunehmend von betriebswirtschaftlichen Prinzipien beherrschten Verwaltungswissenschaft beziehungsweise einer entsprechend beratenen Politik.³ Das spricht nicht gegen das Konzept. Mit dem neuen Handlungsansatz verbinden sich nicht zuletzt Hoffnungen, fallbezogen, wo erforderlich, die Versäulung der sozialen und gesundheitsbezogenen Dienste, die jeweils „ihre“ Klientel generieren, zugunsten integrierter Hilfen zu überwinden. Doch die gegenwärtige Konjunktur des Case Managementansatzes ist vor allem mit Blick auf die damit verbundene Qualität der Praxis alles andere als unproblematisch. Entsprechend heftig wird diskutiert. Exemplarisch wurde das deutlich durch die Artikel in der zum Ende des vergangenen Jahres erschienenen Doppelnummer der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ mit dem Themenschwerpunkt „Diskurs zum Case Management in der Sozialen Arbeit“ (Wissert 2008). Es zeichnet das Heft aus, dass es praktisch alle gängigen Typen der Kritik auf engstem Raum versammelt. Nicht wahrgenommen wurde jedoch die Chance, diese Typen mit ihren ganz unterschiedlichen Schwerpunkten zu identifizieren und damit ein „re-entry“ der einzelnen Argumentationsstränge in eine tatsächliche Auseinandersetzung zu ermöglichen. Dies soll hier, nicht zuletzt durch Zuspitzung und neue Zuordnung der einzelnen Argumentationslinien, nachgeholt werden.

Die sowohl politisch als auch methodisch vielstimmig und differenziert argumentierenden Beiträge, die zudem von ganz unterschiedlichen Ansatzpunkten ausgehen, werden im einführenden Prolog des Heftes anmoderiert, als ob es sich um den Antagonismus von zwei klar abzugrenzenden Parteien handelte. Dem Beitrag von Wolf Rainer Wendt, der die Artikelreihe des Heftes beschließt, wird dabei einzig die Rolle des Vertreters der „befürwortenden CM-Diskurse“ (sic!) zugesprochen, „in welchen man sich immer schon einig ist, dass Case Management als zukunftsweisendes und innovatives Prinzip der Fall-

und Systemsteuerung in humanen Dienstleistungen einzuführen beziehungsweise auszubauen ist“ (Kleve 2007a, S. 403).⁴ Dies aber wird den einzelnen, in dem Heft repräsentierten Positionen nicht gerecht. So plädiert *Manfred Neuffer* für die Bedeutung der Beziehungsarbeit im Rahmen des CM, während *Wolf Rainer Wendt* umgekehrt den Managementgedanken stärker betont. *Peter Pantucek* fordert mehr Aufmerksamkeit für das Assessment. *Wolfgang Hinte* plädiert dafür, im Rahmen des Assessments – und nicht nur da – den Willen und den „Eigensinn“ der Klienten und Klientinnen ernster zu nehmen. Der Beitrag von *Uta Reiberg* nimmt ein Motiv von *Peter Löcherbach* auf und warnt davor, CM als bloßen Eyecatcher zu etablieren, plädiert vielmehr für die Anstrengung einer jeweils vollständigen Implementation von Case Management und weiß die Berliner Koordinationsstellen „Rund ums Alter“ als Good-Practise-Beispiel zu nennen. *Andreas Hampe-Grosser* thematisiert die Problematik der häufig eher unfreiwilligen Freiwilligkeit der Teilnahme von Klientinnen und Klienten am Case-Management-Prozess, schlägt dafür aber auch gleich einen Lösungsweg vor, und so weiter. Von einer „nicht befürwortenden“ Fundamentalkritik kann also (mit einer Ausnahme, siehe unten) keine Rede sein, auch wenn in den meisten Beiträgen eher Problemzonen des Case Managements thematisiert werden.

Tatsächlich scheint sich die Diskussion vor allem um die Frage von Über- beziehungsweise Unterforderung der Praxis durch die unterschiedlichsten Steuerungskonzepte zu drehen, und zwar dort, wo Menschen mit komplexen Problemlagen auf eine koordinierte Unterstützung durch eine Vielzahl von Personen und Institutionen angewiesen sind, die klassische und für sich unstrittige Indikation für ein sinnvolles Case Management. Dies spiegelt sich auch in den gänzlich gegenläufigen Zentralmetaphern der Kritik am Case Management wider, die auf der einen Seite von „altem Wein in neuen Schläuchen“ spricht, auf der anderen Seite aber von „*Aladins Wunderlampe*“.⁵ Auch wenn es sich in beiden Fällen um die Kritik an einem Phantasma handelt, ist der Focus doch jeweils ein anderer. Einmal mit einer Unterschätzung des Konzeptes verbunden, das andere Mal möglicherweise mit einer Überschätzung gekoppelt. Die Fallhöhe zwischen Theorie und Praxis, das heißt zwischen dem spezifischen Anspruch des Case Managements und dem, was es tatsächlich zu leisten vermag, ist bei der zweiten Option deutlich höher.

Eine Fundamentalopposition

Der größte systematische Gegensatz bei der Beurteilung der Chancen des Konzeptes von Case Mana-

gement ist durch die Positionen von *Wendt* und *Galuske* vertreten. Tatsächlich kann man hier von einer Fundamentalopposition sprechen. Strittig ist hier nicht das Konzept des Case Managements, also die Frage, was es denn überhaupt sei, sondern vielmehr seine gesellschaftspolitische Funktion beziehungsweise Funktionalisierung. Was *Wendt* begrüßt und fordert, die Zurkenntnisnahme der ökonomischen Bedingungen und Wirkungen auch der Sozialwirtschaft, also „der Art und Weise des Wirtschaftens im Handlungsfeld der Sozialen Arbeit und der institutionalisierten Wohlfahrtspflege“ (*Wendt; Wöhrle* 2007), wird bei *Galuske* in der Konsequenz problematisiert und denunziert als „eine Ökonomisierung und Vermarktlichung aller Lebensbereiche“ (*Galuske* 2007a, S. 409). *Wendt* erhofft sich vom Case Management mehr Transparenz, mehr Rechenschaftsfähigkeit der Sozialen Arbeit. Auch für *Galuske* „dürfte nicht nur angesichts der aktuellen Legitimationsnöte Sozialer Arbeit im Kontext der Finanzkrise öffentlicher Haushalte unbestritten sein, dass die Soziale Arbeit der Selbstreflexion in Bezug auf ihre Arbeitsansätze und beabsichtigten und unbeabsichtigten (Neben-)Wirkungen dringend bedarf“. Der einzige Unterschied: *Galuske* formuliert das Desiderat nicht im Kontext von Case Management, sondern unter der Überschrift „Selbstevaluation“ (2007b, S. 320).

Die jenseits der politischen „Aktivierungsrhetorik“ auch von *Galuske* nicht infrage gestellte wünschenswerte und förderungswürdige Mitwirkung der Klientel im Hilfeprozess dürfte in der Bewertung der Prozesse und der Ergebnisse Sozialer Arbeit – ob mit oder ohne Case Management – keine ganz unwichtige Rolle spielen. Es gibt meines Erachtens keinen Grund, dass dies *notwendig* umschlägt zu der von *Galuske* angeführten Perversion einer Strategie des „blaming the victim“. Entscheidend sind vielmehr die gesellschaftspolitisch zu verhandelnden normativen Voraussetzungen. So wäre bei einer mangelnden Mitwirkung der Klientel auch die Frage nach der Beziehungsarbeit, nach der Wertschätzung ihres Willens, nach der Lebensweltorientierung der Beratung, nach Empowermentstrategien, nach dem regionalen Hilfeangebot und nach dem Arbeitsplatzangebot zu stellen.

Vor dem Hintergrund der Allgegenwart des neuen aktivierenden Sozialstaates mit seiner Engführung „from welfare to workfare“ mag diese Argumentation naiv klingen. Die Kritik insbesondere an den Bedingungen des Fallmanagements im Rahmen der Beschäftigungsförderung scheint zumindest für die ersten Jahre nur zu berechtigt (und wird auch von den Autoren des Fachkonzeptes der Bundesagentur

für Arbeit entsprechend kritisch begleitet!). Die von *Galuske* festgestellte Totalkontamination des Case-Management-Konzeptes durch diese historische Erfahrung „als ein sozialtechnologisches Instrument der Anpassung“ wird jedoch mehr behauptet als begründet (2007b, S. 204). Sie wird von den anderen, Einzelpunkte des CM ebenfalls kritisch beleuchtenden Autorinnen und Autoren des Heftes offensichtlich so nicht geteilt.

Schwierigkeiten mit dem Management

Eine kritische Diskussion zum Verständnis und zur Ausgestaltung des Case Managements gibt es auch unter den Befürwortenden des Konzepts. Für *Neuffer* zum Beispiel, Gründungsmitglied der DGCC, ist die Einführung des Case Managements ein Fortschritt, auch wenn er die selbst angeführte Frage, inwiefern CM etwas qualitativ Neues sei (*Neuffer* 2007a, S. 418), nicht wirklich klar beantwortet. Zwar bekennt sich *Neuffer* deutlich zu den beiden Säulen des Case Managements: dem Arbeiten mit dem Einzelnen auf der einen Seite und dem „Arbeiten im System der Hilfestellungen“ auf der anderen (*ebd.*, S. 420). Doch auch diese Kombination macht für ihn nicht den Neuigkeitswert aus: Diese Grundelemente finde man „in der Sozialen Arbeit seit Beginn der Berufsgeschichte“ (*ebd.*, S. 418). *Neuffer* sammelt hier Stimmen, positioniert sich aber selbst nur verhalten. Das Fazit am Schluss „CM erlangt sein klares Profil ...“ dürfte die am Anfang angeführten, nach dem Neuigkeitswert fragenden Studierenden nicht wirklich zufriedenstellen. Die Konjunktur und das Grundgerüst des Case Managements wird von ihm vielmehr genutzt, um ein Grundanliegen der Sozialen Arbeit zu thematisieren: nämlich die besondere Bedeutung der Beziehungsarbeit im Rahmen von sozialen Unterstützungsprozessen, verbunden mit dem Hinweis auf die besondere Kompetenz der Sozialen Arbeit in dieser Sache. Auch der Untertitel seines mittlerweile in dritter Auflage vorliegenden Buches weist mit Blick auf das infrage stehende Konzept eher auf eine Einführung hin (*Neuffer* 2007b). Case Management wird hier als „soziale Arbeit mit Einzelnen und Familien“ erklärt. Die Frage „Case Work oder Case Management?“ wird hier eher zugunsten des ersteren beantwortet. Dennoch: „An den Grundaufgaben und dem Gesamtkonzept des Case Managements soll deshalb nicht gerüttelt werden“ (*Neuffer* 2007a, S. 423).

Interessant ist, dass „das Managen“ bei *Neuffer* phasenbezogen erst bei der Hilfeplanung einsetzt. Die Frage der Zugangssteuerung als integraler Teil des Case Managements wird damit ausgeblendet beziehungsweise nur als alternatives Rollenmodell

von CM betrachtet. Praktisch im gleichen Atemzug wird zudem ein Gegensatz heraufbeschworen, dass hier „andererseits“ die advokatorische Rolle des Case Managers, der Case Managerin gefragt sei. Das Managen scheint der anwaltschaftlichen Beziehungsarbeit also entgegenzustehen, es hat keinen wirklich guten Stand bei *Neuffer*. Immer ist es etwas Hinzu-kommendes. Wenn es zu viel Gewicht erhält und zu viel Kompetenzen erfordert, wird die Nähe zum Sozialmanagement beklagt (*ebd.*, S. 422). Dass umgekehrt CM per definitionem nicht in Sozialmanagement aufgehen kann – auch Sozialmanager müssten zu Case Managern erst ausgebildet werden! – wird dagegen nicht weiter thematisiert. Auch *Neuffer* gesteht zu, dass es dem Konzept des CM nicht widerspricht, unterschiedliche Rollen und Funktionen einzunehmen. So können auch nach *Neuffer* Case Manager und -Managerinnen nicht nur Anwalts-, sondern auch Gatekeeper- oder Brokerfunktionen übernehmen, „bei denen der Beziehung...eher eine funktionale Bedeutung zukommt“. Auch hier ist die Beziehungsarbeit unaufgebbare, das Attribut „funktional“ ist hier jedoch offensichtlich als ein Diminutiv eingesetzt. Dass es sich in jedem Fall um eine „Schwundstufe des CM-Ansatzes“ handeln muss, wenn eine der drei genannten Funktionsmomente komplett fehlt, wird nicht thematisiert.

Das kognitive Skandalon von Case Management aber ist gerade die Doppelperspektive, dass ausgehend von den Bedarfen im Zusammenhang mit den Einzelfällen der Klientel nicht nur ein Service für diese erbracht wird, sondern im Rahmen des Hilfeprozesses ebenso ein Service für die beteiligten Helfenden (wie kann ich dich unterstützen, damit du effektiver hilfst, wie kann ich auch deine Interessen dabei besser einbinden?) sowie am Ende auch für das Sozialsystem durch die Bereitstellung von empirisch gesicherten Daten zu den lokalen Versorgungsstrukturen. Das Neue beim Case Management ist also, dass es von der Theorie her weder in der Einzelfallarbeit noch im Sozialmanagement aufgeht, sondern ein integrales Drittes, einen Hybridhandlungsansatz ausbildet, in der Hoffnung, damit auf komplexe Herausforderungen besser reagieren zu können. Dass mal die eine, mal die andere Seite mehr betont wird, ist zum einen rhetorischen Strategien geschuldet (wen will *ich* in welchem Feld auf blinde Flecken hinweisen?), zum anderen der durchaus weiten Spanne, in dem sich die Case-Management-Praxis bewegt, mal mehr vom traditionellen Case Work ausgehend, mal mehr vom Sozial- oder Care Management herkommend. Nur um den Preis der Selbstaufgabe aber fällt CM mit dem einen oder dem anderen Pol unmittelbar zusammen.

Die provozierende Dominanz des Managements bei dem Case-Management-Ansatz von *Wendt* ist also gleichsam die Negativfolie von *Neuffers* Argumentation. So, wie bei *Wendt* die Beziehungsarbeit insbesondere mit Blick auf den Adressatenkreis der Sozialen Arbeit ganz bewusst nicht im Zentrum steht, so wird umgekehrt bei *Neuffer* das Managementelement nur additiv angeführt. In seiner Argumentation wird das nominell nach wie vor behauptete zweite Standbein somit nur schwach belastet und läuft Gefahr, systematisch zu verkümmern. Unbeschadet einer Bewertung der Praxisangemessenheit des jeweiligen Ansatzes gelingt *Neuffer* damit aber weniger als *Wendt*, die spezifische Differenz des Konzeptes und damit überhaupt die theoretische Notwendigkeit eines neuen Konzeptes zu Althergebrachtem im Rahmen Sozialer Arbeit herauszuarbeiten.

Wenn *Neuffer* eine Aussage wie „Case Management ist ein Steuerungsgeschehen, in dem organisiert, ausgehandelt und entschieden wird, was bei einer gegebenen Aufgabestellung fallweise zu unternehmen ist“ als eine „derartige Reduktion auf eine klientferne Position“ qualifiziert, so mag das eher einer Reaktion auf den ebenso technokratischen wie apodiktischen Ton geschuldet sein, in dem die Texte von *Wendt* häufig verfasst sind (*Neuffer* 2007a, S. 422). Denn von einem handelnden Subjekt der Steuerung ist in dieser Passage weder in der einen noch der anderen Richtung die Rede. Dass der Klient, die Klientin auch bei *Wendt* als Koproduzierende von Dienstleistungen in diesem Steuerungsgeschehen eine ganz entscheidende eigene Rolle spielen, kann offenbar zumindest an dieser Stelle nicht mehr wahrgenommen werden.⁶ Gleiches gilt für die Schwierigkeiten *Neuffers* mit einer logisch und vergleichsweise harmlosen Aussage, dass das manageriale Verfahren viel mit Sozialarbeit zu tun habe, aber „nicht mit ihr identisch“ sei (*Neuffer* 2007a, S. 423, *Wendt* zitierend). Warum eine solche Aussage „geradezu in einen fachlichen Tunnel“ führen soll (*ebd.*), scheint mir schlichtweg unerklärlich.

Anders verhält es sich dagegen mit der ebenfalls von *Neuffer* skandalisierten „Nicht-Identitätsfeststellung“ *Wendts* bezogen auf „Beziehungsformen professionellen Helfens“ auf der einen Seite und die „eines Managements von Unterstützung“ auf der anderen (*ebd.*). Hier scheint eher die Begründung *Wendts* schwach. Sie lässt sich tatsächlich nur mithilfe eines fast schon bösartig verzerrten Bildes sozialarbeiterischer Beziehungsarbeit halten. So heißt es in einem anderen Text von *Wendt* in einer Entgegensetzung ganz einfach: „Case Management“ uldigt, mit Freud gesprochen, dem Realitätsprinzip“

(*Wendt* 2007b, S. 16). Damit legt *Wendt* nahe, dass die oben genannten „Beziehungsformen professionellen Helfens“ mit diesem Prinzip wenig anfangen können: „Die moralische Emphase der helfenden Beziehung ersetzt nicht die Nüchternheit...“ (*ebd.*). Dies ist zunächst pure Denunziation. Wichtig ist aber sein Argument gegen den Alleinanspruch der Sozialen Arbeit auf das, was sich Beziehungsarbeit nennt. Denn dies ist ein weiterer Kernpunkt von *Neuffer*: CM dürfe sich nicht aus dem Gesamtrahmen der Sozialen Arbeit entfernen und keine eigene Fachlichkeit jenseits der sozialen Profession anstreben. Eine Argumentation, die zwar aus berufsständischer Sicht verständlich ist, die durch den unzureichenden Perspektivwechsel auf andere Handlungsfelder des CM und andere Berufsgruppen aber ebenfalls merkwürdig unterbegründet bleibt. Eine kritische Auseinandersetzung zum Beispiel mit Good-Practice-Beispielen von Case-Management-Modellen im Gesundheitswesen fehlt bei *Neuffer*. Nur so aber ließen sich die positiven Möglichkeiten und gegebenenfalls die Grenzen andere Professionen im Case Management tatsächlich überprüfen.

Eigensinn als Korrektiv

Von ganz anderer Warte aus argumentiert *Wolfgang Hinte* in dem Heft. Ähnlich wie *Neuffer* beginnt auch *Hinte* seinen Beitrag mit einer vorgeschalteten grundsätzlichen Sympathiebekundung für das Konzept des Case Managements. Seine Kritik ist deutlich radikaler als die von *Neuffer*, und wenn man sie in ihrem utopischen Gehalt ernst nimmt, radikaler auch noch als die politisch bedingte Fundamentalkritik *Galuskes*. Die Ironie dabei ist, dass sie aus seiner Sicht „in keiner Weise gegen den Ansatz des Case Managements“ spricht (*Hinte* 2007, S. 427) und dass er diese Feststellung anders als *Neuffer* auch nicht mit einem unter der Hand reduzierten Modell des Case Managements unterläuft. Vielmehr nutzt er die Diskussion um das Case Management, um festzustellen, dass auch dieses avancierte Modell wieder in die gleichen Fallen tappt wie Soziale Arbeit schon seit eh und je. Das von *Hinte* „für das Case Management (wie für weite Teile der Sozialarbeit)“ (*ebd.*, S. 427) beklagte Schlüsseldefizit ist das kontraproduktive Nichtunterscheiden von Wunsch und Willen der jeweiligen Klienten und Klientinnen seitens der professionellen Beratung.

Diesem Defizit spürt *Hinte* nicht nur in der Praxis, sondern gerade auch in der Theorie des Case Managements nach, der er bei aller Sympathie ebenso wenig über den Weg traut wie anderen fürsorglichen Konzepten auch. Der konzeptuelle Anspruch wird hier eher noch geschärft. Dabei bewirkt *Hinte* das,

was als Fundamentalkritik daherkommt, konstruktiv als eine durchaus einlösbare Herausforderung des Case Managements. In der Sache und in seinem grundsätzlichen Optimismus dürfte er damit von *Wendt* – unbeschadet seiner Betonung des anarchischen Willens und des zu hebenden Eigensinns der Klientel und unbeschadet von *Wendts* wahrscheinlich größerem Vertrauen in die grundsätzlichen Segnungen guter, versachlichender Bürokratie – mit Blick auf konkrete Empowermentstrategien im Einzelfall gar nicht so weit entfernt sein. Dies kommt nicht zuletzt in seinem Lob der aktivierenden Sozialen Arbeit zum Ausdruck: Sie „fördert Eigenaktivität, sie vermeidet Betreuung und Versorgung, sie fordert heraus, arbeitet mit Kontrakten und vereinbarten Zielen“ (*ebd.*, S. 430).

Hinte spricht vom Willen und vom Interesse. Tatsächlich war der Begriff des autonomen Interesses einmal eng gekoppelt an das Aufkommen der Souveränitätslehren in der politischen Theorie der frühen Neuzeit. Interessen bedürfen keiner weiteren Legitimation. Sie sind dazu da, durchgesetzt oder doch mit Gleichmächtigen verhandelt zu werden. Aufgabe des Case Managements ist in diesem Fall die Arbeit an einer produktiven Fiktion. Welch ein hoher Anspruch damit verbunden und welch ein feines semantisches Sensorium dafür erforderlich ist, sei es theoretisch, sei es praktisch nicht in die von ihm beschworene „Wünsch-dir-was-Falle“ zu geraten, wird von *Hinte* nicht verschwiegen. Dennoch scheinen sich für ihn die Wertschätzung von Eigensinn und das mit dem Konzept des Case Management einhergehende „Rationalitätsversprechen“ (*Galuske* 2007a, S. 415) nicht notwendig zu widersprechen. Der individuelle Eigensinn, der radikalste, weil letztlich nicht mehr rational einholbare Wille – Freiheit und Wahnsinn liegen hier begriffsgeschichtlich dicht beieinander – dürfte in der Praxis aber selbst von Beratungsvituosen nur in glücklichen Momenten konstruktiv zu treffen sein. Nicht zuletzt die zur Verfügung stehenden Leistungen unseres nach wie vor noch nicht ganz aufgelösten Wohlfahrtsystems dürften da einen nicht geringen, das eigene Wollen gelegentlich korrumpierenden Einfluss haben. Überhaupt: Lässt sich Eigensinn „abfragen“ (*Hinte* 2007, S. 426)? Wird in einem kommunikativen Prozess anarchischer Eigensinn letztlich nicht doch hegend und zähmend in Schranken gewiesen? Was für eine wohlklingende und auch wohlmeinende, dabei aber als rhetorisches Design ebenso subtile wie perfide Konstruktion, wenn es mit Blick auf mögliche Praxis heißt: Die fachliche Kunst besteht ... darin, ein Arrangement zu schaffen, das die Betroffenen dabei unterstützt, die Sozialarbeit zu beteiligen. Als konkrete Utopie, als

wünschenswertes, ethisches Korrektiv aller beraterischen Praxis aber taugt dieser Gedanke allemal.

Systemische Lizenzen

Am wenigsten zu greifen ist der kritische Ansatz *Heiko Kleve*. Dieser unterschreibt *Galuskes* Diagnose einer mit einem Sozialstaatsabbau einhergehenden Schuldverlagerung: „Strukturprobleme sollen durch individuelle Anstrengungen gelöst werden“ (*Kleve* 2007a, S. 39). Dies aber ist bei *Kleve* von einem gleichsam diebischem Vergnügen begleitet: „Das, was engagierte Leute einstmals dem Staat abzutrotzen versuchten, die selbstverantwortliche Gestaltung ihrer Lebenswelten, verschreibt der Staat inzwischen den Menschen als Therapie, um die Verschuldung der Kommunen, der Länder und des Bundes zu therapieren“ (*ebd.*). *Kleve* beschreibt Paradoxien und Ambivalenzen der gegenwärtigen Entwicklung. Aber er tut dies freudig. *Galuske* konstatiert dann auch mit Blick auf *Kleve*: „Die Protagonisten des Case Managements haben diese Botschaft verstanden und ihre ‚Verkaufsstrategie‘ darauf abgestellt. Case Management wird als Lösung der Probleme eines aktivierenden Umbaus präsentiert“ (*Galuske* 2007a, S. 411). So ist denn das entscheidende, auf die Probleme unserer heutigen Zeit beziehungsweise genauer auf die Frage, „wie Soziale Arbeit in ihrer Praxis mit dieser Ambivalenz von gesellschaftlicher Verursachung sozialer Probleme und der individuellen Verantwortungszuschreibung umgehen kann“, antwortende Kapitel des Buches „Ambivalenz, System und Erfolg“ lapidar mit: „Eine methodische Antwort: Das systemische Case Management“ (*Kleve* 2007b, S. 39) überschrieben.

Anders als bei *Neuffer*, der versucht, sich in der Auseinandersetzung mit anderen Case-Management-Vertretenden und hier insbesondere in der Auseinandersetzung mit *Wendt* argumentativ zu verorten, setzt *Kleve* sein Modell ganz einfach absolut: „Systemisches Case Management verknüpft die klassische sozialarbeiterische Methode des Case Managements mit neueren Ansätzen systemisch-lösungsorientierter Verfahren“ (*ebd.*, S. 40). Fast im gleichen Atemzug ist das sogenannte klassische Case Management bereits im systemischen Case Management aufgegangen und wird nicht weiter problematisiert. Wie wenig selbstverständlich eine derartige Etikettierung des Ansatzes etwa *Wendts* als klassisch sozialarbeiterische Methode ist, dürfte oben bei der Auseinandersetzung von *Neuffer* mit dem Konzept *Wendts* deutlich geworden sein. Verblüffend ist die Leichtigkeit, mit der bei *Kleve* alles funktioniert: „... an diesem Punkt korrelieren Lebensweltorientierung und Ökonomisierung“ (*ebd.*, S. 41). Das „Als-

ob“ des steuernden Handelns im Case Management wird systemisch begründet, ebenso wie die relative Beliebigkeit des als notwendige Fiktion dahinterstehenden Handlungsansatzes (*ebd.*, S. 86). Inwieweit eine Arbeitsweise etwa mit dem Phasenmodell des Case Managements, die von *Kleve* zunächst plausibel durch „strukturierte Offenheit“ charakterisiert wird, zusätzlich einer „ironischen Haltung“ bedarf (beide Zitate *ebd.*, S. 88), scheint jedoch fraglich. Auch „dass effektive Sozialarbeiter so tun müssen, als ob ihre Arbeit mit Sicherheit erfolgreich sein würde“, ist eine normative Annahme, die *Kleve* nicht belegt (*ebd.*, S. 86). So überzogen bliebe den Professionellen tatsächlich nichts anderes als ironische Dauerdistanz. Soziale Arbeit aber verfügt mit Blick auf die Klientel über mehr und im Einzelfall präzisere Erfolgskriterien als das bloße, letztlich wertneutrale „Initiieren von Selbstveränderungen“ (*ebd.*, S. 86). So öffnet auch *Kleve*, ähnlich wie *Hinte*, dann doch wieder den fürsorglichen Fächer von möglichen und wahrscheinlichen Wirkungen und spricht ausgerechnet in dem Kapitel „Klientenautonomie“ von der sozialarbeiterischen Fähigkeit, mit einer Autonomie akzeptierenden Grundhaltung sowie „mit unterschiedlichen Techniken und Verfahren“ gezielt auch positive Selbstveränderung zu initiieren (*ebd.*, S. 91f.).

Ein solch weitherziger, fröhlicher und wahrscheinlich auch postheroischer Ansatz erfordert letztlich auch keine präzise Theorie. Dies erkennt auch *Hinte*, der zwar die erfrischende Unbefangenheit der „Kollegen und Kolleginnen aus der systemischen Fraktion“ lobt, die schillernde Begrifflichkeit aber dann doch als „butterweich“ entlarvt (*Hinte* 2007, S. 427). Die schwer zu fassende Position *Kleves* im Rahmen des Diskurses zum Case Management ist in genau dem Desinteresse an einem näher zu beschreibenden Konzept des Case Managements begründet. Wenn er von Schwierigkeiten bei der Implementation des Case Managements schreibt, verortet er diese vor allem in einem altmodischen Festhalten an einmal niedergeschriebenen Konzepten, „postheroisch“ sei dies nicht mehr erforderlich (*Kleve* 2007a, S. 404 f.).

Die von *Löcherbach* beschriebenen vier Grade der Implementation von Case Management schmelzen bei *Kleve* zu einem binären Code zusammen: Alles, was über die Einstufung eines CM als bloßer Eye-catcher hinausgeht, ist damit schon Case Management. Die spezifische Differenz eines vollständig implementierten Case Managements zu allen anderen Stufen als die eigentliche Zumutung des *Löcherbachschen* Modells kann *Kleve* damit weitgehend ausklammern. So kritisiert dieser auf der einen Seite eine problematische Praxis der Implementierung von

Case Management und verzichtet auf der anderen Seite auf einen klaren Begriff desselben. Nur so kann er auch von seinem eigenen affirmativen Zugang absehend diskriminierend von den „befürwortenden Case-Management-Diskursen“ im Prolog des Heftes sprechen. Das Stichwort Case Management ist damit vor allem ein modisches Vehikel zur grundsätzlichen Thematisierung systemischer Philosophie- und Beratungsansätze, und die Kritik an zu engen „heroischen“ Case Managementansätzen profitiert letztlich ebenso opportunistisch von der gegenwärtigen Case Managementkonjunktur wie sie populistisch auf die Zustimmung derjenigen Praktiker und Praktikerinnen zielt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Kompetenzen gar nicht die Möglichkeit haben, das Konzept vollständig umzusetzen, und denen die mit der Umsetzung von diesen Case-Management-Konzepten verbundenen Überforderungen schon lange ein Ärgernis sind.

Fazit

Der Diskurs zum Case Management ist komplex. Ausgangspunkte der Kritik sind vielfältig gelagert. Auf welcher Ebene diskutiert wird, ist nicht immer sofort klar. Praxis und Anspruch des Konzeptes gehen häufig weit auseinander. Die Konjunktur des Case Managements als Sehnsuchtsmetapher fast aller entscheidenden Akteure in der Sozialwirtschaft führt dazu, dass das Interesse an einer Klärung dessen, was unter dem Titel CM passiert, nicht immer wirklich gegeben ist. Auf der einen Seite arrangiert man sich opportunistisch mit dem schönen Schein eines neuen Methodendesigns, auf der anderen Seite versucht man desto härter das Profil des Case Managements zu schärfen und die entsprechenden Standards durchzusetzen. Während *Neuffer*, wie gesehen, im Rahmen einer Via Media, versucht das Konzept des Case Managements als sinnvolle Fortbildungsoption allein für die Profession der Sozialarbeit zu profilieren, nutzt *Kleve* das Stichwort Case Management als Vehikel, um ganz allgemein systemisches Denken und Handeln im Rahmen von Sozialer Arbeit zu promovieren. *Wendt* dagegen besteht auf dem „Mehrebenencharakter“ des Managements. Fachkräfte des Case Managements seien in Beziehung zu den Leistungsempfangenden „eher Regieassistenten, die ein Selbstmanagement begleiten und zu ihm befähigen, Regie führende bleiben sie in der Ko-Produktion, die komplementär und kompensatorisch humandienstlich zu besorgen ist“ (*Wendt* 2007a, S. 462). Ansatzweise ist *Wendt* hier schon ganz dicht an der Rollenverkehrung im Sinne einer Klientensouveränität, wie sie *Hinte* vorschlägt. Zugleich aber bleibt die andere Ebene, die Systemebene der sekundären Netzwerke von humandienstlichen Leistungs-

erbringen und Leistungsträgern, immer mit im Blick. Ein weiterführender Ansatz für die Diskussion besteht möglicherweise darin, sich von der personalen Perspektive des allmächtigen Case Managements zu lösen und sich dem prozessualen Case Management als einem in einem Netzwerk zu etablierenden Handlungsansatz zuzuwenden. Hier wirken Leitungskräfte ebenso mit wie auch „alle jene Mitwirkenden im Prozess der Leistungserbringung, die zwar nicht für das Case Management im Ganzen kompetent sind, aber an seiner Durchführung teilhaben“ (*ebd.*, S. 468).

Anmerkungen

1 Vgl. http://www.dgcc.de/newslet/2008_01. Die 2005 gegründete DGCC ist professions- und verbandsübergreifend das Gremium, das zurzeit die Standards für CM setzt. Auch wenn es keine geschützte Definition des Case Managements gibt, so hat die im Rahmen der Vereinssatzung festgehaltene Definition aufgrund der Breite der sie tragenden Fachautoritäten sowie der Ausbildungsinstitutionen, die sich verpflichtet haben, diesen Standard umzusetzen, ein nicht unerhebliches Gewicht.

2 Vgl. DGCC, Standards und Richtlinien für die Weiterbildung: Case Management im Sozial- und Gesundheitswesen und in der Beschäftigungsförderung vom 29. Januar 2003, geändert am 22. Dezember 2004

3 Vgl. NSM/WoV/NPM; Neues Steuerungsmodell/Wirkungsorientierte Verwaltungsführung/New Public Management (Beitrag im Online-Verwaltungslexikon olev.de - Version 2.01), unter www.olev.de. Und den Artikel Fallmanagement/Case Management ebenda: „Fallmanagement ist deshalb eine konsequente Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells“.

4 Das insinuierte Bild der DGCC als eines monolithischen, Abweichungen und Kritik nicht zulassenden Blocks soll hier nicht weiter kommentiert werden. Konzept und Zusammenstellung der Autoren und Autorinnen des anregenden und facettenreichen Themenheftes sind das Verdienst der Initiative Kleves.

5 Die Beliebtheit des Topos des „alten Weines“ in Bezug auf das Case-Management-Konzept kann man gut bei einer entsprechenden Google-Recherche verifizieren. In dem Themenheft der Sozialen Arbeit fehlt das tatsächlich ja auch nicht mehr ganz originelle Bild zwar, von der Sache her ist das Argument als Unterstrom insbesondere bei Neuffer (2007a, S. 418) präsent: „Was ist denn an Case Management neu“? – Zu „Aladins Wunderlampe“ vgl. Eckhard Hansen zitiert nach Galuske (2007a, S. 411).

6 Tatsächlich schließt die inkrimierte Textpassage Wendts sachlich noch nicht einmal Hintes utopisches Modell der Klientensouveränität aus. Von notwendiger Klientenferne kann an dieser Stelle also keine Rede sein. Kritisch anzumerken wäre allenfalls, dass der Text insgesamt zu sehr von der Wirklichkeit abstrahiert. Die Mühen der Ebene, z.B. die komplizierte und als Voraussetzung notwendige Beziehungsarbeit, drohen so, angesichts rhetorisch zugespitzter Rationalisierungsversprechungen, am Ende doch ein wenig aus dem Blick zu geraten. Das wäre dann aber weniger eine Kritik an der Sachaussage als am Habitus der Argumentation.

Literatur

Galuske, Michael: Case Management und aktivierender Sozialstaat. Kritische Anmerkungen zu einer Erfolgsgeschichte.

In: Soziale Arbeit 11-12/2007a, S. 409-417

Galuske, Michael: Methoden sozialer Arbeit. Weinheim 2007b

Hinte, Wolfgang: Wer beteiligte wen? Willen und Wünsche im Case Management. In: Soziale Arbeit 11-12/2007, S. 425-432

Kleve, Heiko: Case Management in Deutschland. Diskurse und Konfliktlinien – ein Prolog. In: Soziale Arbeit 11-12/2007a, S. 403-408

Kleve, Heiko: Ambivalenz, System und Erfolg. Heidelberg 2007b

Löcherbach, Peter: Übersicht zur Case Management Praxis in der BRD. In: Porz, Friedrich; Horst, Eberhard (Hrsg.): Neue Wege in der Nachsorge und Palliativversorgung. Augsburg 2003

Neuffer, Manfred: Beziehungsarbeit im Case Management. In: Soziale Arbeit 11-12/2007a, S. 417-424

Neuffer, Manfred: Case Management. Soziale Arbeit mit Einzelnen und Familien. Weinheim 2007b

Wendt, Wolf Rainer: Die Zukunft des Case Managements. Was zu erwarten, was zu tun und wofür auszubilden ist. In: Soziale Arbeit 11-12/2007a, S. 460-468

Wendt, Wolf Rainer; Wöhrle, Armin: Sozialwirtschaft und Sozialmanagement in der Entwicklung ihrer Theorie. Augsburg 2007b

Wendt, Wolf Rainer: Wo bleibt die Beziehung? Zu einigen Aspekten sozialer Interaktion im Case Management. In: Case Management 1/2007c

Wissert, Michael: Besprechung des Themenheftes: „Diskurs zum Case Management in der Sozialen Arbeit“ (Soziale Arbeit 11-12/2007). In: Case Management 1/2008, S. 49-50

► Allgemeines

Informierter Spenden – Mehr Wirkung erzielen. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Bedarf an gemeinnützigen Dienstleistungen steigt. Deshalb werden Spenden zukünftig für gemeinnützige Organisationen weiter an Bedeutung gewinnen. Für Geldgebende stellt sich der Spendensektor jedoch sehr unübersichtlich dar. Und mit einer Ausweitung des finanziellen Engagements von Spendenden ist nur dann zu rechnen, wenn die Erwartungen erfüllt werden, die sie mit ihrer Förderentscheidung verknüpft haben. Vor diesem Hintergrund veröffentlichten die Bertelsmann Stiftung, das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen und die panthei Stiftungsberatung gemeinsam die Broschüre „Gutes tun – Besser spenden. Ein Leitfaden für Ihr Engagement“. Mit dieser Publikation werden Spenderinnen und Spender unterstützt, mehr aus ihrem Engagement zu machen, indem sie den für sie richtigen Zweck und die passende Organisation auswählen. Und sie erfahren, wie sie die Wirkung eines jeden eingesetzten Euros erhöhen können, warum es wichtig ist, Spenden zu bündeln und sich langfristig zu engagieren. Die Broschüre räumt auch mit Mythen auf, dass zum Beispiel nur gemeinnützige Organisationen mit minimalen Verwaltungskosten förderungswürdig seien. Sie stellt Zusammenhänge dar und gibt Hinweise, wie die Qualität einer gemeinnützigen Organisation zuverlässiger beurteilt werden kann. Die Broschüre kann telefonisch bestellt werden bei der Bertelsmann Stiftung, Tel. 054 21/ 818 14 31, E-Mail: ina.epkenhans@bertelsmann.de

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhaus. Seit dem 1. Januar 2008 unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 200 der 500 Mehrgenerationenhäuser aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Diese 200 Häuser konzentrieren sich auf den Aufbau beschäftigungsfördernder Strukturen. Sie verstehen sich als Informations- und Dienstleistungs Drehscheibe und zielen entsprechend auf die Etablierung eines Marktes für familienunterstützende und generationsübergreifende Dienstleistungen. Zudem dienen sie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, fördern den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und sorgen für eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort. Das Programm läuft bis zum 31. Dezember 2012. Weitere Informationen: Serviceagentur Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser, Tel.: 030/263 95 78-51, E-Mail: petra.dinkelacker@mehrgenerationenhaus.de

Berliner Forum Gewaltprävention. Schreibwettbewerb der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2007, 92 S., kostenlos *DZI-D-8239*
Im Rahmen ihres Engagements zum Thema „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“ initiierte die Landeskommision Berlin gegen Gewalt einen Wettbewerb für Berliner Schülerinnen und Schüler.

Diese sollten angeregt werden, sich mit dem Thema „Fremdsein, Anderssein, Toleranz“ in einem künstlerischen Prozess auseinanderzusetzen. Ziel war es, die Kreativität und Begabung der jungen Menschen zu unterstützen und rechts-extremistischen Einstellungen entgegenzuwirken. Neben Überlegungen zu dem Projekt enthält der Band alle mit einem Preis prämierten Beiträge und die jeweiligen Laudationes. Bestelladresse: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Klosterstraße 47, 10179 Berlin-Mitte, Tel.: 030-90 27-29 13, Fax: 030-90 27-29 21, E-Mail: Manuela.Bohlemann@Seninnsport.Berlin.de

Kongressvorankündigung: Sozialwirtschaft – mehr als Wirtschaft? Das ist die zentrale Fragestellung des sechsten Kongresses der Sozialwirtschaft, der am 14. und 15. Mai 2009 in Magdeburg stattfindet. Der Kongress, der zweijährig von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. in Zusammenarbeit mit der Bank für Sozialwirtschaft und dem NOMOS-Verlag durchgeführt wird, untersucht vor allem die Unterschiede zwischen Wirtschaft und Sozialwirtschaft: Gibt es überhaupt ein „Mehr“ an Sozialwirtschaft? Sind die Unterschiede zur Wirtschaft in den vergangenen Jahren verloren gegangen oder gibt es sie immer noch? Haben der Wettbewerb, die Globalisierung, die Zwänge von Wirtschaftlichkeit, der Kostendruck oder gar Managementfehler alle Unterschiede verschwinden lassen? Das Programm wird Anfang September 2008 unter www.kongress-der-sozialwirtschaft.de zu finden sein. *Quelle: Info 7/08 der Bank für Sozialwirtschaft*

► Soziales

Erwerbsminderungsrenten in Bayern. Rund 22 300 neue Erwerbsminderungsrenten hat die gesetzliche Rentenversicherung in Bayern im Jahr 2007 genehmigt. Davon entfallen allein 7 644 Renten auf psychische Erkrankungen und deren Folgen. Die Rentenbeziehenden waren im Durchschnitt erst rund 47 Jahre alt und erhielten ihre Rente damit deutlich vor dem 65. Lebensjahr. Eine große Rolle spielen für diesen Personenkreis Belastung und Stress am Arbeitsplatz, aber auch, dass das Privatleben in vielen Fällen keinen Ausgleich mehr zulässt. Auffällig bei den Neurennten war der hohe Anteil von Frauen mit psychischen Erkrankungen, was auf die immer noch vorhandene Doppelbelastung mit Beruf und Familie zurückzuführen ist. *Quelle: Mediendienst der Deutschen Rentenversicherung, Arbeitsgemeinschaft Bayern vom 31. Juli 2008*

Armut hat viele Gesichter. Herausforderungen für Kirche und Gesellschaft. Hrsg. Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V. Selbstverlag. Kassel 2008, 31 S., kostenlos *DZI-D-8293*

Diese Broschüre leistet einen Beitrag zur Armutsbewältigung, indem sie die Situation von Menschen in Armut beschreibt, über ihre Lebenslagen informiert und mögliche Hilfen aufzeigt. Zunächst wird anhand statistischer Daten die ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland dargestellt. Besonders stark betroffen seien Kinder und Jugendliche, deren Bildungschancen nicht selten durch die soziale Herkunft beeinträchtigt würden. Ein erhöhtes Armutsrisiko gelte insbesondere auch für alleinerziehende Frauen, Flüchtlinge und ältere Menschen. Die Broschüre verweist zudem auf die Probleme überschuldeter Familien

und wohnungsloser Menschen und schließt mit einer Reihe von Vorschlägen, was Politik und Kirchengemeinden unternehmen können, um die Missstände zu beheben. Bestelladresse: Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V., Postfach 10 10 07, 34010 Kassel, Tel.: 05 61/ 10 95-303, Fax: 05 61/10 95-295, E-Mail: info@dwkw.de

Essen für Bedürftige. Rund 800 000 Menschen werden in Deutschland von den sozialen Hilfsdiensten „Tafeln“ mit Lebensmitteln versorgt. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit steigt die Zahl dieser Menschen weiter an. Die Tafeln füllen eine größer werdende sozialpolitische Lücke, denn immer mehr Arbeitslosengeld Beziehende, Alleinerziehende, Rentenbeziehende und Menschen, die von ihrem Arbeitseinkommen nicht leben können, sind auf dieses Angebot angewiesen. Die Tafeln wurden vor 15 Jahren in Berlin gegründet. Informationen unter www.tafel.de
Quelle: VER.DI PUBLIK 6-7/2008

Jobcenter. In der Frage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen haben sich Bund und Länder darauf geeinigt, das jetzige Modell der Jobcenter beizubehalten. Im Dezember vergangenen Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht die Betreuungspraxis der Jobcenter im Rahmen der Hartz-IV-Reformen für verfassungswidrig erklärt. Konkret ging es um die sogenannten Arbeitsgemeinschaften (Arge), die von den Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam getragen werden. Eine solche Mischverwaltung sei im Grundgesetz nicht vorgesehen. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hat sich nun mit seinen Länderkollegen und -kollegen darauf verständigt, das bisherige Modell der gemeinsamen Zuständigkeit beizubehalten und hierfür das Grundgesetz entsprechen zu ändern.
Quelle: Sozialverband 8.2008

► Gesundheit

Hilfe bei Sucht im Alter. Suchtkrankheiten treten in allen Schichten und Altersklassen auf. Jedoch sind Suchtproblematiken im Alter in der Suchtkrankenhilfe weitgehend unbeachtet. Deshalb widmet sich die Abteilung für Suchtkrankheiten und Psychotherapie der Rheinischen Kliniken Viersen des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) mit der „Gruppe 60 plus“ älteren Menschen mit Alkohol- und Medikamentenproblemen. Nach Angaben der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. sind heute etwa 2 % der über 60-Jährigen alkoholabhängig. Zudem sei bei knapp 10 % der Menschen dieser Altersgruppe ein schädlicher Umgang mit Alkohol erkennbar. Ebenso problematisch ist der Gebrauch psychoaktiver Medikamente und Schmerzmittel: Bei 5 bis 10 % dieser Altersgruppe kann von einer Abhängigkeit gesprochen werden. In Deutschland praktizieren damit rund 3,5 Mio. ältere Männer und Frauen einen riskanten Alkoholkonsum; 1 bis 2 Mio. ältere Menschen haben Suchtprobleme mit psychoaktiven Medikamenten. Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig spezielle Hilfe- und Behandlungsangebote für ältere Menschen sind. Abhängigkeiten haben bei ihnen oft psychische Ursachen. Häufig entstehen die seelischen Probleme durch die Abnahme sozialer Kontakte, das Gefühl der „Nutzlosigkeit“, den Verlust des Partners, der Partnerin oder das Gefühl der Einsamkeit. Nach Angaben des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe leiden 25 % der über 65-Jährigen an einer geistig-seelischen Erkrankung. So bietet zum Beispiel die „Grup-

pe 60 plus“ an den Rheinischen Kliniken Viersen des LVR dieser Zielgruppe die Möglichkeit, ihre Suchtproblematiken gemeinsam zu bewältigen und sich in angstfreier Atmosphäre auszutauschen. *Quelle: Pressemitteilung des LVR vom 24. Juli 2008*

Europäische Datenbank seltener Krankheiten. Unter seltenen Krankheiten versteht man solche Störungen, an denen eine vergleichsweise kleine Zahl von Menschen leidet. In Europa wird eine Krankheit dann als selten klassifiziert, wenn sie höchstens eine unter 2 000 Personen betrifft. Derzeit gibt es zirka 6 500 solcher Krankheiten. Diese sind ernste chronische Erkrankungen, die oft lebensbedrohlich sind. Viele treten schon kurz nach der Geburt oder in der frühen Kindheit durch erste Symptome auf. Bei über 50 % der Betroffenen manifestiert sich die Erkrankung erst im Erwachsenenalter. Oftmals erleben die Patientinnen und Patienten Schwierigkeiten bei der Diagnosestellung, wenn ihre Krankheit durch den Mangel an wissenschaftlichen und medizinischen Kenntnissen nicht erkannt wird. Auch bei der Vermittlung qualifizierter Facheinrichtungen und der Verfügbarkeit relevanter Informationen herrscht großer Bedarf. Für solche Fälle wurde „orphanet“ entwickelt: Die Internetdatenbank informiert über seltene Krankheiten und Orphan Drugs (Arzneimittel für seltene Krankheiten). Das Portal ist öffentlich in sechs Sprachen zugänglich. Es enthält eine von europäischen Fachleuten verfasste Online-Enzyklopädie sowie ein Verzeichnis von Leistungsangeboten für Betroffene und Fachleute. Information: www.orphanet.de *Quelle: Die BKK 7.2008*

Krankheitskosten im Alter. Im Jahr 2006 entstanden bei der älteren Bevölkerung ab 65 Jahren Krankheitskosten von rund 111,1 Mrd. Euro; damit entfielen 47 % der gesamten Krankheitskosten in Deutschland auf ältere Menschen. Über alle Altersgruppen hinweg summieren sich die Krankheitskosten im Jahr 2006 auf einen Betrag von rund 236 Mrd. Euro. Dazu zählen – bis auf die Investitionen im Gesundheitswesen – sämtliche Gesundheitsausgaben, die unmittelbar mit einer medizinischen Heilbehandlung, einer Präventions-, Rehabilitations- oder Pflegemaßnahme verbunden waren. Für die hohen Krankheitskosten im Alter werden von Fachleuten verschiedene Gründe angeführt, wie zum Beispiel das verstärkte Auftreten von Mehrfacherkrankungen, Pflegebedürftigkeit und die intensivere Inanspruchnahme medizinischer und pharmazeutischer Angebote. Verschiedene Studien weisen zudem darauf hin, dass ein Großteil des Ressourcenverbrauchs im letzten Lebensjahr anfällt, unabhängig vom Lebensalter. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 280/08*

DVSG-Konzept zur Pflegeberatung. Für die Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen (DVSG) ist die Beteiligung der Sozialen Arbeit an der Pflegeberatung unerlässlich. Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz definiert eine weit über das Sozialgesetzbuch (SGB) XI hinausgehende Beratung und macht damit deutlich, dass eine rein auf Pflegeaspekte reduzierte Fokussierung den komplexen Lebenslagen der betroffenen Menschen nicht gerecht wird. Daher legt die DVSG ein entsprechendes Konzept vor, das alle notwendigen Aspekte einer Pflegeberatung berücksichtigt. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen in Pflegestützpunkten ist aus Sicht der DVSG

eine stärkere Einbindung der Sozialen Arbeit erforderlich, sowohl auf der individuellen Ebene durch qualifizierte psychosoziale Beratung und Begleitung als auch auf Systemebene bei der Vernetzung und dem Fallmanagement. Das Konzept ist unter www.dvsg.org abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung der DVSG vom 31. Juli 2008*

► Jugend und Familie

Orientierung bei der Suche nach Fördermöglichkeiten.

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe können ab sofort unter www.jugendhilfeportal.de gezielt nach Fördermöglichkeiten und Wegen zur Finanzierung von Projektideen suchen, denn diese Internetseite eröffnet das Angebot, detailliert über Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte, Aktionen und Maßnahmen zu recherchieren. Zusätzlich werden Hinweise auf aktuelle Ausschreibungen und Wettbewerbe gegeben, die der materiellen Unterstützung von Projekten und Aktionen förderlich sind. Das europäische Informationsnetzwerk Eurodesk ergänzt dieses Angebot um eine monatliche Zusammenstellung von Ausschreibungen im Bereich Internationale Jugendarbeit und Europa. *Quelle: Presseinformation der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe vom 18. Juli 2008*

Zukunftsfähigkeit von Kindertageseinrichtungen. In einer aktuellen Stellungnahme kritisiert das Bundesjugendkuratorium (BJK) die deutliche Kluft zwischen den Anforderungen an Kindertageseinrichtungen und den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln. Die zentrale Herausforderung an Kindertageseinrichtungen sieht das BJK in der Herstellung von Chancengerechtigkeit. Es fordert eine differenzierte Finanzierung der Tageseinrichtungen, um dem kompensatorischen Förderbedarf der Kinder gerecht zu werden. Mehr Informationen sind unter www.bundesjugendkuratorium.de zu finden. *Quelle: Mitteilung des Deutschen Jugendinstituts vom 6. August 2008*

Kindeswohl und Kinderrechte. Orientierungen und Impulse aus der UN-Kinderrechtskonvention. Von Jörg Maywald und Reinald Eichholz. Hrsg. AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. Selbstverlag. Hannover 2007, EUR 30,- *DZI-D-8304*

Diese Expertise beleuchtet das Wohl von Kindern unter rechtlichen und pädagogischen Aspekten. Im ersten Teil der Arbeit wird die Bedeutung des Kindeswohls als Leitbild im Bereich der Jugendhilfe dargestellt. Die Autoren beschreiben sowohl die historische Entwicklung der Kinderrechte als auch die Verankerung des Kindeswohls im deutschen Recht, in der UN-Kinderrechtskonvention und in der EU-Grundrechtecharta. Der zweite Teil der Studie beschäftigt sich mit der rechtlichen Sicherung des Kindeswohls und den damit verbundenen Aufgaben für die Rechtsordnung und die politische und fachliche Praxis. Bestelladresse: AFET-Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-40, Fax: 05 11/35 39 91-50, E-Mail: rheinlaender@afet-ev.de

Familienzentren. Der PARITÄTISCHE Sachsen e.V. erweitert sein Beratungsangebot für Kindertageseinrichtungen. Die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen an Familien machen es notwendig, dass sich Kindertagesstätten mehr denn je als Anlaufpunkt für die ganze Familie verstehen. So wird der Verband in einem eigens dafür entwi-

ckelten Projekt diejenigen Einrichtungen beraten, die sich auf den Weg von der herkömmlichen Kita zum Familienzentrum machen wollen. Vorbild dafür sind die englischen Early Excellence Centres, in denen nicht nur das einzelne Kind einen Platz in der Einrichtung hat, sondern die gesamte Familie willkommen ist. Das veränderte Profil der Einrichtungen soll zudem die Familien ansprechen, die aufgrund ihrer Lebenslage einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. *Quelle: Pressemitteilung des PARITÄTISCHEN Sachsen vom 23. Juli 2008*

Kinder- und Jugendpolitik, Kinder- und Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen – Institutionen – Organisationen. Von Stefan Becsky und anderen. Hrsg. IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. Selbstverlag. Bonn 2007, 798 S., EUR 15,00 *DZI-D-8352*

Dieses Handbuch gibt einen Überblick über die kinder- und jugendrelevanten Gesetze in Deutschland sowie die jugendpolitischen Strukturen, Ziele und Maßnahmen des Bundesjugendministeriums und anderer Bundesministerien. In einem Nachschlageteil werden über 400 bundesweit arbeitende Verbände, Institutionen und Fachrichtungen mit ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern und Mitgliedsorganisationen vorgestellt. Damit soll die Arbeit von Fachkräften der Jugendpolitik, Kinder- und Jugendhilfe und Jugendarbeit unterstützt und ein Beitrag für die internationale Zusammenarbeit in den genannten Bereichen geleistet werden.

► Ausbildung und Beruf

Studienförderung. Die Hans-Böckler-Stiftung vergibt mehr Stipendien für Fachhochschulstudierende als jedes andere Begabtenwerk. Von den zurzeit 1570 Böckler-Stipendiatinnen und Stipendiaten – ohne Promotion – sind 411 Fachhochschulstudierende. Das entspricht in etwa der Verteilung aller Studierenden auf Universitäten und Fachhochschulen (4:1). Bei den meisten anderen der insgesamt elf offiziellen Förderwerke sind Studierende an Fachhochschulen deutlich unterrepräsentiert. So unterstützt die größte Geberin, die Studienstiftung des deutschen Volkes, mehr als zwanzigmal so viele Studierende an Universitäten wie an Fachhochschulen (20:1). Die Hans-Böckler-Stiftung hat bereits im Jahr 1984 Studierende an Fachhochschulen in ihr Förderprogramm aufgenommen, während sich die meisten anderen Förderwerke erst in den 1990er-Jahren dafür öffneten, also zwanzig Jahre nach Einführung der Fachhochschulen. Insgesamt werden von den gegenwärtig knapp 2 Mio. Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen rund 17 000 als hochbegabt gefördert. Die Stipendien stammen aus Mitteln des Bundesbildungsministeriums und müssen im Gegensatz zu den Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bei erfolgreichem Berufseinstieg nicht zurückerstattet werden. *Quelle: Mitbestimmung 7-8.2008*

Hebammenausbildung auch an Hochschulen. Die Bundesländer verlangen erweiterte Möglichkeiten bei der Berufsausbildung von Hebammen, Logopäden, Physio- und Ergotherapeuten. Der Bundesrat hat dazu einen Gesetzesentwurf (16/9898) zur Einführung von Modellklauseln in die entsprechenden Berufsgesetze vorgelegt. Danach können die Bundesländer außer an staatlich anerkannten

Schulen an Krankenhäusern Ausbildungen beispielsweise auch an Hochschulen anbieten. Modellerfahrungen von Bund und Ländern sollen als Grundlage für die Weiterentwicklung der Berufsgesetze dienen. Diese ist insbesondere deshalb erforderlich, um die Ausbildungen zu den erwähnten Berufen im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig zu machen. *Quelle: Das Parlament 32.2008*

Jahrbuch Heilpädagogik 2007. Thema Bildung – ein Wegweiser zum Wesentlichen der Heilpädagogik. Hrsg. Fachbereichstag Heilpädagogik. BHP-Verlag. Berlin 2007, 168 S., EUR 14,– *DZI-D-8270*

Das siebte Jahrbuch, das von den im Fachbereichstag Heilpädagogik zusammengeschlossenen Fachhochschulen herausgegeben wird, befasst sich mit dem Thema Bildung, dessen Präsenz in der heilpädagogischen Fachdiskussion verstärkt werden soll. In den einzelnen Beiträgen geht es um den Stellenwert des Bildungsbegriffs in der Heilpädagogik, um das sonderpädagogische Mitwirken im Bereich der Schule und um Möglichkeiten der Persönlichkeits- und Kompetenzbildung im Rahmen der Berufsqualifizierung. Es wird aufgezeigt, dass die Kollegien der Studiengänge Heilpädagogik an den deutschen Hochschulen im Prozess der Auseinandersetzung um eine grundsätzliche Neuorientierung stehen. Bestelladresse: Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V., Bundesgeschäftsstelle, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhpverlag.de

Weiterbildungsangebote in Luzern. Die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit bietet ab dem Wintersemester 2008/2009 neue Weiterbildungsstudien an, und zwar einen Master Arbeitsintegration, das Diploma of Advanced Studies Case Management, das Certificate of Advanced Studies Job-Coaching-Supported Employment und das Certificate of Advanced Studies Soziale Arbeit in der Schule. Information: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, www.weiterbildung.hslu.ch/sozialarbeit

Tagungskalender

15.-16.10.2008 Berlin. Fachtagung: Kinder in Deutschland. Eine Bilanz empirischer Studien. Information: Deutsches Jugendinstitut e.V., Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Nockherstraße 2, 81541, Tel.: 089/623 06-244, E-Mail: weber@dji.de

22.10.2008 Düsseldorf. Fachtagung: Mediation in Adoptiv- und Pflegefamilien. Information: Evangelischer Verein für Adoptions- und Pflegekindervermittlung Rheinland e.V., Einbrunner Straße 66, 40489 Düsseldorf, Tel.: 02 11/40 87 95-0, Fax: 02 11/40 87 95-26

24.-25.10.2008 Dillingen. Fachtagung: Schule und Bürgerengagement. Bildung gemeinsam gestalten. Information: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Gostenhofer Hauptstraße 63, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98 21, Internet: www.wir-fuer-uns.de

30.10.2008 Ulm. Fachforum „ZivilEngagement und Bürgergesellschaft. Zwischen Gemeinwohl und Wirtschaftlichkeit. Information: Caritas Ulm, Baldingerweg 4, 89073 Ulm, Tel. 07 31/140 18 44, E-Mail: lencz@caritas-ulm.de

3.-4.11.2008 Bonn. Seminar: Führen, Leiten und Begleiten – Kompetenzentwicklung für Führungskräfte in Suchteinrichtungen. Information Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, E-Mail: service@sucht.de

5.-6.11.2008 Kassel. Fachtagung: „Ich will einmal einen Job haben – eine gute, feste Arbeit“. Übergänge von der Schule in den Beruf schaffen. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-11, E-Mail: c.schaper@erev.de

10.-12.11.2008 Bielefeld. DHS-Fachkonferenz SUCHT: Sucht, Abhängigkeit, exzessives Verhalten – Zustände und Zuständigkeiten. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/ 90 15-0, E-Mail: info@dhs.de

13.-14.11.2008 Luzern/Schweiz. Internationaler Kongress: Rescaling of Social Welfare Policies 2005-2008. Information: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit. Internet: www.hslu.ch/veranstaltungen-sozialarbeit

14.-15.11.2008 Merseburg. Fachtagung: Mindestens sieben Möglichkeiten – die Vielfalt systemischer Sozialarbeit. Information: Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit. Medien.Kultur, Geusaer Straße, 06217 Merseburg, Tel.: 034 61/46-2231, E-Mail: johannes@herwig-lempp.de

Bibliographie Zeitschriften

1.00 Sozialphilosophie/ Sozialgeschichte

Haug, Frigga: Die radikale Neukonzeption der vier verknüpften Lebensbereiche: Eine utopisch-visionäre Sozialtheorie von Gesellschaft. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 38-40. *DZI-2220z*
Lanfermann, Agnes: Geistliche Begleitung auf dem Weg zu gelingendem Leben: Impulse aus dem Ordensleben heute. - In: Wege zum Menschen ; Jg. 60, 2008, Nr. 4, S. 344-353. *DZI-0376*
Spatscheck, Christian: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession: Begründung und Umsetzung eines professionellen Konzeptes. - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 6-9. *DZI-2599z*

2.01 Staat/Gesellschaft

Heetderks, Gerrit: Für, mit und von Ältere(n): Neue Rollenprofile von hauptamtlich und freiwillig Tätigen in der sozialen und kulturellen Arbeit. - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 22-25. *DZI-2599z*
Legnaro, Aldo: Betrug als aufklärerische Veranstaltung? - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 2, S. 137-141. *DZI-2272*
Martens, Helmut: Industriesoziologie – Ende der Debatte heißt nicht Ende der Krise: Ein Überblicksartikel. - In: Soziale Welt ; Jg. 59, 2008, Nr. 1, S. 79-100. *DZI-0169*
Moncrieff, Joanna: Steht die Psychiatrie zum Verkauf an? Eine Untersuchung zum Einfluss der pharmazeutischen Industrie auf die Psychiatrie als Wissenschaft und Praxis. - In: Sozialpsychiatrische Informationen und Jg. 38, 2008, Nr. 2, S. 8-18. *DZI-2671*
Peschel-Gutzeit, Lore Maria: Neue gesetzliche Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Kinder. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 47-51. *DZI-3047*
Simon, Titus: „Auch Neonazis haben Anspruch auf Jugendhilfe“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 13-15. *DZI-2220z*
Stolle, Peer: Die aktuellen Terrorismus-Verfahren und ihre Folgen: Eine erste Bestandsaufnahme. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 2, S. 123-136. *DZI-2272*

2.02 Sozialpolitik

Bechtel, Peter: „Wir müssen den Deutschen Pflegerat schlagkräftiger machen“. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 31, 2008, Nr. 151, S. 20-21. *DZI-2674*

Bock-Famulla, Kathrin: Länderreport frühkindlicher Bildungssysteme. - In: Welt des Kindes ; Jg. 86, 2008, Nr. 3, S. 19-22. *DZI-3046*

Feil, Michael: Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik nach der Wiedervereinigung. - In: Zeitschrift für Sozialreform ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 161-185. *DZI-0179*

Jesse, Jörg: Respekt, Transparenz und Konsequenz: Gedanken zur sozialen Sicherheit. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 114-116. *DZI-0311*

Klose, Roland: Arme Kinder bleiben arm. - In: Diakonie Magazin ; 2008, Nr. 2, S. 24-25. *DZI-0039z*

Kruse, Udo: Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA): Gesetzliche Vorschriften und ihre Umsetzung in der GKV. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 62, 2008, Nr. 4, S. 97-105. *DZI-0107*

Liebig, Stefan: Leistungs- oder Bedarfsgerechtigkeit? Über einen normativen Zielkonflikt des Wohlfahrtsstaats und seiner Bedeutung für die Bewertung des eigenen Erwerbseinkommens. - In: Soziale Welt ; Jg. 59, 2008, Nr. 1, S. 7-30. *DZI-0169*

Mohr, Katrin: Creeping Convergence: Wandel der Arbeitsmarktpolitik in Großbritannien und Deutschland. - In: Zeitschrift für Sozialreform ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 187-207. *DZI-0179*

Scherer, Peter A.: Großbaustelle Kita. - In: Welt des Kindes ; Jg. 86, 2008, Nr. 3, S. 8-11. *DZI-3046*

Uebelhart, Beat: An der Schnittstelle von Sozialarbeit und Politik: Soziale Arbeit als Mitgestalterin gesellschaftlicher Modellierung – das Beispiel einer interregionalen Jugendpolitik. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 29-31. *DZI-2220z*

2.03 Leben/Arbeit/Beruf

Abmann, Annina: Verwertung beruflicher Qualifikationen bei ausgebildeten Fachkräften. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 34-35. *DZI-2660z*

Blosser, Ursula: „Wer nie Neues integriert, verhardt ewig am selben Ort“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 8-9. *DZI-2220z*

Bott, Peter: Arbeitsmarktpagnosen: Trends, Möglichkeiten und Grenzen. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 9-13. *DZI-2660z*

Grundger, Fritz: Sozialarbeit angesichts neuer Armut und Ausschließung: Ein französischer Appell zur Neuorientierung. - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 16-27. *DZI-3032z*

Hauff, Sven: Zwischen Flexibilität und Sicherheit: Zur aktuellen Entwicklung von Werten in der Arbeitswelt. - In: So-

ziale Welt ; Jg. 59, 2008, Nr. 1, S. 53-74. *DZI-0169*

Kolata, Holm: Pflegepersonalbemessung unter DRG-Bedingungen. - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 3-9. *DZI-3032z*

Meier-Gräwe, Uta: Armut von Kindern in der Wohlstandsgesellschaft. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 35-40. *DZI-3047*

Spindler, Charlotte: Damit in Konflikten niemand als Verlierer dasteht. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 10-12. *DZI-2220z*

Stertz, Andrea: AusbildungPlus: Aktuelle Qualifikationstrends. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 31-33. *DZI-2660z*

3.00 Institutionen und Träger sozialer Maßnahmen

Ackermann-Siegle, Andrea: Katamnese von Patienten einer teilstationären Drogenrehabilitationseinrichtung. - In: Sucht ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 72-77. *DZI-0964z*

Becker, Rainer: Hilfe und Schutz für vernachlässigte und misshandelte Kinder: Das unausgeschöpfte Potenzial der Polizei. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2008, Nr. 5, S. 185-189. *DZI-3026z*

Gaupp, Nora: (Um-)Wege von Jugendlichen von der Hauptschule in die Berufsausbildung. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 24-28. *DZI-2660z*

Hüllinghorst, Rolf: Vor 40 Jahren – Urteil des Bundessozialgerichtes „Trunksucht ist Krankheit im Sinne der RVO“. - In: Sucht ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 66-68. *DZI-0964z*

Möhring-Hesse, Matthias: Verbetriebswirtschaftlichung und Verstaatlichung: Die Entwicklung der Sozialen Dienste und der Freien Wohlfahrtspflege. - In: Zeitschrift für Sozialreform ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 141-160. *DZI-0179*

Oberschür, Beate: Lücken schließen durch Qualitätspartnerschaft. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 31, 2008, Nr. 151, S. 24-25. *DZI-2674*

Schulze-Weigmann, Volker: Die Doppelte Machtumkehr: Dumm – ein neues Konzept zur Selbstentmachtung von Assistenten in sozialen Einrichtungen. - In: Geistige Behinderung ; Jg. 47, 2008, Nr. 2, S. 118-126. *DZI-1302z*

Ziemann, Tobias: Von der Macht in der Kirche. - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 43-52. *DZI-3032z*

4.00 Sozialberufe/ Soziale Tätigkeit

Manthey-Gutenberger, Tanja: Interkulturelle Kompetenz der Pädagogen: Unterschätzte Qualifikation in der

Schule? - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 63-70. *DZI-3032z*

Richter, Eva: Kontrolle Made in Germany: 24-Stunden-Pflege. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 31, 2008, Nr. 151, S. 22-23. *DZI-2674*

Schubert, Torben: How lazy are university professors really: a not so seriously meant note on observations made during an online inquiry. - In: Soziale Welt ; Jg. 59, 2008, Nr. 1, S. 75-78. *DZI-0169*

5.01 Sozialwissenschaft / Sozialforschung

Bung, Jochen: Neurokriminologie, Psychopathie und Volkspsychologie. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 2, S. 97-109. *DZI-2272*

Bylinski, Ursula: Kompetenzen feststellen – Kompetenzen entwickeln: Verfahren und Qualitätsstandards. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 44-47. *DZI-2660z*

Herz, Otto: Vom Kopf auf die Füße: Plädoyer für einen Paradigmenwechsel zur Befreiung des Lernens oder vom Piss-Schock zur Nachbarschaftsschule. - In: Rundbrief ; Jg. 44, 2008, Nr. 1, S. 4-10. *DZI-0956*

Vercrüße, Jürgen: Technische Sicherung von Justizvollzugsanstalten. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 106-107. *DZI-0311*

5.02 Medizin/Psychiatrie

Bschor, Tom: Antidepressiva: Mythen und Fakten. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 38, 2008, Nr. 2, S. 24-28. *DZI-2671*

Finzen, Asmus: Der Zeitgeist ist nicht doppelblind: Über die wechselhafte Bewertung von Psychopharmakawirkungen in fünf Jahrzehnten. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 38, 2008, Nr. 2, S. 2-8. *DZI-2671*

5.03 Psychologie

Hédervári-Heller, Éva: Frühkindliche Entwicklung und Störungen der Verhaltensregulation: Theoretische Überlegungen und Behandlungsmöglichkeiten. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 19-26. *DZI-3047*

Huber-Rudolf, Barbara: In Liebe vereint – im Glauben getrennt: Ein Projekt zur Begleitung religionsverschiedener Paare. - In: Wege zum Menschen ; Jg. 60, 2008, Nr. 4, S. 371-380. *DZI-0376*

Oesterheld, Peter: Planspiel zur Bewältigung einer Geiselnahme in einer Justizvollzugsanstalt des Landes NRW. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 108-110. *DZI-0311*

Zumbeck, Sybille: Ein integriertes kognitiv-verhaltenstherapeutisches Gruppenprogramm für die Doppeldiagnose „Sucht und Depression“: Untersuchung

der Akzeptanz und Wirksamkeit Pilotstudie. - In: Sucht ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 101-107. *DZI-0964z*

5.04 Erziehungswissenschaft

Bauer, Petra: Der verdachtsgeleitete Blick: Sozialpädagogische Familienbilder vor dem Hintergrund von Kinderschutz. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 26-28. *DZI-2220z*

Deniz, Cengiz: Internationaler Austausch als Innovation für die Soziale Arbeit. - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 80-82. *DZI-3032z*

Fritsch, Petra: Auch Erzieherinnen brauchen eine Lobby! - In: Welt des Kindes ; Jg. 86, 2008, Nr. 3, S. 13-15. *DZI-3046*

Studer, Tobias: Transformationen im Bildungssystem: Begabtenförderung und Gewalt an Schulen aus bildungssoziologischer Perspektive. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 34-36. *DZI-2220z*

Viernickel, Susanne: Themen und Trends in der Frühpädagogik: Zehn Jahre Zeitschrift Frühe Kindheit. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 27-34. *DZI-3047*

5.05 Soziologie

Fuhse, Jan Arendt: Gibt es eine Phänomenologische Netzwerktheorie? Geschichte, Netzwerk und Identität. - In: Soziale Welt ; Jg. 59, 2008, Nr. 1, S. 31-52. *DZI-0169*

Jung, Dörthe: Fachkräfte mit Migrationshintergrund: Übergänge vom Studium in den Beruf begleiten. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 29-30. *DZI-2660z*

5.06 Recht

Gensing, Andrea: Abschiebungshaft in Deutschland. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 123-125. *DZI-0311*

Heinz, Dirk: Die Aufhebung von Verwaltungsakten nach dem Sozialgesetzbuch X unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsentwicklung im Bereich der Existenzsicherung. - In: Wege zur Sozialversicherung ; Jg. 62, 2008, Nr. 4, S. 105-117. *DZI-0107*

Puhlmann, Angelika: Ausbildung in Teilzeit: Projekterfahrungen zur Vereinbarkeit von Berufsausbildung und Familie. - In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis ; Jg. 37, 2008, Nr. 3, S. 40-43. *DZI-2660z*

Rakete-Dombek, Ingeborg: Familienrecht im Wandel. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 41-46. *DZI-3047*

Schlichting, Helga: Kinder und Jugendliche mit Sondernernährung: Eine Herausforderung an Schulen für Geistigbehinderte. - In: Geistige Behinderung ; Jg. 47, 2008, Nr. 2, S. 159-168. *DZI-1302z*

Wiesner, Reinhard: Kinderrechte in die Verfassung?! - In: Zeitschrift für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe ; 2008, Nr. 6, S. 225-229. *DZI-3026z*

6.00 Theorie der Sozialen Arbeit

Binggeli, Ursula: Ein Kristallisationspunkt für aktuelle Debatten: Blitzlichter auf den ersten Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 16-19. *DZI-2220z*

Bundschuh-Schramm, Christiane: Der personenzentrierte Ansatz und die Tradition der Geistlichen Begleitung: Plädoyer für eine Annäherung zwischen Seelsorge und Geistlicher Begleitung. - In: Wege zum Menschen ; Jg. 60, 2008, Nr. 4, S. 334-343. *DZI-0376*

Köster, Dietmar: Qualität: Ein Thema für die SeniorInnenarbeit und Altersbildung? - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 18-21. *DZI-2599z*

Preiß-Allesch, Dagmar: Neue Perspektiven der Sozialen Arbeit durch europäische Projekte und interkulturelles Lernen im Rahmen des Studiums. - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 71-79. *DZI-3032z*

6.01 Methoden der Sozialen Arbeit

Konerding, Uwe: Innerschulische Prävention des Rauchens durch Lebenskompetenzförderung: Eine empirische Evaluation. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 4, S. 239-249. *DZI-0021z*

Richter, Eva: Pflegestützpunkte: Länder entscheiden, Kassen zahlen. - In: Forum Sozialstation ; Jg. 31, 2008, Nr. 151, S. 12-14. *DZI-2674*

Schwarze, Uwe: Nachhaltige Sozialpolitik am Beispiel der Schuldnerberatung: Ziele, Qualitätsmerkmale und Vergleichsgrößen vor dem Hintergrund von Qualitätssicherung und Benchmarking – Teil 1. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 5, S. 214-219. *DZI-0044*

Textor, Martin R.: SGB VIII – ein großer neuer Reformbedarf: Das System der Kindertagesbetreuung gerecht machen. - In: Zeitschrift für Kinderschutzrecht und Jugendhilfe ; 2008, Nr. 6, S. 239-241. *DZI-3026z*

Trojan, A.: Zur Frage des volkswirtschaftlichen Nutzens der Leistungen von Selbsthilfegruppen. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 4, S. 219-230. *DZI-0021z*

6.02 Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit

Carls, Christian: Kompetenz oder Defizit? Leitbildjargon in der Seniorenarbeit.

- In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 12-14. *DZI-2599z*

Müller, Burkhard: Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit: Ergebnisse eines Forschungsprojektes. - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 38-41. *DZI-2599z*

6.04 Jugendhilfe

Borgmann, Nicole: Chemie im Kindergarten. - In: Welt des Kindes ; Jg. 86, 2008, Nr. 3, S. 32-34. *DZI-3046*

Nüksen, Dirk: Wirkungsorientierte Qualifizierung: Hintergründe, Aspekte und Einblicke in das Bundesmodellprogramm Wirkungsorientierte Jugendhilfe. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2008, Nr. 6, S. 232-238. *DZI-3026z*

Peltz, Cornelius: Demokratie ist POP: Jugendbildung für Respekt und Courage. - In: Deutsche Jugend ; Jg. 56, 2008, Nr. 5, S. 218-225. *DZI-0734*

Strätz, Rainer: Das Kinderhaus der Zukunft. - In: Welt des Kindes ; Jg. 86, 2008, Nr. 3, S. 23-25. *DZI-3046*

6.05 Gesundheitshilfe

Ribbert-Elias, Jürgen: Gesundheit – höchstes Gut? Erfahrungen der St. Vincenz-Gesellschaft in Ahlen in und mit der „Woche für das Leben“ 2008. - In: Krankendienst ; Jg. 81, 2008, Nr. 6, S. 179-182. *DZI-0334*

Schröder, Jürgen: Gesundheitsförderung durch Sport. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 130-134. *DZI-0311*

Thyen, Ute: Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge für Kinder: Neue Aufgaben der Kinder- und Jugendmedizin. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 12-18. *DZI-3047*

7.01 Kinder

Eckert, Andreas: Ressourcen und Bedürfnisse im familiären Leben: Ergebnisse einer Befragung der Eltern von Kindern mit einer geistigen Behinderung. - In: Geistige Behinderung ; Jg. 47, 2008, Nr. 2, S. 137-147. *DZI-1302z*

Resch, Franz: „Das Kind strahlt von Beginn an seinen Willen in die Welt“. - In: Frühe Kindheit ; Jg. 11, 2008, Nr. 2, S. 54-57. *DZI-3047*

7.02 Jugendliche

Kämel, Heike: „Qualität hat ihren Preis“: Jugend-Freizeit-Arbeit zwischen Qualität und Effizienz. - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 42-45. *DZI-2599z*

7.04 Ehe/Familie/ Partnerbeziehung

Binschus, Wolfgang: Wer ist mein Vater? Neue Regelungen und Rechtsprechung zur Klärung der Vaterschaft. - In: Zeitschrift für das Fürsorgewesen ; Jg. 60, 2008, Nr. 6, S. 132-134. *DZI-0167*

Wolff, Reinhart: Gemeinsam mit den Eltern lernen: Reinhart Wolff im Gespräch über sein Modell „Dialogisches Coaching und Konfliktmanagement für Eltern und Fachkräfte“. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 48-49. *DZI-2220z*

7.05 Migranten

Riedi, Anna Maria: Jenseits von Milieu und Migration: Integrationsarbeit mit marginalisierten Jugendlichen. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 32-33. *DZI-2220z*

7.06 Arbeitslose

Klauffke, Martin: Ideenwettbewerb fördert Innovationen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Ergebnisse der Evaluation des Wettbewerbs Deutscher Förderpreis „Jugend in Arbeit“. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 5, S. 226-230. *DZI-0044*

Wrackmeyer, Antje: Arbeitslosigkeit und Gesundheit. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 5, S. 191-193. *DZI-0044*

7.07 Straffällige / Straftatlassene

Kemper, Andrea: Flexible Alltagstheorien und normative Fehlkonstruktionen: Bericht über ein Forschungsprojekt zu § 64 StGB. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 2, S. 110-122. *DZI-2272*

Kutschmann, Jens: Maßregelvollzug: Mit Sicherheit (kein Geschäft). - In: Forum Gesundheit und Soziales ; Jg. 03, 2008, Nr. 5, S. 10-15. *DZI-3032z*

Ruhne, Renate: Kriminalität und Raum: Das Projekt einer „kritischen Kriminalgeographie“. - In: Kriminologisches Journal ; Jg. 40, 2008, Nr. 2, S. 142-145. *DZI-2272*

Stumpf, Michael: Sicherheit im Justizvollzug. - In: Forum Strafvollzug ; Jg. 57, 2008, Nr. 3, S. 103-105. *DZI-0311*

7.08 Weitere Zielgruppen

Klamroth, Kerstin: Das trostlose und erfüllte Leben der Karin P. - In: Diakonie Magazin ; 2008, Nr. 2, S. 26-29. *DZI-0039z*

7.09 Kriegsoffer / Opfer von Gewalttaten

Balloff, Rainer: Stalking und Kinder: Kindeswohl, Sorge- und Umgangsrecht. - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe ; 2008, Nr. 5, S. 190-195. *DZI-3026z*

7.10 Behinderte / kranke Menschen

Becker, Wolfgang: Langzeitmedikation

schizophrener Psychosen in einem psychiatrischen Pflegeheim. - In: Sozialpsychiatrische Informationen ; Jg. 38, 2008, Nr. 2, S. 28-32. *DZI-2671*

Lorenz, Julia: Eltern mit geistiger Behinderung: Rechtliche Rahmenbedingungen eines Zusammenlebens von Eltern und Kindern. - In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge ; Jg. 88, 2008, Nr. 5, S. 208-213. *DZI-0044*

Miksks, Antje: Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lebensqualität von Typ-2-Diabetikern mit und ohne DMP-Einschreibung. - In: Das Gesundheitswesen ; Jg. 70, 2008, Nr. 4, S. 250-255. *DZI-0021z*

Schornstein, Katrin: Dialektisch-Behaviorale Therapie bei Patienten mit Alkoholabhängigkeit und komorbider Borderline-Persönlichkeitsstörung: Erste Ergebnisse einer Pilotstudie. - In: Sucht ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 86-94. *DZI-0964z*

Theunissen, Georg: Geistige Behinderung und Lernbehinderung: Zwei inzwischen umstrittene Begriffe in der Diskussion. - In: Geistige Behinderung ; Jg. 47, 2008, Nr. 2, S. 127-136. *DZI-1302z*

7.11 Abhängige / Süchtige

Batra, Anil: Qualitätsmerkmale von Raucherbehandlungen: Die Notwendigkeit für definierte Standards. - In: Sucht ; Jg. 54, 2008, Nr. 2, S. 95-100. *DZI-0964z*

Sennekamp, Winfried: Evaluation eines Unterstützungsangebots für Menschen mit geistiger Behinderung und Suchtproblemen. - In: Geistige Behinderung ; Jg. 47, 2008, Nr. 2, S. 148-158. *DZI-1302z*

7.13 Alte Menschen

Graf, Hans Peter: Autonomie und Lebensqualität erhalten: Wohnen im Alter – ein neuer Aufgabenbereich für die Sozialberatung. - In: Sozial Aktuell ; Jg. 40, 2008, Nr. 5, S. 36-37. *DZI-2220z*

Kolland, Franz: Lebenslanges Lernen und soziale Ausgrenzung: Bildungsarmut im Alter. - In: Sozial extra ; Jg. 32, 2008, Nr. 5/6, S. 15-17. *DZI-2599z*

Die Zeitschriftenbibliographie ist ein aktueller Ausschnitt unserer monatlichen Literaturdokumentation. Die Bibliothek des DZI kann Ihnen die ausgewiesenen Artikel zur Verfügung stellen.
Telefon 030/83 90 01-13
Fax 030/831 47 50
E-Mail bibliothek@dzi.de

Private Spenden für Kultur. Bestandsaufnahme, Analyse, Perspektiven. Von Rainer Sprengel und Rupert Graf Strachwitz. Lucius & Lucius. Stuttgart 2008, 115 S., EUR 34,– *DZI-D-9755*

Dieses Buch veröffentlicht ein wissenschaftliches Gutachten, das im Auftrag der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags vom Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin erstellt wurde. Anhand einer Sekundärauswertung bereits vorhandener Daten untersuchen die Autoren das private Spenden im Kulturbereich unter Einbeziehung der Zeitspenden. Die Studie beginnt mit einer Beschreibung der angewandten Methodologie und einer Darstellung einzelner statistischer Untersuchungen, ergänzt durch vertiefende Analysen und Einschätzungen der jeweiligen Befunde. Zudem befassen sich die Autoren auch mit strukturellen und politischen Einflüssen auf das Verhalten von Spendenden, wie zum Beispiel der deutschen Wiedervereinigung, dem demographischen Wandel oder der Globalisierung, mit den vorherrschenden Spendentrends und der Situation in anderen europäischen Ländern und den USA. Am Ende des Buches findet sich eine Reihe von Handlungsempfehlungen für die Optimierung des Spendenwesens.

Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit. Hrsg. Karin Sanders und Hans-Ulrich Weth. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, 225 S., EUR 39,90 *DZI-D-8324*

Die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Armut wurde in den letzten Jahren intensiviert, denn die Armutsquote in Deutschland ist gestiegen und die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich weiter vertieft. Mit diesem Problem befassen sich die vorliegenden Beiträge, die sich aus multidisziplinärer Perspektive in den Diskurs um Armut, Ausgrenzung und Teilhabe einbringen, um einzelne Teilaspekte zu untersuchen. Als Einstieg werden aus volkswirtschaftlicher und politikwissenschaftlicher Sicht die ökonomischen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen betrachtet. Dies betrifft beispielsweise Themen wie Neoliberalismus, Reichtumsforschung und Sozialabbau. Ferner geht es um das Gesundheitssystem, die Lebenslagen und Zukunftschancen von Kindern, das Problem der privaten Überschuldung sowie Strategien der Beschäftigungsförderung und Hartz IV. Der Sammelband schließt mit Überlegungen zur Verteilungsgerechtigkeit aus theologischer Sicht und einem Bericht über Kinderhilfsprojekte in der kolumbianischen Küstenstadt Barranquilla.

Gesundheitsförderung in der Schule. Empowerment als systemtheoretisches Konzept und seine empirische Umsetzung. Von Wolfgang Dür. Verlag Hans Huber. Bern 2008, 264 S., EUR 29,95 *DZI-D-8339*

Internationale Untersuchungen zeigen, dass sich der Gesundheitszustand von Schülerinnen und Schülern in

Westeuropa und den USA in den letzten 20 Jahren verschlechtert hat. Vor diesem Hintergrund befasst sich die vorliegende Studie mit einer Sekundäranalyse empirischer Daten, um sich mit Fragen der Gesundheitsförderung in der Schule auseinanderzusetzen. Nach einer Einführung in das Thema und die systemtheoretischen Grundlagen folgt eine Betrachtung der Erziehung als soziales System, wobei auch verschiedene Lerntheorien vorgestellt werden. Anschließend beschreibt der Autor die Zusammenhänge zwischen den Maßnahmen der Gesundheitsförderung und der Strategie des Empowerment, der Befähigung zur selbstständigen Gestaltung der sozialen Lebenswelt. Diese betrachtet er als idealen Weg zur Umsetzung von Gesundheitserziehung an den Schulen. Im Übrigen sei es empfehlenswert, gesundheitsfördernde Strategien auch in die Prozesse der Schulentwicklung einzubeziehen. Die Arbeit schließt mit einem Vergleich dreier Schulen hinsichtlich der Faktoren Empowerment, Gesundheit, Schichtzugehörigkeit und einem Resümee der gewonnenen Ergebnisse.

Die Pädagogik der Kinder- und Jugendarbeit. Von Peter Cloos und anderen. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 319 S., EUR 29,90 *DZI-D-8342*

Diese Studie präsentiert Ergebnisse eines Forschungsprojekts, das in den Jahren 2004 bis 2007 an den Universitäten Hildesheim und Kassel realisiert wurde. Ziel war es, die Eigenart der einrichtungsbezogenen Kinder- und Jugendarbeit in Jugendhäusern, Jugendzentren und Häusern der offenen Tür als pädagogisches Handlungsfeld empirisch dicht zu beschreiben. Zu diesem Zweck erfolgte zum Beispiel eine Auswertung von Homepages und Interviews mit pädagogischem Personal, Kindern und Jugendlichen. Der erste Teil der Arbeit beleuchtet diejenigen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe, die mit der Absicht verbunden sind, Zugehörigkeit im Sinne eines gemeinsamen Handlungsraums herzustellen. Ferner geht es um Möglichkeiten der kommunikativen Gestaltung und um konstitutive Regeln der Jugendarbeit. Zum Schluss folgt ein Kapitel zum Thema der Arbeitsbeziehungen zwischen den Fachkräften und den Jugendlichen. Das Buch wendet sich an Praktizierende, Lehrende und Studierende der Sozialen Arbeit sowie an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Erziehungswissenschaft.

Pflegevisite für Menschen mit Demenz. Praxisbeispiele und Arbeitshilfe. Von Christina Kuhn und anderen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 84 S., EUR 12,90 *DZI-D-8355*

Diese Veröffentlichung beschreibt ein neues Modell der Pflegevisite, das von der Evangelischen Heimstiftung Johanniterstift Plochingen entwickelt wurde und dort seit fünf Jahren Anwendung findet. Konzipiert wurde es für Menschen mit Demenz, es eignet sich aber auch allgemein für alle zu betreuenden Personen. Das Buch beginnt mit Informationen zur Einrichtungsstruktur des Johanniterstifts und zu den Möglichkeiten der Teilnahme Betroffener und Angehöriger bei der Pflegevisite. Die ausführliche Darstellung des Projekts umfasst dessen einzelne Ziele, Aufgaben, Maßnahmen und Rahmenbedingungen und beinhaltet zudem auch unterschiedliche Aspekte des Pflegevisitengesprächs, wie zum Beispiel Rollenverteilung, Gesprächsstruktur und Informationsverarbeitung. Darüber hinaus werden

anhand überprüfbarer Ergebnisse die Potenziale der Pflegevisite untersucht, ergänzt durch Einschätzungen seitens der Angehörigen und Mitarbeitenden. Abschließend folgen Hinweise zur Übertragung des Modells und zur Fachliteratur sowie Pflegevisitenformulare zur Beurteilung der Pflegequalität.

Die 100 wichtigsten Fragen zu Tod und Trauer. Von Georg Schwikart. Gütersloher Verlagshaus. Gütersloh 2008, 152 S., EUR 14,95 *DZI-D-8366*

Dieses Buch befasst sich mit den Fragen, die bei einem Todesfall auftreten können. Zunächst geht es um die Aufgaben der Angehörigen direkt nach dem Trauerereignis. Ferner beschreibt der Autor die jeweiligen Modalitäten einzelner Formen der Bestattung. Hier werden kurz Traditionen anderer Weltreligionen wie Hinduismus, Buddhismus, Judentum und Islam vorgestellt. Anschließend folgen Informationen zur Gestaltung der Trauerfeier und des Begräbnisses, zum Beispiel auch im Hinblick auf kirchliches Brauchtum, Totenmesse und Trauergespräch. Das letzte Kapitel befasst sich mit Fragen des Trauerns und dessen Ausdruck in verschiedenen Kulturen sowie mit religiösen Vorstellungen des Jenseits.

Mut zur kleinen Tat. Das Evangelische Johannesstift 1858-2008. Von Helmut Bräutigam. Wichern-Verlag. Berlin 2008, 432 S., EUR 29,80 *DZI-D-8369*

Dieser Rückblick anlässlich des 150-jährigen Gründungsjubiläums des Evangelischen Johannesstifts liefert eine umfassende Geschichte dieses Hauses, das unter der Lei-

tung des Theologen und Sozialreformers Johann Hinrich Wichern gegründet wurde. Der Anfangsteil des Buches beschreibt die Zeit von 1858 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Zunächst war das Stift ein Provisorium, bis im Jahr 1864 eine Einrichtung in Berlin-Plötzensee aufgebaut wurde, die im Jahr 1910 nach Berlin-Spandau übersiedelte. Die Dokumentation der Zeitspanne von der Weimarer Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs umfasst im Einzelnen den Umbau in den Jahren 1918 bis 1933 und die Schwierigkeiten während des Nationalsozialismus. Abschließend werden die Nachkriegsprobleme sowie Modernisierungen und Innovationen im Zeitraum von 1945 bis zur Gegenwart beleuchtet. Der Anhang enthält eine Bibliographie, Standortkarten und eine Chronologie der Institution.

Systemische Gesundheitsförderung. Gesundheit gemeinsam gestalten – Band 3. Hrsg. Eberhard Göpel und die GesundheitsAkademie e.V. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 319 S., EUR 24,80 *DZI-D-8360*

Mit dem systemischen Konzept wird in diesem Sammelband die Leitidee einer partizipativen Gesundheitsförderung konkretisiert, wobei als Handlungsorte die kommunalen Lebenswelten im Mittelpunkt stehen. Auf eine kurze Einleitung folgt eine Reihe von Gedanken zu in diesem Zusammenhang wichtigen Themen, wie etwa die Ottawa-Charta, die soziale Infrastruktur und die soziale Gerechtigkeit. Im Übrigen geht es um die praktische Umsetzung der systemischen Gesundheitsförderung, beispielsweise in Bezug auf Vernetzung, Arbeitswelt, Prävention und kom-

Wir denken weiter.

Zum Beispiel mit qualitätsorientiertem Benchmarking.

Vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen sondern nutzen Sie die größte deutsche Datenbasis für Benchmarking-Projekte der Sozialwirtschaft. Unsere Betriebsvergleiche zeigen die Maßstäbe.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.



Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**

munales Projektmanagement. Die weitere Untersuchung befasst sich mit der Qualifizierung von Fachkräften in den Gesundheitsberufen und den Möglichkeiten der Zukunftsforschung, ergänzt durch Vorschläge zu Politik und Praxis nachhaltiger Gesundheitsförderung. Das Buch eignet sich als Einführung für die entsprechenden Fachkräfte und schließt mit einer Zusammenstellung wichtiger Kontaktadressen, Literaturhinweise und Web-Links.

Jugend engagiert sich: sozial – ökologisch – kulturell. Praxisberichte und Anregungen zur Förderung des lokalen Jugendmanagements. Hrsg. Karin-Anne Böttcher und Martin Link. Juventa Verlag. Weinheim 2008, 216 S., EUR 18,– *DZI-D-8370*

Dieses Buch bietet eine umfassende Beschreibung des Projekts „jes – Jugend engagiert sich“, mit dem die Landestiftung Baden-Württemberg flexible Formen von freiwilligem Jugendengagement schuf, wie es sich auch neben Schule und Beruf gestalten lässt. Der Band beginnt mit einer Einleitung zum gesellschaftlichen Engagement von Jugendlichen und zur Entstehung und Zielrichtung des jes-Projekts. Es folgt eine Darstellung verschiedener Teilbereiche dieses Projekts, wie zum Beispiel Soziales, Kultur, Ökologie und Politik, Jugendengagement für Kinder und die Arbeit mit Flüchtlingen. Die Untersuchung befasst sich auch mit den Möglichkeiten der Kooperation zwischen den Jugendprojekten und privatwirtschaftlichen Unternehmen. Abschließend werden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des jes-Projekts und die Perspektiven für Nachfolgeprojekte in den Blick genommen, ergänzt durch eine Dokumentation ausgewählter Einzelprojekte und eine Liste von Internet-Adressen für die Jugendengagementförderung.

Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Jugendliche nach § 35a SGB VIII im Verhältnis zu konkurrierenden Leistungen nach dem (Sozial-)Leistungsrecht. Von Clarita Schwengers. Richard Boorberg Verlag. Stuttgart 2007, 382 S., EUR 68,– *DZI-D-8373*

Diese Dissertation befasst sich mit einer Reihe von Eingliederungshilfen, die für von seelischen Behinderungen betroffene oder bedrohte Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt werden, um deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern. Dabei überschneiden sich die Angebote der öffentlichen Jugendhilfe nach § 35 a Sozialgesetzbuch (SGB) VIII mit denjenigen anderer Träger, was eine Vielzahl von Zuständigkeitsstreitigkeiten hervorruft und dazu einlädt, die Verantwortung abzuschieben. Nach einer umfassenden Einführung in das Thema wird die Regelung des § 35 a SGB VIII beschrieben und von anderen Hilfen, wie zum Beispiel Leistungen der Sozialhilfeträger, der Krankenversicherung und der Schulen, abgegrenzt. Ferner untersucht die Autorin, wie sich das derzeitige System von Ausgleichsansprüchen auf die Bereitschaft zur Vorleistung auswirkt. Das Buch schließt mit einer Darstellung rechtspolitischer Perspektiven und möglicher Reformziele.

Hochschul-Fundraising. Ein Handbuch für die Praxis. Von Marita Haibach. Campus Verlag. Frankfurt am Main 2008, 327 S., EUR 32,90 *DZI-D-8374*

Dieses Handbuch erklärt anhand zahlreicher Beispiele die Praxis des Einwerbens privater Fördermittel für Hochschu-

len. Zunächst werden die entsprechenden Grundlagen und Rahmenbedingungen dargestellt. Im Einzelnen erfolgt eine Abgrenzung von anderen Formen der Finanzierung, um sodann die Frage der wissenschaftlichen Freiheit, ethischer Überlegungen, rechtlicher Aspekte und eine Reihe von Erfolgsvoraussetzungen zu diskutieren. Diese umfassen zum Beispiel die Fundraisingbereitschaft, die Formulierung von Förderargumenten, die Organisation des Fundraisings und die Möglichkeiten des digitalen Informations- und Kontaktmanagements. Untersucht werden auch das jeweilige Förderverhalten von Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen sowie verschiedene Methoden der Mitteleinwerbung, wie unter anderem Fundraisinggespräche, Mailings und Stiftungsrecherchen. Das Buch eignet sich als Ratgeber für universitäre Führungskräfte und schließt mit einer Betrachtung der Zukunftsperspektiven des Fundraisings im Hochschulbereich.

Identitätsspielraum Internet. Lernprozesse und Selbstbildungspraktiken von Mädchen und jungen Frauen in der virtuellen Welt. Von Angela Tillmann. Juventa Verlag. Weinheim 2008, 231 S., EUR 27,50 *DZI-D-8371*

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit, der verkürzten Version einer Dissertation, steht ein Mädchenspezifisches Online-Angebot namens LizzyNet, das sich an Mädchen im Alter von 12 bis 18 Jahren wendet. Die Studie beginnt mit einer Kurzbeschreibung des Internetportals und einigen allgemeinen Betrachtungen zur Computer- und Internetnutzung von Mädchen. Nach einer Darstellung konstruktivistischer Geschlechtertheorien und entsprechender Ansätze des Doing Gender befasst sich die Autorin mit dem Medienhandeln von Jugendlichen, mit den Funktionen von Peergroups und Netzwerken sowie mit Fragen der Identitätsentwicklung und der Rolle der Medien in der Sozialisation. In einem empirischen Teil wird anhand von Interviews aufgezeigt, wie sich die Internet- und LizzyNet-Nutzung auf die Handlungsstrategien der Mädchen auswirkt, wie diese sich im LizzyNet bewegen und welche Faktoren den Gebrauch des Angebots unterstützen oder hemmen. Untersucht wird auch der Einfluss des LizzyNet auf die Gestaltung von Identitätsspielräumen. Das Buch schließt mit einem Fazit der gewonnenen Erkenntnisse im Hinblick auf die daraus entstehenden Konsequenzen für die pädagogische Arbeit.

Frauenhandel. Diskurse und Praktiken. Hrsg. Jürgen Nautz und Birgit Sauer. V&R unipress. Göttingen 2008, 187 S., EUR 28,90 *DZI-D-8377*

Die in diesem Band versammelten Beiträge zum Thema Frauenhandel präsentieren die Ergebnisse des EU-Projekts W.E.S.T. (Women East Smuggling Trafficking) sowie eines Seminars am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Wien und einer Kooperation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Österreich, Slowenien und Kroatien. Der Schwerpunkt liegt auf den Frauenhandelsprozessen von Süd- und Südosteuropa in den Westen und Norden Europas, wobei der Zeitrahmen die Zwischenkriegszeit, die Nachkriegszeit und die Gegenwart umfasst. Untersucht werden vor allem die Entstehung von Frauenhandel, dessen Wahrnehmung in den Medien und Maßnahmen der politischen Regulierung und des Opferschutzes. Einzelne Artikel beleuchten die Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen, die Routen der Frauenhändler und die Erfahrun-

gen der betroffenen Frauen. Von zentraler Bedeutung sei aufgrund der Zusammenhänge zwischen Diskursen und Praktiken die öffentliche Darstellung des Phänomens. Das Buch wendet sich an Verantwortliche in Politik und Gesellschaft und an alle, die sich mit dem Thema Frauenhandel auseinandersetzen.

Eltern stärken mit Kursen in Kitas. Handreichung für ErzieherInnen. Von Klaus Fröhlich-Gildhoff und anderen. Ernst Reinhardt Verlag. München 2008, 106 S., EUR 24,90 *DZI-D-8400*

Viele Eltern wenden sich im Fall von Problemen mit den Kindern an deren Erzieherinnen oder Erzieher in Kindertageseinrichtungen. Um eine effiziente Beratung leisten zu können, wurde nun speziell für diese ein neues Elternkurskonzept erarbeitet. Es entstand im Rahmen eines Praxisforschungsprojekts, das von August 2005 bis Juli 2007 an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg durchgeführt wurde. Die Schwerpunkte des neuen Konzepts liegen noch stärker als bei den bereits vorhandenen Angeboten auf den Ressourcen der Eltern, die zur Förderung der seelischen Widerstandskräfte der Kinder genutzt werden sollen. Neben theoretischen Grundlagen und einer Klärung wichtiger Begriffe wie zum Beispiel Elternkompetenz oder Resilienz gibt das Buch Hinweise zu verschiedenen Qualitätsanforderungen für Elternkurse und ein Trainingsmanual mit Kopiervorlagen und Handouts, die zudem auf der beigelegten CD-ROM abrufbar sind. Ziel des bereits in Kindertageseinrichtungen erprobten Elternkurses ist es, die Erziehungsfähigkeit von Eltern zu stärken und ihre Sicherheit im Umgang mit den Kindern zu verbessern.

Der Kindergarten als Bildungsinstitution. Hintergründe und Perspektiven. Von Annegret Hemmerling. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 311 S., EUR 39,90 *DZI-D-8340*

Die Ergebnisse der PISA-Studie führten zu der Frage, welche Faktoren dazu beitragen, dass Deutschland im Ländervergleich der Schulleistungen von Kindern das Nachsehen hat. In der Politik entstand in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer Verschulung des Vorschulbereichs. So werden derzeit in fast allen Bundesländern Bildungsprogramme für den Kindergarten erprobt, die insbesondere die Sprachkompetenz, das mathematisch-naturwissenschaftliche Experimentieren und die interkulturelle und ökologische Erziehung betreffen. Die Autorin beschreibt die historische Entwicklung der Institution Kindergarten und gibt einen umfassenden Überblick über den derzeitigen Forschungsstand und dessen Qualität, wobei sie sich auf die Darstellung nationaler Untersuchungen beschränkt. Im Rahmen einer Fallstudie werden zwei ausgewählte Kindergärten in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf die Interaktionsstrukturen von Erzieherinnen und Kindern analysiert mit dem Ziel, Erkenntnisse für die Gestaltung frühkindlicher Bildungsprozesse zu gewinnen, die für die Weiterentwicklung der Institution als Bildungseinrichtung von Bedeutung sind.

Die Stadt in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch für soziale und planende Berufe. Hrsg. Detlef Baum. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007, 404 S., EUR 39,90 *DZI-D-8341*

Beziehungen zwischen Sozialer Arbeit und räumlicher

Umwelt sind nichts Neues. Schon Friedrich Engels machte auf dahingehende Zusammenhänge aufmerksam. In den 1960er-Jahren, als die Gemeinwesenorientierung aus anderen Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden und den USA übernommen wurde, entstand in der Bundesrepublik Deutschland die räumlich ansetzende Soziale Arbeit, deren Einzelbereiche in diesem Sammelband im Hinblick auf Fragen der Stadtentwicklung untersucht und dargestellt werden. Die Beiträge befassen sich insbesondere mit der Rolle der Stadtplanung und der angewandten Sozialwissenschaften bei der Bewältigung typisch urbaner Probleme wie Segregation, Armut, Wohnungslosigkeit und Kriminalität sowie mit einzelnen Handlungsfeldern in Bezug auf unterschiedliche Zielgruppen wie Familie, ältere Menschen oder Kinder und Jugendliche. Das Buch bringt soziale und stadtplanende Professionen zusammen und entwickelt für sie ein gemeinsames, interdisziplinäres Konzept.

Jugendhilfe und Schule. Handbuch für eine gelingende Kooperation. Hrsg. Angelika Henschel und andere. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2008, 780 S., EUR 59,90 *DZI-D-8343*

Im Rahmen des Präventions- und Integrationsprogramms PRINT des Landes Niedersachsen fanden im Zeitraum zwischen den Jahren 2000 bis 2006 Fortbildungen für Lehrende und in der Sozialarbeit Tätige mit der Zielvorstellung statt, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule zu fördern und die Unterstützung benachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Die in diesen Fortbildungen bearbeiteten Themen und die in verschiedenen Fachtagungen thematisierten Fragestellungen zur Kooperation der beiden Institutionen sollen durch dieses Handbuch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Wie die vorgestellten Studien zeigen, müssten die jeweiligen Konzepte und Organisationsstrukturen hinterfragt werden, um den betreffenden Jugendlichen eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen zu können. Erläutert werden in dieser Hinsicht auch Genderaspekte und problematisches Verhalten wie zum Beispiel Gewaltbereitschaft, Rechtsextremismus und Schuldistanzierung. Hinweise zur Gestaltung der Kooperation und zahlreiche Best-Practice-Beispiele liefern wertvolle Anregungen für Studierende, Lehrende und Praktizierende der relevanten Disziplinen.

Zwischen Tun und Lassen. Ein Panorama bioethischer Streitfragen. Von Linus Geisler. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2008, 253 S., EUR 24,90 *DZI-D-8356*

Im vergangenen Jahrhundert wurden drei Millionen Kinder durch die Methode der In-vitro-Fertilisation in die Welt gesetzt. Mit immer komplizierteren Technologien verfolgt die Medizin Ziele wie die Vermeidung von Behinderung, die Verringerung von Leiden, die Überwindung unheilbarer Krankheiten und die Verlängerung des Lebens in lebenswerter Verfassung. Jedoch entstehen durch die neuen Verfahren der Gentechnologie auch ethische Probleme von besonderer Tragweite, deren Relevanz in diesem Buch verdeutlicht wird. Zu den zentralen Themen des Autors gehören Bereiche wie Reproduktionsgenetik, Pränataldiagnostik, Stammzellforschung, Genomanalyse, Palliativmedizin und Organhandel. Er beschreibt in diesem Zusammenhang auch divergierende Menschenbilder und unterschiedliche

Sichtweisen auf das ärztliche Berufsbild und gibt damit einen Überblick über das Repertoire der medizinischen Möglichkeiten und die Themen der Bioethik.

Raum und soziale Entwicklung. Kritische Reflexion und neue Perspektiven für den sozialpädagogischen Diskurs. Von Christian Reutlinger. Juventa Verlag. Weinheim 2008. 263 S., EUR 28,00 *DZI-D-8363*

In der Sozialen Arbeit hat sich in den letzten 15 Jahren eine Wende zum Raum („spatial turn“) vollzogen, in dessen Rahmen der Perspektivwechsel von der benachteiligten Person beziehungsweise Gruppe hin zum benachteiligten städtischen Gebiet propagiert wurde. Beispiele hierfür sind soziale Stadtentwicklungsprogramme, lokal beschränkte Partizipationsansätze und eine raumorientierte lokale Bildungspolitik. Der Autor erarbeitet in diesem Kontext einen Zugang zu der Entwicklung, die sich unter den aktuellen Bedingungen für die Menschen ergeben kann. Die Zusammenhänge zwischen Raum, sozialer Entwicklung und Ermöglichung im Sinne Amartya Sens werden bezogen auf unterschiedliche Konzepte von Moderne, Globalisierungsprozess und Dependencia-Ansatz mit seiner Kritik der technischen Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industrieländern. In der Zusammenführung von Raum und sozialer Entwicklung gelingt es, soziale Ermöglichungsräume aufzuzeigen, die von aktiv handelnden Menschen selbst mitgestaltet werden können.

Psychosoziale Arbeit in der Psychiatrie – systemisch oder subjektorientiert? Ein Lehrbuch. Von Sigrid Haselmann. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2008, 399 S., EUR 36,90 *DZI-D-8378*

Dieses Lehrbuch wendet sich an psychosoziale Fachkräfte sowie Studierende der Sozialen Arbeit und der Psychologie. Es beschreibt die Methoden der psychosozialen Arbeit in der Psychiatrie, wobei ein Vergleich zwischen dem auf der Systemtheorie beruhenden systemischen Ansatz und dem subjektorientierten Ansatz hergestellt wird. Die Darstellung behandelt zunächst die Leitideen und Strukturen der psychosozialen Arbeit, vor allem in Bezug auf die Versorgungskulturen in der ehemaligen DDR, den Transformationsprozess nach der Wende, die Psychiatriereform und die Fürsorgethematik. Es folgen detaillierte Betrachtungen der subjektorientierten und der systemischen Arbeitsweise. Fast alle für die psychiatrisch-psychosoziale Arbeit wichtigen Konzepte der beiden Theorien werden erklärt und durch Praxisbeispiele oder Fallvignetten veranschaulicht dargestellt. Das Schlusskapitel widmet sich der Gegenüberstellung der beiden Perspektiven und deren Zusammenführung in der Praxis.

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen und Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales des Landes Berlin

Redaktion: Burkhard Wilke (verantwortlich) Tel.: 030/83 90 01-11, Heidi Koschwitz Tel.: 030/83 90 01-23, E-Mail: koschwitz@dzi.de, Hartmut Herb, Carola Schuler (alle DZI), unter Mitwirkung von Prof. Dr. Horst Seibert, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Antonin Wagner, Zürich; Dr. Johannes Vollaue, Wien

Redaktionsbeirat: Prof. Dr. Hans-Jochen Brauns, Berlin; Hartmut Brocke (Sozialpädagogisches Institut Berlin); Franz-Heinrich Fischler (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.); Sibylle Kraus (Deutsche Vereinigung für Sozialarbeit im Gesundheitswesen e.V.); Elke Krüger (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, LV Berlin e.V.); Prof. Dr. Christine Labonté-Roset (Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin); Dr. Manfred Leve, Nürnberg; Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin); Prof. Dr. Ruth Mattheis, Berlin; Manfred Omankowsky (Bürgermeister-Reuter-Stiftung); Helga Schneider-Schelte (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.); Ute Schönherr (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung); Heiner Stocksclaeder (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales); Dr. Peter Zeman (Deutsches Zentrum für Altersfragen)

Verlag/Redaktion: DZI, Bernadottestr. 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01-0, Fax: 030/831 47 50, Internet: www.dzi.de, E-Mail: verlag@dzi.de

Erscheinungsweise: 11-mal jährlich mit einer Doppelnummer. Bezugspreis pro Jahr EUR 61,50; Studentenabonnement EUR 46,50; Einzelheft EUR 6,50; Doppelheft EUR 10,80 (inkl. 7% MwSt. und Versandkosten, Inland) Die Kündigung eines Abonnements muss spätestens drei Monate vor Jahresende schriftlich erfolgen.

Die Redaktion identifiziert sich nicht in jedem Falle mit den abgedruckten Meinungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserinnen und Verfasser dar, die auch die Verantwortung für den Inhalt tragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, müssen schriftlich vom Verlag genehmigt werden.

Layout/Satz: GrafikBüro, Stresemannstr. 27, 10963 Berlin
Druck: druckmuck@digital e.K., Großbeerenstr. 2-10, 12107 Berlin

ISSN 0490-1606